

Geschichte und Vergänglichkeit

**Aufstieg und Fall von Großmächten an drei ausgewählten Beispielen:
Persien, Rom, Deutsches Kaiserreich**

Zusammenfassung eines Kurses in der "Akademie 50 plus" im Sommer 2009

von Thomas Goering

Inhalt

- | | | |
|-------------------------|-------|----|
| • Einleitung | Seite | 2 |
| • Reich der Perser | | 4 |
| • Römisches Reich | | 9 |
| • Deutsches Kaiserreich | | 33 |
| • Schluss | | 61 |
| • Literatur | | 63 |

Einleitung

Warum Großmächte als Beispiele für Vergänglichkeit?

Großmächte und Reiche mit ihrer demonstrativ zur Schau gestellten staatlichen Macht und Gewalt (herausragende oder "charismatische" Führungspersonen, hoch gerüstete Armeen, bedeutende Wirtschaft, umfassendes Territorium) sowie mit ihrem oftmals "dramatischen" oder gar "völlig unerwartetem" Ende, sind ein gut geeigneter Gegenstand zur Darstellung von Vergänglichkeit in Politik und Geschichte.

Für Staaten, Mächte und Reiche gilt dasselbe wie für die Menschen bzw. wie für sämtliche Lebewesen und das von ihnen jeweils Geschaffene: sie alle sind vergänglich oder sterblich, sodass nichts bleibt, wie es ist.

"Alles fließt" bzw. alles Daseiende ist (allem momentanem gegenteiligen Anschein zum Trotz) letztlich ein Vorübergehendes. - M. a. W.:

Die Mächte kommen und gehen; sie entstehen und steigen auf, dann gehen sie (aus den verschiedensten Ursachen heraus) wieder unter und verschwinden - selbst wenn sie für lange Zeiten ein prägendes kulturelles Erbe hinterlassen (wie etwa im Falle des Römischen Reiches).

Diese Vergänglichkeit/Sterblichkeit politischer Macht und Herrschaft soll im Folgenden an den Beispielen dreier historischer Reiche betrachtet werden. Und zwar an den Beispielen...

- o des **Perserreiches**, das durch einen verlorenen Krieg (gegen Makedonier und Griechen unter Alexander dem Großen) sein Ende fand;
- o des **Römischen Reiches**, das mit dem steigenden Eindringen der Germanen in sein Gebiet während der Völkerwanderungszeit schließlich nicht mehr fertig wurde;
- o und des **deutschen Kaiserreiches**, dessen Führung im Ersten Weltkrieg bis zuletzt alles auf die Karte des „Siegfriedens“ setzte - und alles verlor.

In grobem zeitlichem Rahmen gesehen, ...

- o währte das Perserreich rund 200 Jahre (und hatte im Partherreich sowie im darauf folgenden Sassanidenreich ebenso vorübergehende, wenn auch jeweils etwas länger bestehende, Nachfolger);
- o das Römische Reich bestand (in seinem westlichen Teil) rund 1.200 Jahre (bzw. in seinem östlichen, griechisch-byzantinischen und sich selbst gleichwohl stets als "römisch" definierenden Teil rund 2.200 Jahre);
- o und das Deutsche Kaiserreich existierte von 1871 bis 1918, - und damit gerade einmal ganze 47 Jahre.

In allen drei Fällen kam das "Ende" für die Zeitgenossen "unerwartet/überraschend".

Dieser Kurs "Geschichte und Vergänglichkeit" verfolgt ausdrücklich *nicht* das Ziel, die eine oder andere in der Literatur vertretene *Erklärung für den Untergang von Großmächten zu verfechten oder abzuweisen*.

Stattdessen ist beabsichtigt, die bloße **Tatsache der Vergänglichkeit** oder den **Vorgang des Vergehens** selber am Beispiel einiger zu ihrer Zeit „stabil“ und „unerschütterlich“ wirkender politischer Machtgebilde zu betrachten, - und zwar mit dem Bewusstsein, dass **auch die politischen Mächte der Gegenwart der Vergänglichkeit nicht enthoben sind.**, und daher - wie alles Lebende überhaupt - ihrem Tode bzw. ihrer Ersetzung durch etwas Anderes ebenso Vergängliches und Sterbliches täglich näher kommen...

In diesem Zusammenhang stellt sich auch folgende Frage:

Inwieweit können „Fall“ und „Niedergang“ des Alten zugleich als dessen „Transformation“ hin zu etwas Neuem angesehen werden?

Ist das sich-Auflösen und faktische Verschwinden von Reichen und Mächten nicht zugleich auch ein Herbeiführen neuer bzw. anderer Gebilde an Stelle der zuvor Verschwundenen?

Schließlich bilden sich „Nachfolgestaaten“ und entwickelt sich oftmals ein „kulturelles Erbe“, usw.

Mit ihren Handlungen in der *Gegenwart* schaffen die Menschen (und die von ihnen gebildeten Mächte) immer auch (wertfrei gesehen) irgendein in die Zukunft wirkendes "Erbe" (oder eine "Erblast"), d. h. mit ihren heutigen Handlungen säen die Menschen die Samen für ihre Zukunft.

So kann das Sterben des Alten als Voraussetzung für das Entstehen des Neuen angesehen werden. (Diese Vorgänge des "Gehens und Kommens" selbst sind hier nicht zu bewerten, sondern nur als solche festzustellen!)

Nicht die bloße Fläche (territoriale Ausdehnung) allein ist für eine Großmacht entscheidend, sondern vielmehr:

- ==> dass eine zentrale Staats-Gewalt (zentralistisch oder föderal)
 - ==> einen bestimmten umfangreichen Wirtschaftsraum (bzw. dessen von ihm wahrzunehmende und gegenüber anderen konkurrierenden Staaten durchzusetzende "allgemeine Interessen")
 - mit einer für Produktion und Handel genügend ausgebildeten und zahlenmäßig als Arbeitskräfte-Potential ausreichenden sowie zur Staats-Finanzierung hinreichend mit Steuern belegbaren Bevölkerung
 - ==> militärisch sichern,
 - ==> rechtlich ordnen und verwalten (integrieren)
 - ==> und politisch nach innen gestalten sowie nach außen vertreten kann, -
 - ==> ohne hieran durch konkurrierende Staaten gehindert zu werden.
-

Reich der Perser

Entstehung des Perser-Reiches

Die Perser sind ebenso wie Griechen, Romanen, Germanen und Slawen Indoeuropäer. Sie selbst bezeichnen sich als "Arier", wovon sich auch der persische Landesname "Iran" ableitet, welcher sowohl unter den Herrschern der Sassaniden-Dynastie ab dem dritten Jahrhundert, als auch erneut seit der Verfassung von 1934 offiziell gilt (Iran = "Land der Arier").

Die Perser sind um ca. 1500 v. Chr. aus dem Kaukasus in das heutige iranische Gebiet eingewandert, und waren dort später vorübergehend dem damaligen Reich der (mit ihnen stammverwandten, iranischen) Meder tributpflichtig (ca. 600-550 v. Chr.).

Um ca. 550 v. Chr. stürzten die Perser unter ihrem König Kyros die Herrschaft der Meder - und eroberten dann (unter ihm und seinen Nachfolgern Kambyses und Darius) innerhalb von nur knapp 60 Jahren ein Reich, welches außer dem iranischen Gebiet ebenso auch Ägypten, Palästina, Syrien, Kleinasien, Thrakien (im Norden Griechenlands) umfasste und sich im Osten ins heutige Afghanistan und bis hin zum Indus erstreckte.

Das Perser-Reich lag damit auf 3 Kontinenten (Asien, Afrika und Europa) und hatte eine Gesamt-Fläche von über 4 Millionen Quadratkilometer (es umfasste also etwa die Hälfte des Territoriums der USA).

Indem es so erstmalig den gesamten Orient in einem Staat zusammenfasste, gilt es als das erste Weltreich in der Geschichte. - Ein derartiges Zusammenfassen des gesamten Orients in einem einzigen Staat gelang erst wieder der islamisch-arabischen Expansion im 7. Jahrhundert sowie dem türkischen Osmanischen Reich im 15. und 16. Jahrhundert.

Struktur des Perser-Reiches

Das Perser-Reich war eine Erbmonarchie unter einem Großkönig, deren einzelne regionale Untergliederungen einerseits von Unterkönigen aus alteingesessenen Adels-Familien, und andererseits von vom Großkönig ernannten Statthaltern (Satrapen) geleitet wurden. Dieses persische Reich wird in der Literatur nach seiner Herrscher-Dynastie auch als "**Achämeniden**"-Reich bezeichnet.

Da die Perser als ethnische Gruppe in ihrem eigenen Reich nur eine Minderheit waren, wurde Persisch nur von relativ Wenigen gesprochen - und es diente daher auch nicht als Reichssprache: "Die Sprache der Herrschenden war nicht die herrschende Sprache" (Alexander Demandt).

Stattdessen herrschte offizielle Mehrsprachigkeit: Amtssprache jeder Region war die jeweils dort hauptsächlich verbreitete oder vorherrschende Sprache: babylonisch in Mesopotamien, ägyptisch in Ägypten, Griechisch in Kleinasien, usw.

Das Perserreich war ein "Vielvölkerstaat, in dem die nicht-persischen Völker die überwiegende Mehrheit bildeten" (Alexander Demandt).

Im Persischen Reich wurde eine tolerante Religionspolitik betrieben, es gab keine für alle Bewohner gleichermaßen zwingend verbindliche Staatsreligion.

Im Gegensatz zum Rom der Kaiserzeit gab es im Perser-Reich kein alle Bewohner verbindendes juristisches und politisches Bürgerrecht.

Dieses weitgehende **Fehlen einer Integration der Nicht-Perser** in den Staat bedeutete jedoch, dass (im direkten Gegensatz zur Lage etwa im Römischen Reich) die nicht-persische regionale und lokale Eliten kaum Zugang zu den hohen persischen Staatsämtern fanden: letztere blieben ausschließlich der persischen Aristokratie vorbehalten! Eine Folge hiervon war:

Die Perser wurden in Ägypten, teils aber auch in Babylonien sowie im griechischen Kleinasien von Teilen der dortigen Bevölkerung immer wieder als **Eindringlinge** und **Fremdherrscher** empfunden und dementsprechend abgelehnt. Es entstanden wiederholt **separatistische** Tendenzen, - obwohl gleichzeitig ein großer Teil (oder gar die Mehrheit?) der Griechen in Kleinasien sich bis zum Beginn von Alexanders Kriegszug gegen Persien loyal gegenüber dem Reich verhielt!. (Die Stimmung in der nicht-persischen Bevölkerung war demnach gespalten.)

Persien und Griechenland

Lediglich die von den Persern mehrfach in Angriff genommene Unterwerfung Griechenlands scheiterte:

- o Niederlage der Perser gegen die Athener bei Marathon 490 v. Chr.
- o Niederlage der persischen Flotte bei Salamis 480 v. Chr.
- o Vernichtung des persischen Heeres bei Plataiai 479 v. Chr.

und zwar jedes Mal aufgrund der besseren Kampfmoral, Ausbildung und Technik der Griechen, die sich als Verteidiger ihrer Länder gegen die persischen Angreifer oder Eindringlinge sahen.

Auslöser des Dauer-Konfliktes zwischen Persern und Griechen war (um 500 v. Chr.) ein Aufstand der (von Persien beherrschten) ionischen Griechen im westlichen Kleinasien gegen die von ihnen als Besatzer empfundenen Perser. - Zwar wurden die Griechen hierbei nicht von ihrem politisch zerstrittenen und gespaltenen Mutterland unterstützt, - und so mussten sie am Ende nach einigen Jahren aufgeben und kapitulieren.

Dennoch sah nun der persische Großkönig Darius eine willkommene Gelegenheit, um seinen Herrschaftsbereich auf Griechenland auszudehnen. Aber in den folgenden Kämpfen mit den Griechen erlitten er und auch sein Nachfolger Xerxes schwere Niederlagen (s.o.). Eine Eroberung Griechenlands gelang den Persern also zu keiner Zeit.

Gleichzeitig jedoch verstand es die persische Diplomatie, die stete Zwietracht unter den griechischen Kleinstaaten auszunutzen und letztere gegeneinander auszuspielen - und damit auch ihre militärische Überlegenheit auszuhebeln.

Die Perser unterstützten nämlich bei den ständigen innergriechischen Kämpfen stets die jeweils gerade zweitstärkste Macht (mal Athen, mal Sparta) gegen die jeweils gerade stärkste Macht (v. a. mit Geld) - und verhinderten so, dass die Griechen ihnen selbst gefährlich werden konnten.

Denn auf diese Weise blieb der innergriechische Kampf um die Hegemonie ohne längere Unterbrechung letztlich immerfort im Gange; es gab so niemals einen endgültigen klaren Gewinner (weder Sparta noch Athen) - sodass **für Persien kein griechischer Angriff zu befürchten** war.

Diese Politik des **Schürens der innergriechischen Gegensätze** scheiterte erst (nach - immerhin oder aber nur - rund 150 Jahren erfolgreichen Praktizierens) gegenüber den makedonischen Königen Philipp II und Alexander (dem Großen), deren Land einfach zu rasch aufgestiegen war, als dass Persien dies militärisch noch hätte verhindern können.

Makedonien nämlich entwickelte sich am nördlichen Rand der völlig in sich zerstrittenen griechischen Staatenwelt unter Philipp II. von einem eher unbedeutenden Kleinstaat zu einer expansiven Militärmacht mit hoch gerüsteter und bestens ausgebildeter Armee (insbesondere: Phalanx und gepanzerte Reiterei), welche auch dem disziplinierten persischen Heer qualitativ überlegen war.

Das Ende

Dennoch bzw. trotz seiner Stabilität zerfiel das Perser-Reich nach nur einem einzigen verlorenen Krieg gegen Griechen und Makedonier, auf dem Gipfel seiner Macht stehend. Und weshalb dies so geschah, ist bis heute nicht eindeutig geklärt...!

Möglicherweise haben hierbei auch innenpolitische Konflikte bzw. dynastische Machtkämpfe eine Rolle gespielt, - jedoch wissen die Historiker hierüber letztlich nichts, da hierzu nichts dokumentiert oder an Belegen erhalten geblieben ist...

Die Kriegsniederlage der Perser gegen Alexander von Makedonien:

- o König Philipp II. von Makedonien vereinte die zuvor fortdauernd zerstrittenen Kleinstaaten Griechenlands mit politischem Druck und militärischer Gewalt (Sieg über die Athener bei Chaironeia 338 v. Chr.) im "Korinthischen Bund", und ließ sich von ihnen zum Anführer eines gesamt-griechischen Krieges gegen die Perser ernennen (337 v. Chr.). - Ein solcher Krieg sollte die Revanche dafür sein, dass persische Truppen einige Jahr-

zehnte zuvor zweimal in Griechenland einmarschiert waren - und dabei u. a. auch Athen mitsamt der Akropolis in Brand gesetzt hatten...

- Jedoch auch in diesem gegen Persien gerichteten makedonisch-griechischen Bund gab es keine völlige Übereinstimmung der Interessen:
 - > Während die Makedonier das Persische Reich erobern und ausschalten wollten,
 - > war den Griechen nur an einer Befreiung der griechischen Städte in Kleinasien von der Perser-Herrschaft gelegen; das Perserreich selbst wollten sie bestehen lassen.
- Nach der Ermordung Philipps II. (336 v. Chr.) begann sein Sohn Alexander den Krieg gegen das Perser-Reich - und eroberte es.
- In diesem Krieg (und wie auch in den Kriegen zuvor schon) war die persische Armee den makedonischen und griechischen Truppen rein zahlenmäßig (d. h. an Mannschaftsstärke) weit überlegen, - jedoch an Ausbildung, Technik und Disziplin unterlegen.
- Hierbei besiegte Alexander den persischen Großkönig Dareios III. in zwei entscheidenden Schlachten (bei Issos 333 v. Chr. und bei Gaugamela 331 v. Chr.); - und in beiden Fällen floh der Großkönig auf Bitten seiner Berater vom Schlachtfeld, - nämlich um sich auf diese Weise als Symbol oder Personifizierung der staatlichen Einheit und Ordnung zu retten bzw. unversehrt zu erhalten und um neue militärische Kräfte gegen Makedonier und Griechen zu organisieren. (Jedoch: Bei seinem zweiten und letzten diesbezüglichen Versuch, wurde er von zwei Gefolgsleuten getötet: aus Panik oder Verwirrung beim Herannahen makedonischer Truppen.)
- Andererseits hätte sich Alexander (im Gegensatz zu seinem persischen Kontrahenten) in diesem Feldzug auch keine einzige Niederlage leisten können/dürfen, sondern er war letztlich zum Sieg gezwungen!
Bei einer Niederlage nämlich wären die (prinzipiell untereinander uneinigen) griechischen Staaten aller Voraussicht nach sofort vom "Korinthischen Bund" wieder abgefallen - und die Perser wären sodann mit Sicherheit in das auf diese Weise isolierte und schutzlose Makedonien eingefallen...
- Nach seinem (in einem insgesamt 10jährigen Feldzug errungenen) Sieg über das Perser-Reich zielte Alexander ausdrücklich darauf ab, Griechen und Perser in einem gemeinsamen Reich einander gleichzustellen;
 - > als Hauptstadt dieses seines neuen Reiches sah er Babylon vor;
 - > er selbst trachtete danach, sich gegenüber den Persern als ihr neuer Großkönig darzustellen und in der Tradition des Reichsgründers Kyros stehend das Reich neu zu errichten. - D. h.:
- Alexander zielte im Interesse seiner Eroberungspolitik von Anfang an darauf ab, die Loyalität der Perser ihm gegenüber zu gewinnen.
 - > So begann er sofort nach seinen Siegen damit, die hohen persischen Würdenträger auf seine Seite zu ziehen.
 - > Gleichzeitig ließ er die zu ihm übergelaufenen persischen Unterkönige und Satrapen (Statthalter) und sonstige Würdenträger weiterhin in ihren Ämtern;
 - > nur Ägypten unterstellte er einem aus Ägypten stammenden Statthalter;
 - > nur teilweise wechselte er das persische Führungspersonal durch Makedonier aus.Diese auf Verständigung und Zusammenarbeit mit den Eliten der Besiegten zielende Politik Alexanders hatte zunächst Erfolg. -

(Eine die Besiegten in die Gestaltung der herrschenden Ordnung einbindende Politik ist später erfolgreich auch vom expandierenden Römer-Reich betrieben worden.)
Da Alexander bei seinem Tod jedoch keinen designierten Nachfolger hatte, brach unter seinen makedonischen Generalen ein erbitterter Streit um die Herrschafts-Nachfolge aus. Infolgedessen zerbrach sein neues Großreich innerhalb von wenigen Jahrzehnten in mehrere sich gegenseitig bekämpfende und bekriegende Nachfolge(=Diadochen-)Staaten.

In der Literatur wird die folgende Frage aufgeworfen:

Kann ein Großreich tatsächlich durch nur einen einzigen verlorenen Krieg völlig untergehen?
Oder aber ist es nicht vielmehr so: was rasch verschwindet, das kommt auch rasch wieder zurück... (Siehe nämlich die späteren persischen Nachfolge-Reiche der Parther und der Sassaniden!)

Insgesamt bestand das Persische ("Achämeniden"-)Reich nur rund 220 Jahre (von ca. 550 v. Chr. bis ca. 330 v. Chr.).

Festzuhalten bleibt:

So rasch und überraschend das Achämeniden-Reich unterging, so relativ rasch folgten jedoch auf es nacheinander zwei weitere persische bzw. iranische Reiche:
Nach nur ungefähr 80 Jahren griechisch-makedonischer bzw. "hellenistischer" Herrschaft der Alexander-Nachfolger der Seleukiden-Dynastie wurden diese (geschwächt durch innere Machtkämpfe sowie durch äußere Konflikte mit den anderen Diadochen-Staaten) von inner-iranischen Kräften gestürzt, - und es entstand zuerst das Parther-Reich, und aus diesem heraus einige Jahrhunderte später (ebenfalls nach inneren Konflikten und Machtkämpfen) das Reich der Sassaniden.

Diese Reiche der Parther (247 v. Chr. - 226 n. Chr.) und der Sassaniden (226 - 642 n. Chr.) erstreckten sich jeweils über die östlichen Zweidrittel des alten persischen Reichsgebiets (nämlich von Mesopotamien über das iranische Kernland bis zum Indus,- also ohne Ägypten, Syrien und Kleinasien) und sie waren (v. a. aufgrund ihrer Reiterheere) ebenfalls militärisch äußerst bedeutende Großmächte - und als solche insbesondere für das Römische Reich bzw. für das Oströmische Reich an dessen Ostgrenze immer wieder gefährliche Gegner in häufigen und lang anhaltenden Zermürbungskriegen...

Am Ende gingen aber auch diese beiden Reiche wieder unter:

Das Partherreich wurde von den stammverwandten Sassaniden gewaltsam durch deren eigene Reichsbildung beseitigt, das Sassanidenreich wiederum (im 7. Jahrhundert n.Chr.) von den islamischen Arabern erobert und zerstört.

Insgesamt gesehen, beinhaltete ein Zeitraum von ca. 1200 Jahren drei aufeinanderfolgende iranische Reiche, wobei zwischen dem ersten (Achämeniden-Reich) und dem zweiten (Parther-Reich) eine "Unterbrechung" von ca. 80 Jahren lag: bedingt durch die Eroberungen Alexanders von Makedonien und die Herrschaft seiner Nachfolger (der Seleukiden).

Jedoch:

So wie diese drei Reiche allesamt mit Gewalt geschaffen wurden, genau so fand jedes von ihnen auch ein gewaltsames, kriegerisches Ende.

Römisches Reich

Untergang des Römischen Reiches als Gegenstand der Geschichtsschreibung

Das Römische Reich gilt als eines der bedeutendsten Machtgebilde der Antike, und es ist zugleich auch das letzte Großreich der Antike.

Unter seiner Herrschaft wurden **große Teile Europas** (bis hin zu Atlantik, Rhein und Donau) **erstmalig als politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Einheit regiert**, - fast 2.000 Jahre vor den heutigen Bemühungen um eine umfassende Vereinigung Europas. -

Insbesondere der Untergang des Römischen Reiches ist seit der (frühen) Neuzeit ein häufig bearbeitetes historisches Thema.

So befasste sich hiermit bereits der Italiener Niccolò **Macchiavelli** im 16. Jahrhundert (in seiner Schrift "Der Fürst", 1513); und nach ihm taten dies im 18. Jahrhundert der Franzose Charles-Louis de **Montesquieu** ("Considérations sur les causes de la grandeur des Romains et de leur décadence", 1734) sowie in einem grundlegenden Werk hierzu der Brite Edward **Gibbon** ("History of the Decline and Fall of the Roman Empire", 1776-1788).

In Deutschland wurde dieses Thema im 19. Jahrhundert umfassend von dem Historiker Theodor **Mommsen** ("Römische Geschichte", 1854) bearbeitet.

Das Römerreich gilt seither als das herausragende Muster für Aufstieg und Niedergang von Weltreichen bzw. für das Umschlagen von Entwicklung und Entfaltung in Stillstand und Verfall, sodass in der Folgezeit eine Vielzahl neuerer Historiker auch eine Vielzahl von Untergangs-Ursachen vorgetragen haben.

In seiner Studie "Der Fall Roms" (1984) hat Alexander Demandt ganze 210 Ursachen oder Faktoren aufgelistet, die laut früheren Historikern zu Roms Ende geführt haben sollen.

U. v. a. seien dies gewesen:

Aberglaube, Bodenerschöpfung, Bleivergiftung, Malaria, Überalterung, Verpöbelung, usw.

(Ein oftmals vermuteter Untergang des Römischen Reiches infolge der in Rom verwendeten Wasserleitungen aus Blei ist indes unwahrscheinlich: Bleiwasserleitungen existierten nur in den Häusern reicher Leute, denn alle Anderen mussten sich ihr Wasser aus öffentlichen Brunnen holen; außerdem existierten diese Wasserleitungen während der längsten Zeit der römischen Geschichte...- Ebenso wenig hat die vielzitierte "Dekadenz" weiter Teile der römischen Eliten die Existenz des Reiches verspielt, denn diese "Dekadenz" wurde schon für die Endzeit der Republik und die ersten Jahrhunderte der Kaiserzeit konstatiert, in denen Rom letztlich unangefochten auf dem Gipfel seiner Macht stand bzw. als Weltmacht galt. Zudem gehört es auch nicht zum Begriff einer herrschenden Klasse oder einer Elite ("Auswahl"), ein in "humanitärer" Hinsicht "schönes" oder "moralisch korrektes" Leben zu führen. Wer "oben" steht, lebt zumeist auf Kosten der Anderen, die dies wiederum erst möglich machen und erdulden (und sich teils insgeheim damit identifizieren). -

Ebenso unwahrscheinlich ist der aufgrund einer Malaria-Epidemie vermutete Untergang des

Römer-Reiches, denn der Krankheitserreger hätte dann auch die germanischen Eroberer dahinraffen müssen.)

Wer sich also heute mit dem Ende des Römischen Reiches befasst und dabei nach dessen Ursachen forscht, der wird mit einer Vielzahl von Erklärungen und einem weitverzweigten Spezialwissen konfrontiert.

Jedoch soll im Folgenden keine der vielen Untergangs-Ursachen "bewertet" oder gegenüber anderen Ursachen verfochten oder verworfen werden.

Vielmehr sollen Nieder- und Untergang des Römischen Reiches anhand von in der Literatur (weitgehend) übereinstimmend benannten Prozessen und deren Auswirkungen in seinen Grundzügen dargestellt werden.

Entstehung und Aufstieg des Römischen Reiches

Die ursprüngliche Siedlung und spätere Stadt Rom bildete den Mittelpunkt des bäuerlichen und kriegerischen Latiner-Stammes, der gegen Ende des 2. vorchristlichen Jahrtausends zusammen mit anderen indoeuropäischen Italiker-Stämmen aus dem Osten Mitteleuropas nach Italien eingewandert war - und dort später zunächst unter den Einfluss der kulturell überlegenen Etrusker geriet.

Die von antiken Historikern als Herrschaft von 7 Königen (753-509 v. Chr.) dargestellte Frühzeit Roms ist bloße Fiktion. Denn historisch ist bislang nur erwiesen, dass Rom von 550 bis ca. 500 v. Chr. unter etruskischer Fremdherrschaft stand - und in dieser Zeit von Königen der etruskischen Dynastie der Tarquinier regiert wurde.

Seit dem 5. Jahrhundert v. Chr. gewann die Stadt Rom langsam und stetig an Macht und Einfluss. Zu dieser Zeit wurde der Mittelmeerraum weitgehend von der griechischen Handels- und Seemacht Athen beherrscht, während das einstmals mächtige Ägypten im Niedergang befindlich war und bereits vor der Eroberung durch die Perser stand.

Um ca. 500-470 v. Chr. wurde die (etruskisch-stämmige) Monarchie gestürzt, und es begann die Phase der vom patrizischen (aristokratischen) Senat beherrschten Republik.

Während des 5. Jahrhunderts v. Chr. vollzog sich somit der Übergang von der etruskisch beherrschten Siedlung zur römisch-latinisch geprägten Republik.

Die politischen Ämter wurden jährlich und kollegial besetzt (um etwaigen Macht- oder Amtsmissbrauch zu verhindern); und die Verwaltungs-Ämter (Magistrate) wurden von auch für Gesetzgebung und Kriegserklärung zuständigen Volksversammlungen aus beschiedt.

Wählen konnte jedoch auf solchen Versammlungen nur derjenige freie männliche Bürger, welcher am Wahltag auch in Rom anwesend war. (Frauen besaßen gar kein Wahlrecht; - sie waren nicht einmal rechtsfähig, sondern strikt auf den häuslichen Bereich beschränkt und der Gewalt des Ehemannes oder Vaters oder Bruders unterworfen - wie heutzutage noch in

"konservativen" islamischen Ländern wie Saudi Arabien, Iran, usw. - Nebenbei bemerkt: Alles hängt mit allem zusammen, auch uraltes Europa und gegenwärtiger Orient...)

Diese Republik beinhaltete keine wirkliche Volksherrschaft, denn die Staatsgewalt lag in den Händen der im Senat vertretenen adligen Führungsschichten (Patrizier bzw. Nobilität), die ihre Machtausübung als einen unbezahlten freiwilligen Ehren-Dienst an der staatlichen Gemeinschaft darstellten.

Da alle politischen Ämter im Senat wie in der Verwaltung unbezahlte Ehrenämter waren, konnten sie nur von vermögenden Grundbesitzern ausgeübt werden. Damit war die politische Herrschaft der Reichen und Besitzenden über die wenig(er) bemittelte Bevölkerung besiegelt.

Rom war eine Adelsrepublik: gekennzeichnet durch die Herrschaft der Großgrundbesitzer, d.h. der wirtschaftlich Besitzenden und somit politisch Einflussreichen über die übrige arbeitende wie nichtarbeitende Bevölkerung.

Minderheit ("nobilitas", "patres") herrschte auch hier (wie andernorts) über Mehrheit ("plebs"); alles abstrakt zusammengefasst zu einem "Volk".

(Hieran änderten auch die strikt begrenzten sozialpolitischen Befugnisse der Volkstribunen nichts; in zwei Fällen - denen der beiden Gracchus-Brüder um 130 v. Chr. - brachte ein konsequentes Eintreten für die Interessen der durch die römischen Eroberungskriege verarmten kleinbäuerlichen Massen am Ende nur den Tod der Tribunen selbst: verleumdet, gejagt und erschlagen von um ihren Besitz fürchtenden Senats-Aristokraten.)

Von Anfang an war der Stadtstaat Rom gezwungen, sich (in Italien) gegen mächtige Gegner zu behaupten und durchzusetzen: sowohl gegen die Etrusker und gegen die anderen es umgebenden italischen (Klein)Staaten und Stämme, als auch vorübergehend gegen die nach Oberitalien eingewanderten Kelten.

Hierbei übernahm Rom von vielen Nachbarn gezielt und bewusst diejenigen technischen und militärischen Errungenschaften und Mittel, die es für seinen eigenen Überlegen hielt, um sie für sich selbst zu nutzen und sie zugleich weiter zu entwickeln.

Diese Verfahrensweise oder Lernfähigkeit (Kopieren und eigenständiges Weiterentwickeln) war eine bewusste Überlebenstechnik in der Staatenkonkurrenz...

(Das allmähliche Großwerden ursprünglich kleiner Länder ist ein immer wieder feststellbares historisches Phänomen, und als solches evtl. zurückführbar auf eine durch die Konkurrenz der Staaten erzwungene Überlebenstechnik, welche aus einer Kombination von militärischer Disziplin, ökonomischer Effizienz und materieller Anspruchslosigkeit zu bestehen scheint. Beispiele hierfür sind Länder wie Makedonien und Rom in der Antike, und Preußen in der Neuzeit.

"Das Große bleibt groß nicht, und klein nicht das Kleine." (Bertolt Brecht))

Um ca. 400 v. Chr. gelang den Römern die endgültige Eroberung des Gebietes der Etrusker. Die Existenz des römischen Stadtstaates wurde jedoch schon kurz darauf (um 390 v. Chr.) durch den Einfall der Kelten in römisches Gebiet und eine damit verbundene vernichtende römische Niederlage gegen die Kelten vorübergehend ernsthaft gefährdet. (Nach einer mehrmonatigen keltischen Besetzung Roms um 387 v. Chr. und der Zahlung eines hohen Lösegeldes oder Tributs der Römer an die Kelten zogen letztere jedoch wieder ab.)

Nachdem es sich von der Niederlage gegen die Kelten erholt hatte, begann nun allmählich die **Expansion** Roms in Italien, - und zwar mittels **Diplomatie**, wechselnden **Bündnissen** und teils jahrelangen **Kriegen**..

Diese Expansion war eine "ebenso folgerichtige wie behutsame"(Alexander Demandt). Denn: In allen Städten, mit welchen die Römer zu tun hatten, befanden sich bereits italische oder römische Kaufleute, sodass die **wirtschaftlichen** Kontakte und Verflechtungen bzw. die Handelsbeziehungen immer den **politischen und militärischen** (Verträgen bzw. Bündnissen, usw.) **voraus** gingen!

In seiner Expansion bediente Rom sich folgender dreier "**machttechnischer**" **Mittel**:

- o **Municipium**
- o **Kolonie**
- o **Bündnisvertrag**

D.h. im einzelnen:

- o Von Rom in einem Krieg besiegte Städte erhielten den Status eines **Municipiums**:
Die Einwohner solcher Städte wurden verpflichtet, ihr weiteres Leben unter römischer Herrschaft, als Bürger Roms (teils mit und teils ohne Wahlrecht) zu führen, - und dabei jedoch gleichzeitig ihre stadtinternen Angelegenheiten weiterhin selbständig (d. h. in kommunaler Selbstverwaltung!) zu regeln.
- o **Kolonien** wurden an strategisch wichtigen Orten gegründet und sicherten als Militär-festungen die römische Oberhoheit über das besiegte Gebiet ab.
- o Mit den Besiegten "auf ewig" abgeschlossene **Bündnisverträge** Roms zwangen die Wehrfähigen aus den besiegten Stämmen oder Ländern zum Dienst in den Hilfstruppen (Auxiliarverbänden) der römischen Armee. - M.a.W.:
Kriege, welche Rom wie alle Staaten der Antike (und ebenso auch alle Staaten späterer Zeiten!) immer wieder mit seinen Nachbarn führte, endeten jedoch i.d.R....
 - > weder in der direkten Eroberung des besiegten Gebietes
 - > noch im einfachen Beibehalten des Status quo ante
 - > sondern in einem **ungleichen** und **unbefristeten** Bündnisvertrag, welcher...
 - * den (besiegten) Bundesgenossen (socii) Schutz und Frieden
 - * den (siegreichen) Römern Macht und Ansehen einbrachte.

(Es handelte sich um eine jahrhundertlang erfolgreiche Praxis der vom deutschen Staatsrechtslehrer Carl Schmitt so genannten "Relation von Schutz und Gehorsam".)

Zur Einrichtung und Angliederung von Provinzen (d. h. von Gebieten außerhalb des Festlands-Italiens) an den römischen Herrschaftsbereich kam es infolgedessen auch erst spät und nur langsam sowie über Zwischenstufen der politischen Abhängigkeit der betroffenen Staaten (wie z. B. einzelner Griechen-Staaten in Kleinasien, oder Ägyptens, usw.) (Die erste römische Provinz war die Insel Sizilien, gewonnen nach dem 1. Punischen Krieg gegen Karthago von 264 bis 241 v. Chr.)

Dieses kompliziert erscheinende System bewirkte innerhalb eines Zeitraums von rund 200-250 Jahren die schrittweise Zusammenfassung und Vereinigung der überaus heterogenen und untereinander verfeindeten Gebiete Italiens unter der politischen Herrschaft Roms. -

Hierbei gelang es den Römern, als Ordnungsmacht die durch fortwährende Kämpfe der Kleinstaaten gegeneinander zerrissenen politischen Verhältnisse in Italien zu stabilisieren und (relativ!) zu befrieden, - was den von Rom unterworfenen italischen Völkern letztlich vorteilhaft erschien und sie die Herrschaft Roms am Ende akzeptieren ließ.

Mit dem Gewinn der Herrschaft über Süditalien grenzte Rom nun auch an die Insel Sizilien, auf der die Interessen der Handels- und Seemacht Karthago mit den Interessen der in sich zersplitterten griechischen Staatenwelt (samt ihrer italienischen Besitzungen) sowie mit Roms eigenen zunehmenden Expansionsinteressen aufeinander stießen.

Infolgedessen schlug das vordem stets friedliche und durch Verträge geordnete Verhältnis zwischen Rom und Karthago in eine tödliche Feindschaft um:

Durch Parteinahme und militärisches Eingreifen Roms in einem dieser regionalen Konflikte Siziliens löste es in den "ersten punischen Krieg" mit Karthago aus, den es - insbesondere auch mit einer neuen und militärtechnisch überlegenen Kriegsflotte - nach über 20 Jahren gewann (264 - 241 v. Chr.). - Damit war Rom nicht mehr nur eine Landmacht, sondern es war zugleich auch eine Seemacht geworden.

Kurz gefasst, hatte die **römische Expansion** zur **alleinigen Macht im Mittelmeerraum** den folgenden Verlauf:

- o Zuerst fand der allmähliche Aufstieg Roms vom Stadtstaat mit Hilfe von Bündnissen (Diplomatie) und Kriegen gegen andere italische Territorien sowie gegen die griechischen Kolonien und Staaten in Süditalien zur alleinigen und beherrschenden Macht in ganz Italien statt.
(Prozess in einem Zeitraum von ca. 250 Jahren)
- o Dann ereignete sich der weitere Aufstieg Roms durch die Siege über die (zuletzt vom Feldherrn Hannibal zunächst noch äußerst erfolgreich angeführte) Seemacht Karthago in den "Punischen"(=Phönizier-)Kriegen zur herrschenden Macht im westlichen Mittelmeerraum (einschließlich Spaniens).
(Prozess in einem Zeitraum von ca. 120 Jahren)
- o Danach (und teils gleichzeitig) bis zur Zeit von Julius Cäsar und Kaiser Augustus erfolgten nacheinander die Ausweitung der römischen Macht nach Griechenland, Kleinasien, Nordafrika, Gallien sowie nach Mittel-und Osteuropa bis an Rhein und Donau. Mit der Gewinnung der Rheingrenze durch Caesar und der Donaugrenze durch Augustus war das Reich territorial im wesentlichen "vollendet". Das Römer-Reich umfasste zu dieser Zeit eine Gesamtfläche von mehr als 4 Millionen Quadratkilometern (vergleichbar in etwa mit dem alten Persischen Reich) - und hatte nun eine Einwohnerzahl von ca. 50-60 Millionen Menschen erreicht, wovon mindestens 1 Million in der Stadt Rom lebten (sodass Rom nun die mit Abstand größte Stadt des gesamten Mittelmeerraums geworden war).
(Prozess in einem Zeitraum von ca. 120 Jahren)
- o Lediglich die ab ca. 8 v. Chr. eroberte Provinz Germanien (zwischen Rhein und Elbe) ging nach der römischen Niederlage in der "Varus-Schlacht" beim Teutoburger Wald im Jahre 9 n. Chr. wieder verloren, - und die gesamte hier von den Römern zuvor errichtete Infrastruktur - v. a. Siedlungen mit Märkten und Wehranlagen - wurde von diesen selbst bei ihrem Rückzug aus Germanien völlig zerstört.

Vom germanischen Gebiet bleibt (neben dem linksrheinischen Territorium) so nur der südwestdeutsche Raum nach Errichtung des Limes (ca. 80 n. Chr.) für rund 180 Jahre römisch (bis ca. 260 n. Chr.).

Indem Rom in seinen **Provinzen** (Sizilien, Korsika, Gallien, Spanien, Afrika, usw.) Statthalter einsetzte, die seine Militärhoheit verkörperten, konnte es mit seinen drei "bewährten" **Herrschaftsmitteln** auch größere zusammenhängende Territorien beherrschen:

- o auch in den Provinzen wurden **Kolonien** als Militärlager gegründet;
- o die Städte in den Provinzen wurden ebenfalls zu römisch gelenkten **Munizipien**, hier zudem noch umgeben von neu gegründeten städtischen Vororten, den sog. "civitates", in welchen die zuvor besiegten Provinz-Bewohner bewusst und gezielt an die komfortable römische Lebensweise herangeführt wurden;
- o mit den besiegten Stämmen des Provinzgebietes wurden **Bündnisse** geschlossen, und somit neue Hilfstruppen für das römische Heer rekrutiert.

Lediglich im Osten stieß das expandierende Römische Reich auf das persische Reich der **Parther** (später das Reich der **Sassaniden**) als die einzige ihm ebenbürtige Großmacht, - und stieß v. a. wegen der von beiden konkurrierenden Reichen gleichermaßen angestrebten Herrschaft über Armenien und das nördliche Mesopotamien immer wieder mit diesem zusammen.

Diese zwischen den beiden Reichen umstrittenen Gebiete wechselten so (je nach Sieg oder Niederlage der einen bzw. anderen Seite) immer wieder den Besitzer:

Konnte z. B. Kaiser Trajan sie noch annektieren, sah sich sein Nachfolger Hadrian genötigt, sie wieder aufzugeben, weil sie von Rom aus nicht zu regieren bzw. zu sichern waren, usw. - Gleichwohl verfolgten verschiedene römische Politiker und Kaiser das (vom Hellenismus übernommene) Ziel einer "imitatio Alexandri", d. h. einer "Nachahmung Alexanders" (des Großen von Makedonien), der einige Jahrhunderte zuvor das Perserreich erobert hatte: Schon Julius Caesar plante einen Eroberungsfeldzug gegen die Parther, wurde aber durch das Attentat auf ihn daran gehindert.

Und auch die Kaiser Caracalla und Severus Alexander im 3. Jahrhundert beabsichtigten einen derartigen Feldzug, ohne ihn jedoch auszuführen.

Kaiser Julianus "Apostata" im 4. Jahrhundert führte einen Eroberungszug gegen das Sassanidenreich, starb hierbei jedoch, - und sein nun führerloses Heer musste sich schnellstens zurückziehen, um einer völligen Vernichtung zu entgehen. Diese "imitatio Alexandri" endete mit einer (weiteren der vielen) Niederlage(n) Roms gegenüber den (zumeist unterschätzten) Persern...

Gesellschaft und Politik im Römischen Reich

Herstellung eines einheitlichen mittelmeerischen Wirtschaftsraums:

Obwohl die Stellung des Einzelnen in der römischen Gesellschaft von Eigentum und Herkunft (Adel, freie Bürger, Freigelassene, Sklaven) abhing, war sie **gleichzeitig** (zumindest für antike Verhältnisse) **offen und flexibel** (jedenfalls bis zur Zeit des Kaisers Diocletian ab 284 n. Chr.):

Sie ermöglichte die **Integration** sowie den **sozialen Aufstieg** auch von Nicht-Römern und sogar von ehemals Unfreien (Freigelassenen, d. h. ehemaligen Sklaven).

Auf diese Weise gelang dem Römischen Reich im Laufe der Zeit die Herstellung eines **einheitlichen mediterranen Wirtschaftsraums**.

Auf dem Höhepunkt seiner Macht (in der Kaiserzeit der ersten 2 Jahrhunderte n. Chr.) war das römische Reich gekennzeichnet durch:

- o ein einheitliches **Verwaltungs-, Steuerungs- und Rechtssystem** für den von ihm beherrschten mediterranen Raum (mit einer Bevölkerung von ca. 50-60 Millionen);
- o **städtische Selbstverwaltung**;
- o **Beteiligung der lokalen Eliten** der eroberten und angegliederten (spanischen, gallischen, griechischen, kleinasiatischen, usw. usf.) Gebiete an Verwaltung und Ämterwesen - samt ihrem schließlichen Zugang zum römischen Senat.

Integration durch einheitlichen Wirtschaftsraum:

Das Römer-Reich verfügte über ausgebaute/entwickelte Verkehrswege zu Lande (Straßennetz von schließlich ca. 80.000 km Länge) und zu Wasser (Schiffahrtsrouten im gesamten Mittelmeer, das auch als "mare nostrum" bezeichnet wurde); dies war die Voraussetzung für eine hoch entwickelte Wirtschaft, d. h. für florierenden Handel und (Massen)Herstellung von Gebrauchs- und Luxusgütern aller Art.

Das Römer-Reich schuf auf einen einheitlichen Wirtschaftsraum mit insbesondere diesen Merkmalen:

- o einheitlicher **Währung** (Aureus, Denar, Sesterze, usw.)
- o vielfältigen **internen Handelsbeziehungen** zwischen allen Gegenden des Reiches (Massenprodukte wie z. B. ägyptisches Getreide wurde quer über die Kontinente transportiert)
- o Netz funktionierender **Nachrichtenwege** (incl. ersten Formen einer staatlich betriebenen **Post**).

Diese allgemein deutlich sichtbaren **Erfolge der Wirtschaft** im Römischen Reich **erhöhten** wiederum entschieden die **Akzeptanz der römischen Herrschaft** (hier lebte es sich letztlich eindeutig besser als außerhalb derselben...)

Der **einheitliche römische Wirtschaftsraum** hatte für **mehrere Jahrhunderte** Bestand, wodurch seine **Akzeptanz** noch gesteigert wurde... (Zum Vergleich: die **heutige EU** mitsamt ihrem Vorgänger EWG existiert erst **ca. 50-60 Jahre**, und ist teils wegen ihrer politischen

Auswirkungen für Einzelne und Gruppen und Verbände immer noch umstritten: als rein wirtschaftlicher Zusammenhang wird sie eher akzeptiert, als politischer Zusammenhang stößt sie vielfach eher auf **Skepsis**.)

Diese vom Römerreich geleistete Integration erfolgte zudem auch als **Integration durch Bürgerrecht**:

Ursprünglich war das römische Bürgerrecht beschränkt auf die Bürger der Stadt Rom sowie die Bewohner der außerhalb Roms in den Territorien der Bundesgenossen gelegenen römischen Kolonien (Siedlungen)

Nach einem Krieg zwischen Rom und seinen italischen Bundesgenossen (Bundesgenossenkrieg von 91 - 89 v. Chr.) wird das römische Bürgerrecht auf die freien Bewohner der gesamten italischen Halbinsel ausgedehnt. Zu beachten hierbei ist auch:

Der Bundesgenossenkrieg wurde von den Italikern nicht mit dem Ziel einer Loslösung von Rom geführt, sondern mit dem Ziel einer Gleichberechtigung aller Bewohner Italiens innerhalb der römischen Herrschaft! Die römische Herrschaft wurde also gerade nicht als "Belastung" oder "Fremdherrschaft" empfunden, sondern die nicht-römischen Italiker wollten vielmehr (mittels des Bürgerrechts) selbst "Römer" sein.

Zudem ist festzustellen:

Auch Nicht-Römer (z. B. Germanen), welche den (für sie 25- statt 20jährigen) Militärdienst in (den Hilfstruppen) der römischen Armee absolviert hatten, erhielten zum Abschluss ihrer Dienstzeit ebenfalls das römische Bürgerrecht.

Ebenso erhielten Mitglieder der nicht-römischen Führungsgruppen in den Provinzen, die sich in irgendeiner Weise durch kontinuierliche Zusammenarbeit mit römischen Stellen für Rom nützlich/verdient gemacht hatten, das Bürgerrecht. (Rom belohnte seine Kollaborateure.)

Kaiser Caracalla weitet das römische Bürgerrecht 212 n. Chr. schließlich auf alle freien Bewohner der römischen Provinzen aus. - M. a. W.:

Im Unterschied zu allen anderen Staaten der Antike betrieben die Römer eine "weitherzige Bürgerrechtspolitik"(Alexander Demandt), indem sie bewusst Fremde einbürgerten, - selbst freigelassene Sklaven wurden zu Bürgern Roms (wenn auch ohne Wahlrecht).

Das "Römische Volk" verstand sich nicht als Abstammungsgemeinschaft, sondern als eine "Rechtsgemeinschaft zum gemeinsamen Besten"(Alexander Demandt).

Diese Integration auch von Fremden hat Roms Aufstieg erleichtert und beschleunigt, indem sie (die Integration mitsamt ihren Wirkungen) Widerstände der Fremden gegen Roms Expansion weitgehend ausgehebelt oder entkräftet hat.

Das **Römer-Reich der ersten zwei Jahrhunderte der Kaiserzeit** war trotz aller durchaus vorhandenen sozialen Missstände ein **innerlich wie äußerlich stabiles Gebilde**:

- o Die Kleineigentümer und Besitzlosen unter der städtischen Bevölkerung wurden auf Staatskosten mit Brot bzw. Getreide und Öl versorgt - sowie mit Spielen in den Amphitheatern in Stimmung gehalten.

Der politisch herrschende Adel wusste sehr wohl, dass er die von ihm verachteten arbeitenden plebejischen Massen und die vielfältigen von ihnen geleisteten Dienste für die Erhaltung seiner (vor allem ihm selbst nützenden) Ordnung dringend benötigte.

- o Ganz Italien war von Steuern und Abgaben befreit - im Gegensatz zu allen übrigen Provinzen des Reiches.

- o Die Städte regelten ihre kommunalen Angelegenheiten selbst (d. h. sie hatten eine Selbstverwaltung); hierbei waren nur die Blutgerichtsbarkeit (über Leben und Tod) sowie die Steuern der Zentralgewalt in Rom unterworfen.
- o Der Staat bzw. die Herrschaftsmacht in Rom benötigte hierbei aufgrund des Mitwirkens der regionalen, kommunalen und örtlichen Eliten nur wenig zentrales Verwaltungspersonal. Hauptgrund hierfür war, dass die römische Herrschaft auf die aktive Mitwirkung der italischen und provinziellen Bewohner vor Ort setzte(n konnte). - Fast überall lag die kommunale Selbstverwaltung in den Händen der jeweiligen städtischen Führungsschicht. Diese lokalen Machthaber in den Städten der Regionen kümmerten sich sowohl um eine geregelte und funktionierende Steuererhebung, als auch um die sichere Grundversorgung der Bevölkerung.
- o Zwar gab es in verschiedenen Provinzen des Reiches noch in der jeweils ersten Generation die die römische Machtübernahme erlebte, Aufstände.
Jedoch hatte hier nur der Germane (und römische Ritter) Arminius im Jahre 9 n. Chr. Mit dem vernichtenden Überfall auf drei römische Legionen im Teutoburger Wald Erfolg; lediglich die Provinz Germania (zwischen Rhein und Elbe) also ging (nach knapp 20 Jahren römischer Herrschaft) wieder vollends verloren.
In allen übrigen Fällen (Gallien, Belgien, Pannonien, Britannien, Spanien, Judäa) wurden die Aufstände der Einheimischen von den Römern jedoch dauerhaft niedergeworfen. Und: "Bereits die zweite Generation suchte ihr Glück nicht mehr in der nationalen Selbständigkeit, sondern in den politischen und wirtschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten, die das Imperium bot." (Alexander Demandt)
Der ehrgeizige Provinziale mit römischem Bürgerrecht konnte zum (v.a. Handel treibenden Ritter oder zum Senator oder zum Beamten oder auch zum Offizier aufsteigen.
- o Ab dem Jahre 98 n. Chr. wurden zunehmend auch *nicht* aus Rom oder Italien stammende Bürger Kaiser (angefangen mit den beiden Spaniern Trajan und Hadrian; später u. v. a. Konstantin aus dem Donaauraum).
"So wuchs die Zahl der Vollbürger, bis Kaiser Caracalla im Jahre 212 alle freien Provinzialen zu Cives Romani erklärte." (Alexander Demandt)
- o Latein und im Osten auch Griechisch setzten sich als Amtssprachen allgemein durch und verdrängten so ganz allmählich die älteren Sprachen wie z. B. Keltisch, Punisch, Illyrisch und Thrakisch. D. h. umgekehrt:
Die regionalen nicht-römischen Eliten und Einwohner übernahmen die lateinische oder die dieser im Osten gleichrangige griechische Sprache! (Zudem war Griechisch auch die Sprache aller Gebildeten jener Zeit!)
- o Prinzipiell herrschte im Reich **religiöse Toleranz**. -**Verboten** waren nur die bei Karthagern und Kelten üblichen **Menschenopfer**. - Von einem solchen Verbot des Menschenopfers war jedoch auch das **Christentum** betroffen, da die **Formel "dies ist mein Fleisch, dies ist mein Blut"** als eine Form von **Sakral-Kannibalismus** angesehen wurde.
Auch wurde das christliche **Missionieren** als staatsfeindliche **Geheimbündelei** aufgefasst, - lehnten doch Christen (wie auch Juden) obendrein den Kult des zum Gott erhobenen Kaisers (sobald dieser gestorben war; dies betraf v. a. Augustus, aber auch viele seiner Nachfolger) sowie die Verehrung von Stadt und Staat Rom in ihrer Personifizierung als "Göttin Rom" (Dea Roma) ab: ihr Monotheismus schloss derlei Kulte strikt aus.

Die von Caesar und Augustus betriebene **Verwandlung der Republik in eine Monarchie** (d. h. zum Prinzipat) erfolgte deshalb, weil die republikanisch-senatorische Führungsschicht nach den siegreichen Kriegen gegen Karthago und der Eroberung der Staaten Kleinasiens und Griechenlands politisch zunehmend zerrüttet und in einander feindliche Lager gespalten war - was sich insbesondere auch in mehreren Bürgerkriegen zeigte -, sodass der römische Staat letztlich politisch unregierbar wurde.

Außerdem war die auf den römischen Stadtstaat zugeschnittene republikanische Verwaltung zur Lenkung der zahlreichen Provinzen zunehmend außerstande, da unter den damaligen technischen Voraussetzungen bzw. Kommunikationsbedingungen die Verwaltung eines derart umfangreich gewordenen Gebietes wie des Römischen nur noch als eine zentrale möglich war.

Die Herstellung des Prinzipats durch Augustus wurde von der Bevölkerung jedoch schon deshalb weitgehend akzeptiert, weil dieses einer jahrzehntelangen Phase von Bürgerkriegen und politischer Gewalt ein Ende setzte - und (ebenfalls für einige Jahrzehnte) inneren Frieden und politische Stabilität brachte.

Hierbei gab Augustus den politischen Institutionen der Republik (Senat, Konsuln, usw.) pro Forma ihre in den Bürgerkriegen verloren gegangenen Befugnisse zurück - und stellte diese zugleich unter seine eigene Kontrolle und Leitung bzw. ließ sich von ihnen immer wieder Handlungsvollmachten geben. Er selbst bezeichnete seine Politik als "Wiederherstellung der Republik".

Da er jedoch seine Machtfülle (anders als viele seiner Nachfolger) nicht missbrauchte, blieb er bis zu seinem friedlichen Tode im Alter von 75 Jahren unangefochten im Amt.

Insgesamt gesehen ergibt sich somit für das Römer-Reich eine Bewegung zunächst von der Monarchie zur Republik (ca. 470 v. Chr.), später von der Republik zurück zur Monarchie (ca. ab 27 v. Chr.)

Römisches Selbstbild in Kaiserzeit und Spätantike

Die Zeitgenossen waren stolz auf Größe und Glanz der Hauptstadt Rom, die nun die alten Metropolen des Ostens wie Alexandria, Antiochia und Athen (nicht nur an Reichtum und Möglichkeiten für die Menschen, sondern auch) an sichtbarer baulicher Pracht überragte.

So hielt z. B. der aus Kleinasien stammende griechische Redner Aelius Aristides im Jahre 156 n. Chr. eine Lobrede auf das Römische Reich:

- Die Hauptstadt Rom sei das Zentrum der Welt
- Nirgendwo im Römischen Reich bräuchten die Städte noch Schutzmauern nach außen (die häufigen Einfälle der Germanen auf römisches Gebiet bis hin nach Südgallien und Norditalien begannen erst ca. 70 Jahre nach dieser Rede des Aelius Aristides...- Zur Abwehr einer Bedrohung der Stadt Rom durch plündernde Alemannen ließ der (275 n. Chr. ermordete) römische Kaiser Aurelianus im Jahre 271 n. Chr. eine neue Stadtmauer von 19 km Länge um Rom errichten...)

- In allen Städten stünden nun Werkstätten, Schulen, Tempel und Springbrunnen (gleichwohl gab es für den gewöhnlichen Stadtbewohner das hohe Risiko häufiger Gewaltkriminalität... - Diese Lobrede auf Rom war nicht so sehr auf die Sicherheit der Bürger sondern vielmehr auf die politische Stabilität des Staates bezogen; die innenpolitische Unsicherheit der ca. 50jährigen Zeit der Soldatenkaiser war zum Zeitpunkt dieser Rede noch eine 70 Jahre entfernte Zukunft...)
- Gegenwärtig zähle nur noch, ob man Römer oder Nicht-Römer sei (damit war die Integration der Reichsbewohner gemeint).

Diese Rede war keine Schmeichelei oder Lobhudelei, denn die Verstärkung und vor allem auch Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse der Menschen im Mittelmeerraum war ein Hauptmerkmal des Römischen Reiches. - Zudem ähnelten die römischen Städte einander stark; sie waren gekennzeichnet durch:

- > große Platzanlagen bzw. Foren mit einer Vielzahl von Ladengeschäften
- > säulengerahmte Prachtstraßen
- > zentral gelegene Tempel
- > Theater und Amphitheater
- > Bäderkomplexe (Thermen)
- > Wasserleitungen (Aquädukte).

Rom glaubte sich unbesiegbar - und sah sich als Werkzeug der Götter (später: Gottes) bei der Zivilisierung (später: Verchristlichung) der ganzen es umgebenden barbarischen (später: heidnischen) Welt, der es die "pax romana" zu geben habe.

Zwischen dem Kelteneinfall von 387 v. Chr. und der Plünderung Roms durch die Westgoten unter Alarich von 410 n. Chr. hatte Rom 800 Jahre lang keine fremden Eroberer ertragen und erleiden müssen. Und dass diese Stadt über einen derart langen Zeitraum nicht in Feindeshand gefallen war, hat sich auf ihr Selbstbild ausgewirkt...

Als erster hatte der griechische Historiker Polybios im 2. Jahrhundert v. Chr. Rom einen weltgeschichtlichen Führungsauftrag zugeschrieben.

Die römischen Dichter Vergil und Horaz bekräftigen diese Vorstellung in der Zeit des Kaisers Augustus [27 v. Chr. - 14 n. Chr.).

In der späteren Kaiserzeit galt die Göttin Roma ("Dea Roma") als Personifizierung von Stadt und Reich, - wobei die (nichts weniger als) die Weltgeschichte in und durch Rom ihren äußersten und unübertrefflichen Höhepunkt gefunden habe, und der damit erreichte Zustand nun für alle Zeiten fort dauern solle.

Auch nach der Übernahme des Christentums als herrschender Religion (392 n. Chr. durch Kaiser Theodosius) änderte sich an diesem Selbstbild Roms nur, dass die vielen (jetzt als "heidnisch" geltenden) Götter durch den einen Christen-Gott ersetzt wurde, welchen wiederum eine ganze Schar von Heiligen (also letztlich irgendwie Ersatz-Göttern) umgab.

Der Glaube an die **historische Mission Roms** - an seinen Auftrag, den "Barbaren" "Kultur" (d. h. römische Lebensweise) bzw. den "Heiden" den "rechten Glauben" (d. h. den christlichen Monotheismus) zu bringen - hat sich über die Jahrhunderte der Dauer der römischen Herrschaft im Denken der Menschen (d. h. der "Zeitgenossen" vieler Generationen!) derart tief eingepägt, dass er von der realen Entwicklung der Stadt und des Reiches unabhängig wurde.

Weil **Rom** zunehmend zum **Inbegriff für Macht und Universalität** des Reiches wurde, konnten damit auch der tatsächliche Bedeutungsverlust der Stadt (beginnend mit der Verlegung der Hauptstadt des Reiches nach Konstantinopel durch Kaiser Constantin im Jahre 330 n. Chr.) sowie der Niedergang und die Auflösung des Weströmischen Reiches geistig ausgeblendet werden.

Sogar im Stadium des Verfalls im 5. Jahrhundert, als das Imperium (in seinem Westteil) an den meisten seiner Grenzen längst Rückzugsgefechte führte, hielten Roms germanische Nachfolger in den ehemals römischen Provinzen (wie z. B. Gallien oder Spanien) die von ihnen besiegten Römer wie selbstverständlich für kulturell überlegen.

Daher setzten sich in den von den Germanen eroberten Provinzen bzw. Ländern lateinische Sprache (weiterentwickelt zur spanischen, französischen, italienischen, usw. Sprache) und römisch-christliche (katholische) Religion dauerhaft durch.

Schwächung und Niedergang des Römischen Reiches

Die **ersten Vorböten** der späteren Bedrohung des Reiches an mehreren äußeren Fronten gleichzeitig waren, dass der "Philosophen-Kaiser" Marc Aurel zuerst einen Abwehrkrieg gegen die persischen **Parther** führen musste (162 n. Chr.), und nachdem dieser mit großen Verlusten beendet/überstanden war (und viele der aus dem Krieg zurückkehrenden Soldaten zugleich mit der zu dieser Zeit in Persien grassierenden **Pest** infiziert waren und diese Seuche daher mit ins Reich einschleppten, wo sie sich sodann über viele Jahre hinweg epidemisch verbreitete) er anschließend auch noch einen langjährigen Abwehrkrieg gegen die über die Donau ins römische Reichsgebiet (und sogar bis an die Adria) eingedrungenen germanischen **Markomannen** führen musste, der ebenfalls zu hohen Verlusten führte und von den Römern nur unter äußersten Anstrengungen siegreich beendet werden konnte.

Jedoch:

"Erst als zu Beginn des 3. Jahrhunderts im Osten die Perser zum Angriff übergingen und an Rhein und Donau die Germanen unruhig wurden, veränderte sich die Lage." (Alexander Demandt)

Ab dem 3. Jahrhundert n. Chr. begann allmählich und schleichend der (stete) **Niedergang** des Römer-Reiches **von innen und außen heraus**. - D. h.:

Erst ab jetzt veränderte/verschärfte sich die innere und äußere Lage des Römer-Reiches, indem es zu einem verhängnisvollen **Zusammenwirken von außen- und innenpolitischer**

Bedrohung mit (gleichzeitiger) wirtschaftlicher Instabilität kam:

- o An der Staatsspitze fanden häufige und rasche Kaiserwechsel ("Soldatenkaiser") statt. Diese zahllosen kurzfristigen Herrscherwechsel ergaben sich daraus, dass aufgrund der steigenden äußeren Bedrohung durch **Germanen** und **Parther** bzw. **Sassaniden** die militärische Präsenz des Kaisers an mehreren Fronten gleichzeitig erforderlich wurde. Dies führte einerseits zu wiederholten Putsch(versuch)en (sog. Usurpationen) v. a. von militärisch erfolgreichen Generalen - und damit aber zu wiederholten Bürgerkriegen-, und andererseits zur vorübergehenden Abspaltung von regionalen Sonderreichen in den

am stärksten von außen her bedrohten Provinzen: so in Gallien (258 - 273) und in Syrien (260 - 272).

(Die jeweiligen Truppen entschieden ohne Rücksicht auf den Willen des Senats darüber, wer Kaiser sein sollte! Der Senat war somit faktisch entmachtet und hatte keine andere Wahl mehr, als solchen Kaiserproklamationen zuzustimmen.)

- o Von der Mitte des 3. Jahrhunderts n. Chr. an wurden häufig große **Truppenkontingente von den Grenzen an Rhein und Donau abgezogen**, um diese einerseits in den zahlreichen und immer erneut aufflammenden **innenpolitischen Kämpfen** und andererseits im Osten zur Abwehr der fortwährenden militärischen Bedrohung durch die **sassanidischen Perser** (die das Partherreich 226 n. Chr. ablösten und Rom bei ihren wiederholten Angriffen mehrere schwere Niederlagen in Mesopotamien und Syrien zufügten [und dabei im Jahre 259 den römischen Kaiser Valerian gefangen nahmen, ihn festsetzten und ihm nach seinem Tode die Haut abzogen und diese als Beutestück im persischen Königspalast zur Schau stellten]) einzusetzen.

Damit wurden jedoch zugleich auch die Reichsgrenzen an Rhein und Donau und im Norden Britanniens geschwächt - und **germanische** (sowie keltische) Stämme zum wiederholten Eindringen ins Reichsgebiet und zu Raub- und Plünderungszügen hierin verleitet oder provoziert.

Gleichzeitig gab das Römische Reich (um 260 n. Chr.) noch den Limes in Germanien auf, sodass in den (zuvor rund 180 Jahre lang römisch gewesenen) Südwesten Germaniens nun zunehmend die Alemannen gewaltsam eindringen und sich dort niederließen, - auf Kosten und zum Leidwesen der dortigen romanisierten bzw. römischen Bevölkerung.

Wiederholt drangen die Alemannen auch bis Norditalien vor, bevor sie um 270 n. Chr. (unter dem Kaiser Aurelian) von dort wieder vertrieben werden konnten.

(Als Konsequenz hieraus ließ Aurelian eine neue Stadtmauer um Rom errichten und auch andere Städte in Italien mit neuen Umwehrungen schützen.) -

Kurz zuvor (um 250 n. Chr.) brachen schon die Goten mehrfach über die Donau ins Gebiet des heutigen Bulgariens ein und terrorisierten die dortige Bevölkerung mit Plünderungen, Mord und Versklavung. (Bei der Abwehr ihrer Angriffe fiel der römische Kaiser Decius). Die germanischen Sachsen wiederum überfielen und plünderten als Seeräuber die Küsten Galliens und Britanniens.

- o Diese außen- und innenpolitische Bedrohung führte zugleich zu einem allmählichen **wirtschaftlichen Niedergang** sowie zu einem steigenden **Steuerdruck** auf die Reichsbevölkerung. Denn:

Die Abwehr der **wachsenden inneren und äußeren Gefährdungen des Reiches** (durch **Usurpatoren** und **Germaneneinfälle** sowie im Osten durch **Parther bzw. Sassaniden**) verschlang immer größere Summen, so dass die dadurch steigenden Steuerlasten für die Bevölkerung insgesamt immer drückender wurden.

Die enorme Länge der römischen Reichsgrenze wurde zu einem schweren Problem in militärischer und steuerlicher Hinsicht! Diese Grenze war schwer zu schützen.

Der ständig steigende Finanzbedarf des römischen Heeres, das zudem verstärkt dazu überging, reichsfremde Germanen als Söldner zu rekrutieren, musste gedeckt werden. Und die wachsende staatliche Bürokratie (für die Verwaltung von Steuern, Militär, usw.) verursachte allein schon für ihren eigenen Betrieb zusätzliche Kosten. Diese Bürokratie-

Kosten verringerten wiederum die Geldmittel des Staates für seine Verteidigung...- Die Folge hiervon:

- o Im 3. Jahrhundert fand eine lang anhaltende **wirtschaftliche Depression** statt.
 - D. h. es kam zu einer ...
 - > drastischen **Geldentwertung** (infolge ständig erhöhten staatlichen Geldbedarfs zur Heeresfinanzierung) - und damit teilweise zu einem ...
 - > Rückfall in **Natural- und Tauschwirtschaft** sowie zu einem
 - > **Sinken von Produktivität und Handelsvolumen**, was zu einem
 - > **Niedergang von Handwerk und Handel** führte.
 - Dieses alles wiederum bewirkte einen ...
 - > **Rückgang der Steuereinnahmen** - und damit aber eben gerade eine Verminderung der staatlichen Mittel zur Heeresfinanzierung zwecks Verteidigung des Reiches gegen die äußere (und innere) Bedrohung!
 - Ein allmählich wachsender Teil der Bevölkerung - v. a. die bislang freien Klein- und Mittelbauern - versuchte, sich dem steigenden Besteuerungs-Druck zu entziehen durch
 - ~ Aufgeben ihres Landbesitzes bzw. ihrer Wohnung sowie ihres Berufes und
 - ~ abhängiges Arbeiten als Pächter bei einflussreichen und mächtigen Militärs bzw. Großgrundbesitzern, die sie vor dem Zugriff der Steuereinnahmer schützten.

Um sich dem wachsenden Steuerdruck zu entziehen, begaben sich insbesondere die Bauern zunehmend unter den Schutz von Großgrundbesitzern, die (ähnlich wie später die mittelalterlichen bzw. feudalen Grundherren) ihre Ländereien von wirtschaftlich unfreien bzw. abhängigen Pächtern (Kolonen) und Landarbeitern bewirtschaften ließen, - und die daher auch keinerlei Interesse an deren Rekrutierung durch das Heer hatten!

Um also diesem Steuerdruck (sowie auch einer Rekrutierung für das Heer) zu entgehen, begaben sich die Bauern in ökonomische Abhängigkeit von Grundherren, die gegen Pacht oder Arbeitsleistung der Bauern deren Steuerlasten übernahmen.

Als Klienten der Großgrundeigentümer waren diese Kleinbauern dem Besteuerungs- wie Rekrutierungszugriff des Staates also faktisch entzogen.

Diese ökonomisch abhängig gewordenen Bauern konnten daher nicht mehr als Soldaten für das Heer rekrutiert werden, - sodass letzteres noch mehr auf die Heranziehung fremder, d. h. v. a. germanischer, Söldner angewiesen war!

D. h. aber:

In der Absicht, durch Steuererhöhungen die militärische Wehrfähigkeit des Reiches finanziell zu stärken, wurde somit im Ergebnis neben dessen Wirtschaft zugleich auch dessen finanzielles und personelles Wehrpotential geschwächt...

Der Niedergang des Römer-Reiches begann im 3. Jahrhundert mit einer Verflechtung von stetig werdenden (und sich in den folgenden zwei Jahrhunderten verschärfenden und noch weiter zuspitzenden) äußeren und inneren Problemen:

Druck der Völkerwanderung auf Roms Grenzen (sowie dem fortwährenden persischen bzw. sassanidischen Druck auf Roms Ostgrenze), inneren Machtkämpfen (Putsch(versuch)en und Bürgerkriegen) und ernster Schwächung der Wirtschaft (durch steigende Steuerbelastung der Bevölkerung zwecks Finanzierung des Militärs).

Der Staat versuchte (unter den Kaisern **Diocletian**, reg. 284-305, und **Constantin**, reg. 306-337), dieser steuerlichen und wirtschaftlichen Fehl-Entwicklung bzw. diesem ökonomischen Niedergang v. a. mit derartigen Mitteln gegenzusteuern wie:

--> **Festlegung von Höchstpreisen** für Waren und Dienstleistungen aller Art

--> **Erblichkeit von Ständen und Berufen**

(die Söhne wurden zur Übernahme der Berufe ihrer Väter gezwungen)

--> **Bindung der bäuerlichen Bevölkerung** an die Scholle

- wobei fluchtverdächtige Bauern zur Abschreckung und in Ketten gelegt wurden.

Hiermit sollte das staatliche Steueraufkommen angehoben und gesichert werden. -

Gleichzeitig wurden seit Constantin sämtliche Bischöfe der sich im Römer-Reich immer mehr ausbreitenden christlichen Kirche von jeglichen Steuern und Abgaben befreit...

Das Recht zu Berufswechsel oder Umzug wurde beseitigt, und damit zugleich die arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land zu Arbeitssklaven ihres jeweiligen Berufsstandes gemacht!

Das bedeutet zugleich:

So wie die Menschen verschiedenster Völker zuvor jahrhundertlang durch eine (relativ) offene Wirtschaft und Gesellschaft ins Römer-Reich integriert wurden, so wurden sie nun alle für die nachfolgenden Jahrhunderte einer Zwangswirtschaft unterworfen. Sie waren von nun an Staats-Sklaven ihrer jeweiligen ökonomischen Funktionen (d.h. ihrer jeweiligen Stellung im Produktions- und Verteilungsprozess).

Der Charakter des römischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems ging damit in sein Gegenteil über: von relativer Offenheit, Durchlässigkeit und Flexibilität hin zu völliger Geschlossenheit und Erstarrung.

Das sich gleichzeitig mit dieser Entwicklung im römischen Reich zunehmend ausbreitende Christentum wiederum gab vor, die Menschen nach ihrem Tode aus einem derartigen Jammertal (welches sie aber zeitlebens geduldig zu ertragen hätten), zu erlösen, sofern sie denn "sündenfrei" und "gottgefällig" lebten.

Gleichwohl sprach so etwas in einer zunehmend erstarrten Gesellschaft immer mehr Menschen an...

So hat das Christentum dieses vom Staat bzw. vom Kaiser über die arbeitenden Menschen verhängte System völliger Unfreiheit tröstend und relativierend verklärt und verharmlost: "Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist; und gebt Gott, was Gottes ist! Ein jeder aber bleibe in seinem Berufsstande!" -

Diese Aufhebung jeglicher Freizügigkeit und persönlichen Freiheit war im 4. Jahrhundert bereits vollständig abgeschlossen (und wurde seither unverändert beibehalten; - und sie wurde damit zu einem Vorboten der mittelalterlichen feudalen Gesellschaftsordnung...)

Jedoch:

Die o. g. Entwicklung zu ländlicher Steuerflucht und wirtschaftlicher Abhängigkeit der Bauern konnte durch diese (alle Bewegungsfreiheit kassierenden) Maßnahmen nicht mehr unterbunden werden, - sodass es für den Staat dennoch immer schwieriger wurde, die ausreichenden Mittel zur militärischen Verteidigung zu erhalten und sicherzustellen. - D.h.: Es entstand ein "spätantiker Zwangsstaat" (Alexander Demandt), der seine Ziele aber letztlich doch nicht erreichte.

Der ab 305 n. Chr. diktatorisch regierende Kaiser **Constantin** machte (330 n. Chr.) anstelle Roms das erneuerte, ausgebaut und in Konstantinopel umbenannte Byzanz zur Hauptstadt des Römer-Reiches.

Diese neue Hauptstadt war militärisch leichter zu verteidigen und lag wesentlich näher an den wirtschaftlich bedeutenden Provinzen des Ostens als Rom...

Damit verlor sowohl Rom selbst seine Hauptstadtfunktion, als auch der römische Senat seine politische Macht.

Im Jahre 395 n. Chr. fand nach Kaiser **Theodosius'** Tod die Teilung des Römischen Reiches in ein westliches (mit Regierungssitz in Ravenna) und ein östliches Reich (mit Regierungssitz in Konstantinopel) statt.

Da es für einen einzigen Kaiser mittlerweile zu schwierig geworden war, das ganze äußerlich bedrängte und innerlich krisenbelastete Reich eigenverantwortlich allein zu regieren, schien eine derartige Aufteilung des offensichtlich "unregierbar" gewordenen einen Staates in zwei formal voneinander getrennte Staaten eine zwingend notwendige Lösung gewesen zu sein.

Der ab dem 3. Jahrhundert wachsende permanente äußere militärische Druck auf die langgezogenen Reichsgrenzen zwang den Staat zu einer Vergrößerung der Truppenstärke, die jedoch zunehmend nur noch durch Rekrutierung germanischer Söldner möglich war, weil eine immer weiter steigende Zahl von Grundbesitzern eine Rekrutierung ihrer Pächter und Arbeiter für das Militär verhindern konnte:

"Die folgenschwerste Schwäche der spätantiken Staatsgewalt lag im militärischen Bereich. Kriegsdienst wurde in allen Schichten unpopulär. Römer zahlten lieber die Wehrsteuer, als zu kämpfen. In wachsendem Umfang wurden den Barbarenfürsten Stillhaltegeelder gezahlt." (Alexander Demandt)

Der Beitrag der römischen Gesellschaft zu ihrer Verteidigung bestand zunehmend nur noch darin, **Steuergelder für die Bezahlung fremder Söldner** auszugeben!

Zwar gab es auch schon unter dem Kaiser Augustus germanische Söldner in den Hilfstruppen und Legionen, aber ihre Anzahl blieb stets sehr begrenzt.

Auf diese Weise stiegen Germanen nun zwangsläufig immer häufiger auch in die höheren Offiziersränge auf, und konnten nach der Zeit des Kaisers Constantin als **magister militum** (Heermeister) schließlich sogar die römische Armee befehligen.

Durch den steigenden Germanen-Anteil in der Armee stieg so zugleich auch die faktische politische Macht (oder Eigen-Mächtigkeit) dieser ursprünglich reichsfremden germanischen Heermeister bzw. Armeeführer v.a. im Weströmischen Reich gegenüber den dortigen Kaisern, die sich wiederum nun aus allem Militärischen strikt heraushielten.

Waren die Kaiser früher zugleich Feldherren, so waren sie nun militärische Laien!

Es gelang den Heermeistern, den Kaisern die Besetzung der Offiziers-Stellen zu entziehen und selber hierüber zu entscheiden. - Das Ergebnis war alsbald, dass die von Germanen besetzten Kommandostellen sogar erblich wurden, da sie von den Vätern an die Söhne bzw. von den Onkeln an die Neffen, usw. weitergegeben oder vermacht wurden.

Diese germanischen Heermeister übten somit seit dem Ende des 4. Jahrhunderts faktisch die Herrschaft im (West)Römischen Reich aus, - wie etwa der Franke **Arbogast** am Hofe

Kaiser Valentians II. (375-392) oder der Vandal **Stilicho** bei (West-)Kaiser Honorius (395-423). (Aber auch sie konnten den höfischen Intrigen zum Opfer fallen und umgebracht werden, wie etwa Stilicho...)

Und der gotische Heermeister **Ricimer** setzte in den letzten Jahren des Weströmischen Reiches nacheinander mehrere von ihm abhängige Kaiser ein, die so nur Gallionsfiguren seiner Macht waren - und von ihm bei "Mißfallen" ihrer Handlungen kurzerhand umgebracht wurden; er selbst starb vermutlich an Magenkrebs.

Es gelang nur im Oströmischen Reich, diese eigenmächtig agierenden Heermeister wieder auszuschalten, - wohingegen das Weströmische Reich seine militärische Verteidigung zunehmend diesen "Fremden" bzw. "Barbaren" überließ - und somit völlig von ihnen abhängig wurde! - Konsequenz: Das weströmische Heer des 5. Jahrhunderts bestand am Ende weit überwiegend aus germanischen Truppen; zwischen ihnen und den verbliebenen Römern kam es häufig zu ethnischen Konflikten...

Zahlreiche und zumeist erfolglose **Usurpationsversuche** schwächten zudem im 4. und 5. Jahrhundert den Staat (v. a. im West-Reich, teils aber auch im Ost-Reich), weil sie jedes Mal nur mit erheblichen militärischen Anstrengungen niedergeschlagen werden konnten, - sodass daher für den Schutz der Grenzen vor der äußeren Bedrohung (durch Germanen und Perser) zunehmend die Mittel fehlten.

Bereits im Jahre 378 - also 17 Jahre vor der Teilung des Römischen Reiches - erzwangen die (vor den Hunnen auf römisches Gebiet geflohenen) Westgoten nach einem vernichtenden Sieg über das römische Heer bei **Adrianopel** im Jahre **378** die explizite vertragliche Abtretung eines künftig ausschließlich von ihnen besiedelten und beherrschten und damit gegenüber Rom de facto autonomen Territoriums innerhalb des Reichsgebiets an sie (zwischen Donau und Adria im Gebiet des heutigen Kosovo).

Hiermit ging jedoch zugleich auch die Landverbindung zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil des Römer-Reiches dauerhaft verloren, da es nun nicht mehr möglich war, die Goten wieder aus dem Reichsgebiet hinaus zu drängen.

Somit wurde das Reich ernsthaft und nachhaltig geschwächt, da es ab jetzt auf Dauer in zwei getrennte Hälften zerschnitten worden war:

Diese gewaltsame **Landnahme der Goten** war so "der Anfang aller Übel für das Römerreich". (Alexander Demandt)

Dieses territoriale Zugeständnis der Römer an sie hielt jedoch die Goten in der Folgezeit keineswegs von Plünderungszügen nach Griechenland, Italien und Südgalien ab; - u. a. plünderten sie im Jahre 410 die Stadt Rom.

Auch das (im Jahre 392 unter Kaiser Theodosius als vorrangig die arbeitenden Menschen disziplinierende Herrschaftsstütze zur Staatsreligion erhobene) **Christentum** wurde mit seiner steigenden (ideologischen und durch Schenkungen und Erbfälle zusammengerafften materiellen) Macht und seiner stets praktizierten (aggressiven oder auch süßlich-subtilen) Intoleranz gegenüber Andersdenkenden sogar noch zu einem Faktor der Verschärfung (statt der Verhinderung, wie noch unter und auch von Constantine gemäß der Formel "ein Gott - ein Reich - ein Kaiser" geglaubt) der inneren Konflikte (und damit zugleich auch der

weiteren Schwächung des Römer-Reiches gegen äußeren Druck), weil nämlich die endlosen religiösen Streitfragen nicht allein von den Klerikern diskutiert, sondern häufig auch (und gerade im schon frühzeitig christlich beherrschten griechischen Ostteil des Reiches) innerhalb der Bevölkerung gewaltsam ausgetragen wurden!

Zudem hatte Theodosius mit seiner Erhebung des Christentums zur Staatsreligion zugleich auch die Ausübung aller "heidnischen Kulte", d. h. die Ausübung der alten, traditionellen römisch-griechisch-ägyptischen Religionen, verboten und unter (Todes)Strafe gestellt. Somit bekämpften Christen nicht nur Anhänger und Vertreter der von ihnen als "heidnisch und abergläubisch" verteufelten alten Religionen und der ihnen ebenso verhassten griechischen Philosophie, - sondern ebenfalls auch andere (von ihnen als "ketzerisch" denunzierte) Christen (die mitunter daraufhin umgebracht oder verbrannt wurden). (Mitunter gewährten wiederum die Sassaniden den verfolgten christlichen "Ketzern" Asyl, um sie propagandistisch gegen das katholische Rom zu instrumentalisieren; jedoch konnten sie hiermit nichts Nennenswertes bewirken.)

Hinzukam, dass **Nichtkatholiken verfolgt** und mit dem Tode (durch **Verbrennen**) bedroht wurden.

"In den Städten gewannen die Bischöfe zunehmend Autorität sogar in säkularen Angelegenheiten. Die Kaiser selbst legitimierten das Bischofsgericht. Es war zwar an das römische Recht gebunden, doch stand es beispielsweise einem Bischof frei, einen Juden nach Ermessen auspeitschen zu lassen." (Alexander Demandt)

Die zur Macht gelangten Christen entfremdeten auf diese Weise einerseits die alten nicht-christlichen Eliten dem Reich, und erzeugten so andererseits ein allgemeines Klima der Denunziation und Angst, in welchem dann auch Juden als "Christusmörder" verfolgt (und auch umgebracht) wurden. (Religiöser Fanatismus der Gegenwart kann sich vollkommen auf "altbewährte" historische Vorbilder berufen...)

Das Ende

Nachdem das Römische Reich im Jahre 395 in ein westliches und ein östliches Reich geteilt wurde (wobei die West-Kaiser in Ravenna residierten, und die Ost-Kaiser in Konstantinopel), gingen dem weströmischen Teil-Reich zwischen 406 und 440 letztlich seine sämtlichen außer-italienischen Gebiete (außer Dalmatien bzw. Illyrien) verloren, und zwar sowohl infolge ständiger innerer Konflikte, als auch aufgrund des verstärkten Eindringens germanischer Stämme in das zunehmend verteidigungsunfähige und schutzlose Reichsgebiet. - M. a. W.:

Im Gegenzug für Frieden ließ (West)Rom v. a. in Gallien und Spanien germanische Völker (Franken, Burgunder, Westgoten, usw.), welche hier kurz zuvor eingedrungen waren, sich auf seinem Territorium ansiedeln, - und verzichtete dabei zugleich auf alle Steuereinnahmen aus diesen Gebieten, - sodass ihm die nötigen Gelder für seine militärische Verteidigung fehlten.
D.h.:

Mit dem Verlust dieser Territorien und deren Bewohner verlor der Staat zunehmend auch immer mehr Steuerzahler und damit immer mehr Steuergelder für seine Verteidigung.

Insgesamt war die Situation des Weströmischen Reiches im 5. Jahrhundert so beschaffen:

- o Die innenpolitische Lage war gekennzeichnet ...
 - > einerseits durch wiederholte Aufstände der Landbevölkerung gegen die zumeist römischen Großgrundbesitzer, - letzteres v. a. in den von den Germanen bedrohten Gebieten; die Bekämpfung dieser Unruhen beanspruchte das römische Militär weit mehr als die Abwehr der ins Reich eindringenden Germanen;
 - > andererseits durch häufige Usurpations-Versuche (das Ausrufen von Gegenkaisern) durch mit der politischen Situation unzufriedene Militärs.
- o Die außenpolitische Lage war derart beschaffen:
 - > Infolge der notwendig gewordenen Abwehr der Plünderungszüge der Goten auf weströmischem Territorium (Italien, Südgalien) Ende des 4. und Anfang des 5. Jahrhunderts sahen sich die Römer gezwungen, ihre Truppen von der Rheingrenze sowie aus Südgalien und Britannien abzuziehen und sie in Italien zu konzentrieren (406 bzw. 410).
Ebenso zog sich die römische Verwaltung nun ganz nach Oberitalien zurück.
 - > Weil die Römer diese außeritalienischen Gebiete somit jedoch nicht mehr schützen konnten, überschritten (Ende 406) mehrere germanische Stämme (Vandalen, Alanen, Sueben, Burgunder, u. a.) die nun offene Rheingrenze und brachen von hier aus auf weströmisches Reichsgebiet ein, - wobei sie (409) bis nach Spanien vordrangen und dieses völlig in Besitz nahmen.
 - > Zugleich plünderten die in Italien befindlichen Goten die Stadt Rom (410).
 - > Schließlich setzten die Vandalen (429) von Südspanien nach Nordafrika über, okkupierten einen Teil des letzteren und zwangen den weströmischen Kaiser zur vertraglichen Abtretung dieses Gebietes. - Dies aber hinderte die Vandalen nun keineswegs daran, von ihrem neu errichteten nordafrikanischen Königreich aus im Mittelmeer Piraterie (gegen Westrom) zu betreiben und die Stadt Rom ein zweites Mal zu plündern (455).
 - > Zugleich eroberten Sachsen, Iren, Scoten und Picten Britannien (ab 410) - und terrorisierten und unterdrückten die dortige Bevölkerung.
 - > Mit dem Verlust Nordafrikas an die Vandalen wiederum hatten Rom und Italien ihre Getreideversorgung und damit zugleich auch ihre wirtschaftliche Existenz-Grundlage verloren...
Infolgedessen kam es in Rom und Italien zu Hunger-Unruhen. Ein Versuch Westroms zur militärischen Rückeroberung Nordafrikas scheiterte durch Sabotage und Verrat.
 - > Da das Oströmische Reich zu dieser Zeit selbst durch innere und äußere Konflikte (diverse Usurpationsversuche, gewaltsame religiöse Kämpfe, germanische [gotische] Plünderungszüge und Angriffe der Hunnen sowie einen ständigen Abnutzungskrieg mit den Persern/Sassaniden) geschwächt war, konnte es dem immer stärker bedrängten Weströmischen Reich nicht zu Hilfe kommen.
 - > Das Weströmische Reich fand sein Ende mit der Absetzung des Kindkaisers Romulus Augustulus durch den germanischen Heerführer Odovakar (476), der als Lohn für die germanischen Söldner im Dienste Roms einen "gerechten Anteil" am italienischen Boden einforderte (nämlich genau so, wie die Römer zuvor in ihren Provinzen den germanischen Söldnern Land als Lohn für den geleisteten Heeresdienst zu geben pflegten).

Zwar ließ sich Odovakar von seinen germanischen Soldaten als (germanischer) "König von Italien" (Rex Italiae) ausrufen, und er wurde auch vom oströmischen Kaiser Zenon anerkannt; - aber er sah sich letztlich nur als ein im Auftrag des oströmischen Kaisers Handelnder (quasi als dessen Statthalter): er ließ Münzen mit Zenons Bild prägen und beließ auch die geschulte römische Verwaltung weitgehend im Amt. Jedoch wurde seine Herrschaft 17 Jahre später - nach Konflikten mit Ostrom um die Herrschaft in Dalmatien - mit Billigung des oströmischen Kaisers durch die Ostgoten unter Theoderich beseitigt, der in Italien ebenfalls ein germanisches Königtum errichtete. (Odoaker wurde hierbei von Theoderich am Hof des letzteren in Ravenna getötet.)

Am Ende tödlich für das weströmische Kaisertum war die politische Schwäche der Kaiser im 5. Jahrhundert deshalb, weil der Kaiser de jure als die einzige Macht galt, von der alle anderen Ämter und Zuständigkeiten (theoretisch) abhingen. (Wie beim Perserreich - s. w. o. - war auch im Römerreich die Funktion des Herrschers das zentrale Moment der - theoretischen/ideologischen - Staatskonstruktion, ohne welches alles auseinanderfiel... - M.a.W.:)

Ein Ausfall dieser Macht konnte daher auch durch keine andere institutionelle Macht ausgeglichen werden - außer faktisch eben durch die germanischen Heerführer, die aber damit zugleich diesem Reich ein Ende setzten.

Im **oströmischen Reich** zielte Kaiser **Justinian** (Regierungszeit 527-565) darauf ab, den an die germanischen Völker verlorenen Westen des Römer-Reiches zurückzuerobern, und so wieder ein einheitliches Römisches Reich zu schaffen bzw. das Reich in seinen alten Grenzen wieder herzustellen (**renovatio imperii**).

Diese Politik verlief zuerst/vorübergehend sogar äußerst erfolgreich: nach einem (allerdings teuer erkaufte[n]) und dennoch bald wieder brüchigen) Friedensschluss mit dem persischen Sassaniden-Reich (um sich so den Rücken für die Rückeroberung des verloren gegangenen Westens freizuhalten) gelang es Ostrom, unter den Feldherren Belisar und (später) Narses große Teile Italiens und Südspaniens sowie Nordafrika den Ost- und Westgoten sowie den Vandalen zu entreißen; diese Gebiete kamen nun zu Ostrom.

Aber:

Dann ging (kurz nach Justinians Tod) Italien Ende des 6. Jahrhunderts an die germanischen Langobarden verloren (bis auf das Gebiet der ehemals weströmischen Hauptstadt Ravenna, das seither so bezeichnete "Exarchat Ravenna", welches erst Mitte des 8. Jahrhunderts ebenfalls an die - bald darauf wiederum von den Franken unterworfenen - Langobarden fiel); ebenso fiel Südspanien schon am Ende des 6. Jahrhunderts wieder an die Westgoten zurück; und auf den zermürbenden Dauer-Krieg mit dem persischen Sassaniden-Reich folgte im 7. Jahrhundert die islamisch-arabische Invasion, - wodurch Ostrom mit Nordafrika und Syrien jetzt zugleich auch seine Kornkammer Ägypten für immer verlor...

Somit wurde es zu einem territorial nur noch auf Griechenland und Kleinasien beschränkten griechischen Staat (dessen Herrscher ab dem 7. Jahrhundert nicht mehr lateinisch als "imperator"=Befehlshaber, sondern griechisch als "basileos"=König tituliert wurde), - und der schließlich ab dem Ende des 11. Jahrhunderts von Türken, Slawen und katholischen Kreuzfahrern (sowie von der See- und Handelsmacht Venedig) sowie von steten inneren Unruhen (verursacht durch diverse Usurpatoren) Schritt für Schritt geschwächt und

zerstört wurde.

Vom einstigen Oströmischen Reich blieb am Ende nur noch ein machtloser Stadtstaat zurück, der im Jahre 1452 von den osmanischen Türken gewaltsam annektiert wurde - und damit endgültig verschwand.

Zum Untergang des Weströmischen Reiches im 5. Jahrhundert bleibt festzuhalten:

"Das äußere Kräfteverhältnis hatte sich zu Roms Ungunsten verschoben. Roms wirtschaftliche Überlegenheit wurde durch einen steigenden militärischen und demographischen Außendruck in Frage gestellt, der durch Zahlungen an die Barbaren und durch Ansiedlung nicht mehr abzufangen war." (Alexander Demandt)

Dieser Untergang erfolgte als "das langsame Sterben einer Weltmacht"(Günter Klein).

D. h.:

Im Verlauf der Völkerwanderung ging die Integration von Nicht-Römern in das (geteilte) Römische Reich zwar (zwangsläufig und notgedrungen) weiter - nämlich insbesondere im West-Reich als Ansiedlung und Söldner-Rekrutierung von Germanen -, aber gegenüber dem schließlich immer massiveren und aggressiveren Eindringen in ein am Ende immer mehr schrumpfendes und verarmendes Weströmisches Reich erwies sich auch die einstmals äußerst wirksame Integration als nutzloses Mittel: sie konnte den Tod des West-Reiches nicht mehr abwenden.

Jedoch...

Der völlige Zusammenbruch der weströmischen Herrschaft im westlichen Mittelmeerraum (476) hatte zugleich auch den Niedergang der griechisch-römischen Zivilisation in Spanien, Gallien, Italien und Nordafrika zur Folge.

Dieser kulturelle Absturz machte sich schon ab dem 6. Jahrhundert zunehmend bemerkbar:

- > der Handel stagnierte, und die Geldwirtschaft wurde weitestgehend durch eine Tauschwirtschaft abgelöst (bzw. die bereits mit Beginn des Niedergangs im 3. Jahrhundert aufgetretenen Ansätze und Tendenzen hierzu wurden von der jetzigen Entwicklung derart forciert, dass die Geldwirtschaft fast völlig verschwand);
- > die Städte verfielen baulich, da immer mehr bautechnisches Wissen und Können verloren ging (dies betraf Gebäude, Aquädukte und Straßen); und ihre Einwohnerzahl sank ständig, da die Bevölkerung insgesamt abnahm.

Mit der Entstehung der germanischen Königreiche auf dem Gebiet der ehemaligen römischen Provinzen ab dem 5. Jahrhundert:

- > Italien: Ostgoten, Langobarden (im 6. Jahrhundert)
- > Gallien: Franken, Burgunder
- > Spanien: Westgoten, Sueben

sowie mit der (später erfolgenden) arabischen Invasion in Nordafrika, im Nahen Osten und in Kleinasien ab dem 7. Jahrhundert war die durch das Römerreich geschaffene politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Einheit des gesamten Mittelmeerraums endgültig zerstört und verloren gegangen.

Das Römische Reich hatte über mehr als 500 Jahre lang den gesamten Mittelmeer-Raum geprägt. In der Zeit vom 5. bis zum 7. Jahrhundert aber wurde diese einheitliche Prägung und Gestaltung auf Dauer zerbrochen.

Das Erbe Roms bis in die Gegenwart

Rom hinterließ der Nachwelt insbesondere folgendes **Erbe**:

o **Sprache:**

- > sowohl die lateinische Sprache selbst als herrschende Sprache in Rechtswesen, Verwaltung, Kirche, Philosophie, Wissenschaft, Bildungswesen, Literatur, usw. in Europa bis über den Beginn der Neuzeit hinaus (ca. bis zum 17.-19. Jahrhundert);
- > als auch die von der lateinischen Sprache geprägten romanischen Nachfolgesprachen Italienisch, Französisch, Spanisch, Rumänisch, usw.;
- > sowie eine ungeheure Masse an lateinischen Lehn- und Fremdwörtern (für unzählige Alltagsgegenstände und Besonderheiten) sowie Redewendungen in den germanischen Sprachen (Englisch, Deutsch, usw.). (Vieles scheinbar "so ur-deutsch" klingende wie z. B. Dach, Ziegel, Fenster, usw. usf. ist lateinischen Ursprungs und tatsächlich nur "eingedeutschtes" Latein.)

o **Rechtswesen:**

- > Regelungen für das private und öffentliche Recht, die es in der römischen Zeit selbst v. a. in Form von Gesetzen, Anordnungen und Senatsbeschlüssen gab, wurden schon von antiken Juristen gesammelt und für die Nachwelt aufbewahrt;
- > bereits im Jahre 506 ließ der westgotische König Alarich II. ein für seinen Herrschaftsbereich in Südfrankreich und Spanien geltendes Gesetzbuch herausgeben; es trug den Namen "Lex Romana Visigothorum" ("Römisches Gesetz der Westgoten") und enthielt die Gesetze verschiedener römischer Kaiser.
- > das römische Rechtswesen wurde vom oströmischen Kaiser Justinian zwischen 528 und 534 in einem "Corpus Iuris Civilis" systematisch zusammengefasst, - und diente so später auch als Grundlage der neuzeitlichen (west-)europäischen Rechtssysteme (bis ins 18. Jahrhundert).
Der unter Napoleon in Frankreich eingeführte Code Civil und das 1900 in Deutschland eingeführte Bürgerliche Gesetzbuch stehen in der Tradition des Römischen Rechts.

o **Kalender:**

Auf Julius Caesar geht der in Europa in den katholischen Ländern bis ins 16. Jahrhundert, in den protestantischen Ländern noch bis ins 18. Jahrhundert und in Russland sogar bis Anfang des 20. Jahrhunderts geltende "Julianische Kalender" zurück. Dieser wurde nach einer Kalenderreform des Papstes Gregor (1582) durch den "Gregorianischen Kalender" abgelöst, - zuerst in den katholischen Ländern, später in den protestantischen Ländern, zuletzt in Russland.

Daher auch fanden in Russland 1917 - aus der Sichtweise des Gregorianischen Kalenders - die "Februarrevolution" (Abdankung des Zaren, Bildung der Regierung Kerenski) im März und die "Oktoberrevolution" (Erringung der bolschewistischen Macht durch Lenin und Trotzki) im November statt...

o **Städte:**

Viele heutige europäische bzw. deutsche Städte sind römische Gründungen, wie z. B. London, Wien, Köln, Mainz, Regensburg, Augsburg, Regensburg, usw.

o **Religion:**

Das katholische Christentum mit seinem Hauptsitz und Oberhaupt (Papst) im Vatikan (Mons Vaticanus) in Rom; ebenso Begriffe der kirchlichen Organisation und Funktionen (die eine Kopie der römischen staatlichen und hohepriesterlichen Strukturen und Ämter darstellte) wie z. B.: Diözese, Vikar, Pontifex Maximus.

Nicht zuletzt deshalb sah der englische Staatsphilosoph Thomas Hobbes im 17. Jahrhundert in der katholischen Kirche "das Gespenst des Römischen Reiches".

o **Politische Begriffe, Institutionen und Titel** wie z. B.:

--> **Senat:**

In Rom wie in verschiedenen heutigen Staaten (z.B. USA, Tschechien): das oberste bzw. eines der obersten politischen Entscheidungsgremien; ebenso oberste Gremien in verschiedenen Gerichtshöfen.

--> **Konsul:**

In Rom: zwei Konsuln (mit einjähriger Amtszeit) als höchste Vertreter der Staatsgewalt (das Modell wurde von Napoléon Bonaparte in der Endzeit der Französischen Revolution kopiert: Bonaparte war, bevor er sich zum Kaiser krönte, "Erster Konsul der Französischen Republik");

heute: Konsul = höchster diplomatischer Vertreter eines Landes im Ausland.

--> **Diktator:**

In Rom: auf den Notstand (für maximal 6 Monate Amtszeit) begrenzter oberster Vertreter der Staatsgewalt;

heute: Anführer ("Führer" oder "Caudillo") eines Gewaltregimes mit der Tendenz zu "lebenslanger" Herrschaft (letzteres Modell ist theoretisch schon durch Caesar vorgelebt worden, als er vom römischen Senat zum "Diktator auf Lebenszeit" ernannt worden war).

--> **Zensor:**

In Rom: Vermögens- und Steuerschätzer;

heute: von einem Regime bzw. einer Diktatur angestellter Informations- und Nachrichtenunterdrücker gegenüber den Medien (Presse, Internet, usw.) im Dienste der Propaganda, usw.

--> **Magistrat:**

In Rom und heute: politische und technische Stadtverwaltung.

--> **Kaiser bzw. Zar:**

Dieser Titel ist abgeleitet vom Namen Julius Caesars, dem Wegbereiter des römischen Kaisertums; den Kaisertitel trugen u. a. Karl der Große, sowie alle formal höchsten Herrscher des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation", und alle Herrscher Russlands seit Iwan dem Schrecklichen.

--> **Imperium bzw. "Empire":**

Das britische Kolonialreich des 19. Jahrhunderts bezeichnete sich selbst als "British Empire". - Sogar ein französischer Design-Stil des frühen 19. Jahrhunderts, nämlich aus der Zeit des Kaisers Napoleon, trug den Namen "Empire".

Eine besondere Form des **Nachwirkens Roms** in der Politik im deutschsprachigen Raum war das sog. "**Heilige Römisches Reich Deutscher Nation**":

Der Frankenkönig Karl der Große wollte gegen Ende des 8. Jahrhunderts das alte (west)römische Reich wiederherstellen; sein Frankenreich umfasste damals die heutigen Gebiete Frankreichs, Westdeutschlands, Norditaliens und Österreichs.

Im Jahre 800 wurde Karl vom Papst in Rom zum Kaiser gekrönt - und er selbst sah sich von nun an als Nachfolger des letzten (west)römischen Kaisers - und damit als dem oströmischen bzw. byzantinischen Kaiser gleichrangig!

Karls Nachkommen jedoch teilten das Frankenreich in ein westliches Herrschaftsgebiet (den größten Teil des heutigen Frankreich) und ein östliches Herrschaftsgebiet (den Rest des oben beschriebenen Reiches, zumeist auf heutigem deutschen Boden befindlich).

Das letztere Teilreich, welches sich jedoch in den folgenden Jahrhunderten zunehmend in eine Vielzahl mittlerer, kleiner und kleinster (und miteinander konkurrierender) Länder bzw. Staaten unter (nur noch rein formaler) Oberhoheit eines deutschen "römischen Kaisers" zerlegte, wurde als "Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation" bezeichnet; - dieses endete mit dem siegreichen Vordringen der französischen Truppen unter Kaiser Napoleon auf deutsches Gebiet 1806. (Es folgten zuerst der sog. "Rheinbund" unter französischer Kontrolle, und ab 1815 der sog. "Deutsche Bund" mit Sitz in Frankfurt/M.)

Deutsches Kaiserreich

Entstehung des Deutschen Kaiserreiches

Das **Deutsche Kaiserreich** wurde am 18. Januar 1871 nach dem Sieg des von Preußen beherrschten und angeführten Norddeutschen Bundes und der mit diesem verbündeten süddeutschen Staaten im Deutsch-Französischen Krieg gegründet. Auf kleindeutscher Grundlage (d. h. unter dem durch den preußisch-österreichischen Krieg von 1866 besiegelten Ausschluss Österreichs aus Deutschland) und unter der Herrschaft der preußischen Dynastie der Hohenzollern war damit erstmals ein deutscher Nationalstaat entstanden.

Das Deutsche Kaiserreich von 1871 bis 1918 war somit keine historisch gewachsene Einheit, sondern das Ergebnis von 7 Jahren Diplomatie und Krieg (1864-1871); d. h.: es war letztlich das Resultat dreier Kriege Preußens (unter seinem König Wilhelm I. und dessen Ministerpräsidenten Otto v. Bismarck):

- o 1864 gemeinsam mit Österreich gegen Dänemark,
- o 1866 gegen Österreich,
- o 1870/71 gegen Frankreich.

D. h.:

Vorgeschichte - 3 Kriege in 7 Jahren:

Zu Beginn der 1860er Jahre erfolgte eine gezielte und umfangreiche militärische Aufrüstung Preußens - aufgrund der militärischen Bedrohung Deutschlands durch Frankreich unter Kaiser Napoleon III. und der allmählichen Schwächung Österreichs infolge des italienischen Unabhängigkeitskampfes (durch welchen Österreich seine norditalienischen Territorien verlor).

Auf diese preußische Aufrüstung folgten drei Kriege:

Deutsch-Dänischer Krieg 1864:

Dieser Krieg ging um Besitz und Aufteilung der Herzogtümer Schleswig und Holstein, die seit Aufkommen des Nationalismus (in Europa allg.) zwischen Dänemark und den deutschen Ländern umstritten waren.

Nach dem Sieg Preußens und Österreichs über Dänemark (v. a. nach der Schlacht an den Düppeler Schanzen) teilten sich Österreich und Preußen zunächst die Verwaltung beider Herzogtümer auf, anschließend kam Schleswig zu Preußen und Holstein zu Österreich.

Preußisch-Österreichischer Krieg 1866:

Als Preußen 1866 das Österreich zugeordnete Herzogtum Holstein besetzte, kam es zum Krieg zwischen beiden Staaten, der mit dem preußischen Sieg bei Königgrätz endete.

Bismarcks Zielsetzung war die Brechung der Vormacht Österreichs in Deutschland sowie seine Herausdrängung aus Deutschland, um die deutschen Staaten unter der Führung

Preußens vereinen zu können ("kleindeutsche Lösung").

Dieser Krieg führte zur Auflösung des von Österreich dominierten Deutschen Bundes (mit Parlamentssitz in Frankfurt/M) - und zur Gründung des von Preußen dominierten Norddeutschen Bundes (mit Parlamentssitz in Berlin), der außer Österreich, Bayern, Württemberg und Baden alle deutschen Staaten umfasste. - Zu beachten ist hierbei: Beide Konfliktparteien, d. h. sowohl Österreich als auch Preußen, machten 1866 vor Kriegsbeginn Frankreich das Angebot von territorialen Zugeständnissen im Gebiet zwischen Rhein und Mosel für dessen "wohlwollende Neutralität"! (Frankreich hatte zudem schon seit dem 17. Jahrhundert territoriale Interessen am Rheinland...)

Deutsch-Französischer Krieg 1870/71:

Auslöser des Krieges war der Streit um den Thronfolger in Spanien nach der 1868 in einer Revolution erfolgten Entmachtung der dortigen Königin Isabella; die spanische Regierung benannte 1870 Prinz Leopold von Hohenzollern als Thronfolger.

Frankreichs Regierung befürchtete hierdurch (nach dem preußisch-österreichischen Krieg von 1866!) einen weiteren Machtzuwachs des von der Hohenzollern-Dynastie regierten Preußen und eine damit verbundene preußische Einkreisung Frankreichs von Osten und Süden her, - und bestand daher auf "ewigen" Verzicht der Hohenzollern auf den spanischen Thron. Preußens Ministerpräsident Bismarck wiederum sah in der Konfrontation mit Frankreich die zentrale Chance zur Einigung der nord- und süddeutschen Staaten unter preußischer Führung - und er gab aus diesem Grund ein Telegramm, in welchem Preußens König Wilhelm der französischen Forderung ausweichend zugestimmt hatte (sog. Emser Depesche), derart verfälscht an die Öffentlichkeit, dass der Allgemeinheit nun Glauben gemacht wurde, der König habe die französische Forderung kurzerhand kategorisch abgelehnt!

Daraufhin erklärte Frankreich Preußen den Krieg, in dem Glauben, ihn gewinnen zu können... Da Preußen nun in der Bevölkerung aller deutscher Staaten überwiegenden Rückhalt fand, schlossen sich ihm auch die süddeutschen Staaten im Krieg gegen Frankreich an.

Nach dem deutschen Sieg bei [Sedan](#) und der Gefangennahme des französischen Kaisers [Napoleon III.](#) 1870 war der Weg für die "kleindeutsche" Form der nationalstaatlichen [Reichsgründung](#) frei (einheitliches Deutsches Reich ohne Österreich)..

Preußens Ministerpräsident Otto v. Bismarck begann mit den süddeutschen Staaten zu verhandeln, die schließlich dieser kleindeutschen Lösung zustimmten, und er konnte dabei seine eigenen Vorstellungen weitgehend durchsetzen. Dies bedeutete den faktischen Anschluss Bayerns, Württembergs und Badens an den Norddeutschen Bund. Andere Pläne wie der eines Doppelbundes, wie ihn etwa [Bayern](#) vorgeschlagen hatten (der Norddeutsche Bund und ein hierfür eigens noch zu schaffender Süddeutscher Bund), waren nunmehr chancenlos.

Die von Bismarck verfochtene und erfolgreich durchgesetzte Lösung garantierte einerseits eine Dominanz Preußens (gegenüber den anderen deutschen Ländern) auch im neuen Reich. Andererseits bedeutete der gestärkte monarchische [Föderalismus](#) eine Barriere gegen innenpolitische bürgerlich-liberale Tendenzen zur [Parlamentarisierung](#).

Dieser kriegsbedingte Auftrieb an national(istisch)er Stimmung in Deutschland erleichterte Bismarck die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten, die in den

"Novemberveträgen" mündeten. Gleichwohl musste er gegenüber diesen Staaten Zugeständnisse machen:

- o So unterhielt Bayern in Friedenszeiten weiterhin seine eigene Armee.
- o Überdies behielten Bayern und Württemberg weiterhin ihr eigenes Postwesen und ihre eigenen staatlichen Eisenbahnen.

In der deutschen Öffentlichkeit wurde schon während des Krieges mit Frankreich 1870 die **Annexion des Elsass und von Teilen Lothringens** propagiert - und Bismarck machte sich diese Forderungen zu Eigen.

Diese Annexion jedoch verlängerte den Krieg mit Frankreich, und sie erzeugte in der französischen Öffentlichkeit ein bis zum Ersten Weltkrieg anhaltendes Verlangen nach Revanche.

Die Schaffung des deutschen Kaiserreiches war insbesondere auch deshalb möglich, weil das internationale europäische Umfeld hierin zunächst keinerlei Bedrohung für sich selbst sah und diese daher grundsätzlich akzeptierte:

Russland konzentrierte sich nach dem von ihm gegen Großbritannien, Frankreich und das Osmanische Reich verlorenen Krimkrieg (1854-1856) auf die Expansion in Ostasien und auf die ökonomische Modernisierung seiner Gesellschaft (Aufhebung der Leibeigenschaft, Entwicklung des Kapitals, usw.);

Großbritannien sah im Erstarken Preußens und der Schaffung eines preußisch beherrschten deutschen Nationalstaats ein Gegengewicht gegen die politische Macht Frankreichs auf dem Kontinent, - also eine neue Form kontinentaleuropäischen Gleichgewichts. -

Jedoch weckte die deutsche Annexion Elsass-Lothringens von 1871 in Frankreich das fortdauernde Bedürfnis nach Revanche - und auch in Großbritannien einen gewissen Argwohn, der jedoch zunächst noch nicht weiter zum Zuge kam.

Russland wiederum erwartete für seine wohlwollende Neutralität von 1870/71 in den Folgejahren eine Gegenleistung seitens Deutschlands, - welche es jedoch nicht erhielt: die Unterstützung seiner Interessen auf dem Balkan gegenüber den konkurrierenden Interessen Österreich-Ungarns.

Deutschland hingegen zog das Bündnis mit Österreich-Ungarn vor. (Und in den folgenden - gegen das türkische Osmanenreich gerichteten - Balkan-Kriegen setzte sich Deutschland gerade aus russischer Sicht nicht für russische Interessen z. B. in Bezug auf Bulgarien und die Meerengen am Bosphorus ein, sondern für österreichische Ziele...) -

Das neu gegründete deutsche Kaiserreich als Bundesstaat mit dem Namen Deutsches Reich war bis zur Novemberrevolution und der Abdankung Wilhelms II. am 9. November 1918 eine konstitutionelle Monarchie. (Nach der Proklamation der Republik am Ende des Ersten Weltkriegs konstituierte die verfassunggebende Nationalversammlung das Deutsche Reich 1919 als parlamentarische Demokratie.)

Trotz der weitgehenden Übernahme der Verfassung des Norddeutschen Bundes war die Gründung des Deutschen Reiches formal eine Neugründung, da sie der Ratifizierung durch die Legislativen der beteiligten Partner bedurfte. An die Stelle des Bundespräsidiums trat der preußische König Wilhelm I. als Deutscher Kaiser.

Diese Umbenennung (von Norddeutschem Bund in Deutsches Reich) war staatsrechtlich von

untergeordneter, symbolisch jedoch von erheblicher Bedeutung - die Erinnerung an das Alte Reich erleichterte die Identifikation mit dem neuen Staat.

Um die monarchische Legitimität des Nationalstaats zu betonen, war es Bismarck wichtig, dass König Ludwig II. als Monarch des größten Beitrittslandes König Wilhelm I. die Kaiserkrone antragen sollte. Der widerstrebende, aber finanziell angeschlagene, bayerische Monarch erklärte sich durch die Zusage von Zahlungen von jährlich 4 bis 5 Millionen Mark aus dem Welfenfonds (welcher das konfiszierte Vermögen der nach dem preußisch-österreichischen Krieg von 1866 abgesetzten Herrscher-Dynastie der Welfen des nun als preußische Provinz annektierten ehemaligen "Königreichs Hannover" beinhaltete) zu diesem Schritt bereit. -

Kennzeichnend für den monarchischen Charakter des neuen Reiches war zudem, dass die Vertreter des norddeutschen Reichstages warten mussten, bis sämtliche deutschen Bundesfürsten ihre Zustimmung zur Kaiserwürde erklärt hatten. Erst danach durften die Abgeordneten den preußischen König um eine Annahme der Kaiserkrone bitten.

König Wilhelm selbst, der befürchtete, dass der neue Titel die preußische Königswürde überdecken würde, blieb lange ablehnend. Wenn überhaupt verlangte er den Titel eines Kaisers von Deutschland. Die verbündeten Monarchen lehnten diese Bezeichnung allerdings ab, weil sie als ein gegen sie gerichteter weitergehender Herrschaftsanspruch gedeutet werden konnte. Nur auf massiven Druck von Bismarck akzeptierte Wilhelm schließlich widerwillig den Titel eines Deutschen Kaisers. Die Proklamation erfolgte am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles, in der Nähe von Paris, d. h. mitten im besiegten Frankreich.

Struktur des Deutschen Kaiserreiches

Monarchischer Bundesstaat

Dem deutschen Kaiserreich gehörten 25 Bundesstaaten an: darunter die drei republikanisch verfassten Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck - sowie das (zuvor von Frankreich abgetretene) sogenannte Reichsland Elsaß-Lothringen.

Die Verfassung verstand das Deutsche Reich als eine Stiftung der Bundesfürsten. Dem entsprach, dass das Deutsche Reich ein (monarchischer) Bundesstaat war. - D. h.: Das Deutsche Reich war eine dynastische Gründung, die durch Vereinbarung der Fürsten zustandekam, anstatt durch Initiative und Grundlegung seitens eines Parlaments (bzw. einer diesem vorausgehenden verfassunggebenden Versammlung); es war damit ein föderativer Staat, in welchem die Souveränität nicht beim Volk lag, sondern bei den (Monarchen der Einzelstaaten (sowie bei den Senaten der drei Hansestädte).

Die Einzelstaaten nahmen (der offiziellen Lesart nach!) über den Bundesrat gleichberechtigt mit dem Reichstag an der Gesetzgebung teil; - de facto stammte jedoch die Mehrzahl der Gesetzes-Initiativen zumeist direkt aus den preußischen Ministerien...

Staatsorgane

Der **Bundesrat** war von Verfassungen wegen als der eigentliche Souverän des Reiches gedacht. Seine Kompetenzen waren dabei sowohl legislativer wie auch exekutiver Art. Realpolitisch blieb seine Bedeutung als Machtzentrum allerdings beschränkt. Ein Aspekt war, dass Preußen als größter deutscher Bundesstaat (66% des Territoriums und 60 % der Bevölkerung) zwar nur über 17 von 58 Bundesrats-Stimmen (31%) verfügte, sich die nord- und mitteldeutschen Kleinstaaten jedoch fast immer dem preußischen Votum anschlossen. Außerdem besaß Preußen im Bundesrat selbst eine Sperrminorität, mit der es jegliche ihm unliebsame verfassungspolitische Änderung abblocken und verhindern konnte!

Der **König von Preußen** bildete als Deutscher Kaiser das Präsidium des Bundes. Dem Kaiser standen beachtliche Kompetenzen zu, die weit über das hinausgingen, was die Bezeichnung *Präsidium des Bundes* vermuten ließ:

- o Er ernannte und entließ den Reichskanzler, der i. d. R. zugleich auch der wiederum vom Kaiser in seiner Eigenschaft als preußischer König ernannte preußische Ministerpräsident war, dessen preußische Minister ebenfalls vom Kaiser bzw. König ernannt wurden, sowie die Minister (Preußens) und die Reichsbeamten (v. a. die Staatssekretäre). - Es gab keine Reichsminister.
- o Er berief Bundesrat und Reichstag ein, und verkündete die Reichsgesetze und überwachte deren Ausführung (ein Vetorecht gegen Gesetze besaß er jedoch nicht).
- o Er bestimmte zusammen mit dem Reichskanzler (der in seiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident zugleich auch preußischer Außenminister war) die Außenpolitik des Reiches. D. h.: Einen deutschen Außenminister gab es im Kaiserreich nicht.
- o Er führte den Oberbefehl über die Kriegsmarine und das deutsche Heer (jedoch speziell über das bayerische Heer nur in Kriegszeiten); - damit bestimmte er (beraten durch ein Militärkabinett) über Krieg und Frieden.

Insbesondere sah die Verfassung vor, dass der Kaiser notfalls (d. h. im Ausnahmezustand) mittels des Heeres die innere Sicherheit wieder herstellen konnte. (Diese Konzentration der Kommandogewalt wurde oftmals als innenpolitisches Druckmittel eingesetzt.)

Der **Reichskanzler** war in diesem Machtgefüge der dem Kaiser verantwortliche Minister, welchem die Staatssekretäre unterstanden:

- o Er stand der Reichsverwaltung vor.
- o Er war (i. d. R.) zugleich auch Preußens Ministerpräsident und Außenminister
- o Er trat nicht als Leiter der Reichsregierung (die es als solche gar nicht gab; selbst der Terminus "Reichsregierung" wurde sorgfältig vermieden; stattdessen war ausschließlich von einer "Reichsleitung" die Rede: d. h. Kanzler, Minister und Staatssekretäre) vor dem Reichstag auf, sondern (ebenso wie die ihm zugeordneten Minister und Staatssekretäre) als Bevollmächtigter des Bundesrates. - Folge:

Das Demokratie-Defizit dieser Verfassung lag vor allem in der fehlenden parlamentarischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers begründet, den der Reichstag weder wählen noch stürzen konnte. Somit gab es im deutschen Kaiserreich keine Regierung aus dem Reichstag verantwortlichen Ministern! Kanzler, Minister und Staatssekretäre waren dem Kaiser verantwortlich, d.h. das Deutsche Reich war eine konstitutionelle Monarchie - mit einem

aktiv regierenden Kaiser an der Spitze.

Dies änderte sich auch nicht durch den Umstand, dass v. a. in der Zeit des Wilhelminismus - aufgrund der Mobilisierung und Politisierung breiter Wählerschichten - die Staatssekretäre als Leiter zentraler Reichsämbter de facto immer mehr wie "Reichsminister" agierten und zur Absicherung ihrer jeweiligen Gesetzesvorlagen zuerst den Kontakt zu den (von ihnen jedoch aufgrund von deren parteipolitischer Zerstrittenheit geringgeschätzten) Fraktionsführern des Reichstags suchten und sich erst danach an den Bundesrat wandten. (Erst im Oktober 1918 wurde die parlamentarische Verantwortlichkeit des Reichskanzlers eingeführt.) - D. h.: Die Exekutive war der parlamentarischen Kontrolle entzogen. Und der Reichstag hatte insbesondere auch keinen Einfluss auf die deutsche Außenpolitik.

Die **preußische Monarchie** war zudem **nicht ent-militarisiert worden**, denn die preußische Armee stand unmittelbar unter dem Befehl des preußischen Königs und Deutschen Kaisers - und war damit gegen eine parlamentarische Überwachung weitgehend abgeschirmt. - Die Militärverwaltung wiederum unterstand dem preußischen Staat.

Zudem gab es keinen Reichs-Kriegsminister, sondern nur einen preußischen, der auch für die militärischen Angelegenheiten des Deutschen Reiches zuständig war. Dieser Kriegsminister wurde zudem vom Kaiser selbst (in seiner Funktion als preußischer König) ernannt - und legte seinen Eid nicht auf die Verfassung des Reiches, sondern Preußens ab. Der Kaiser selbst ließ sich seit der Jahrhundertwende folgerichtig auch als "Oberster Kriegsherr" titulieren.

Das vermeintliche (tatsächlich aber in seinen Befugnissen weitgehend beschnittene und eingeschränkte!) Gegengewicht zu den verbündeten Regierungen, dem (monarchischen) Bundesrat und zur "Reichsleitung" bildete der Reichstag. Die Wahlen waren allgemein (alle Männer ab 25 Jahren), gleich (in Form des Mehrheitswahlrechts) und geheim. Dies war im Vergleich mit anderen europäischen Staaten, aber auch mit dem Wahlrecht in vielen deutschen Bundesstaaten, etwa dem seit 1849 geltenden Dreiklassenwahlrecht in Preußen (s. u.), ein demokratisch erscheinender Zug der Reichsverfassung. (Ein Frauenwahlrecht kam in Deutschland wie in den anderen europäischen Staaten erst ab 1918 - nach Ende des Ersten Weltkrieges - zustande; in Belgien z. B. sogar erst 1948.)

Bismarcks Kalkül bei einem derartigen Wahlrecht war, ein Wenig an Freiheit zu gewähren, um ein Mehr an Freiheit zu verhindern. D. h.:

Bismarck erwartete, dass im (zunächst noch) agrarisch geprägten Deutschland die breiten Massen der armen Landbevölkerung konservativ wählen - und damit die liberalen Kräfte des städtischen Bürgertums überstimmen und die konservative Vorherrschaft zementieren würden. - Zusätzlich wurden insbesondere in Preußen die adligen und konservativen Interessen noch durch eine oftmals willkürliche Einteilung der Wahlkreise begünstigt: Hier wurden nämlich die durch die Industrialisierung und die Urbanisierung hervorgerufenen Bevölkerungsverschiebungen ignoriert - und somit ländliche agrarisch-adlige Interessen gefördert und städtische liberale und sozialdemokratische Wähler benachteiligt. - Jedoch mit Erstarken der Sozialdemokratie infolge der fortschreitenden Industrialisierung und Urbanisierung (welche eine Veränderung der Wahlkreiseinteilung notwendig machte...) und damit des raschen Wachstums der Arbeiterschaft ging dieser Kalkül immer weniger auf: 1912 stellte die SPD die stärkste Fraktion im Reichstag, gefolgt von der katholischen Zentrumspartei.

In der Gesetzgebung wirkte der Reichstag mit dem Bundesrat zusammen; nur durch die Zusammenarbeit beider konnten Gesetze erlassen werden.

In der Zeit des Wilhelminismus nahm der innenpolitische Einfluss des Reichstags faktisch zwar zu, weil der Ausbau des Sozialstaats und die Einrichtung deutscher Kolonien in Übersee sowie die militärische Aufrüstung von Heer und Marine erhebliche Geldmittel erforderten und somit von der Kooperation des Reichstags (von dessen Budgetkommission) abhingen.

Auf die deutsche Außenpolitik jedoch konnte der Reichstag (weiterhin) nicht einwirken, sondern nur - folgenlos - über die Politik des Kanzlers wie des Kaisers debattieren. -

Dementsprechend erhielt das (1894 errichtete) Reichstagsgebäude erst im Kriegswinter 1916 seine Widmungsschrift "Dem deutschen Volke", die vom Kaiser zuvor immer wieder strikt abgelehnt worden war. (Wilhelm II. lehnte das Parlament grundsätzlich ab und bezeichnete es als ein "Reichsaffenhaus".)

Und gestützt auf das Militär, das Beamtentum sowie den Adel mitsamt dem Kaiser blieb das konservative Preußen in Deutschland die politisch beherrschende Macht.

Zum Dreiklassenwahlrecht in Preußen:

Preußen stellte 66% des deutschen Territoriums und 60% der deutschen Bevölkerung; darum war auch das preußische Wahlrecht ein erheblicher innenpolitischer Faktor bzw. ein Mittel gegen die Demokratisierung bzw. Parlamentarisierung Deutschlands...

Die preußischen Wahlberechtigten wurden nach ihrem Steueraufkommen in drei Klassen eingeteilt. Jede dieser Wahlklassen erbrachte ein Drittel der Steuern und wählte über Wahlmänner(!) ein Drittel der Abgeordneten; somit erhielten die Vermögenden den größten politischen Einfluss. - Auf diese Weise sicherte das Dreiklassenwahlrecht den Konservativen im preußischen Abgeordnetenhaus 1913 bei 15% der Wählerstimmen 148 Mandate, während die SPD bei 28% Wählerstimmen nur 10 Mandate erhielt... (Auch in den anderen deutschen Bundesstaaten gab es Formen eines eingeschränkten Wahlrechts, wobei jedoch der Süden insgesamt etwas liberaler bzw. freiheitlicher war als der Norden Deutschlands.) - Erst im April 1917 wurden unter dem Druck der sich für Deutschland verschlechternden Kriegslage diese eingeschränkten Wahlrechte offiziell abgeschafft zugunsten eines allgemeinen Wahlrechts.

Rolle des Kaisers

Die Verfassung garantierte dem Kaiser einen großen Handlungsspielraum:

- Für die Entscheidungen der Monarchen spielten verschiedene kaiserliche Beratungsgremien wie das Zivil-, Militär- und Marinekabinett wichtige Rollen.
- Hinzu kamen der Hof und die engen persönlichen Vertrauten des Kaisers. - Bereits mit Wilhelm I. nahm der Kaiser gezielt Einfluss auf die Personalpolitik, jedoch i. d. R. ohne in die Tagesgeschäfte einzugreifen. [?] - Vor allem unter Kaiser Wilhelm II. mit seinem Anspruch eines „persönlichen Regiments“ war diese Ebene eines der bedeutenden Machtzentren des Reiches.
- Zu beachten ist auch der Wandel des Kaisers von einem Präsidenten des Bundes zu einem Reichsmonarchen: Auch außerhalb Preußens wurden nicht nur die jeweiligen Gedenktage der verschiedenen Monarchen der deutschen Länder, sondern auch "Kaisers Geburtstag"

gefeiert.

- o Der Kaiser wurde zu einem personifizierten Symbol des Reiches mitsamt seiner innen- und außenpolitischen Ansprüche (v. a. auch mit dem nicht allein von Wilhelm II. propagierten deutschen "Weltmacht"-Streben!).

Die Frage, wieweit Kaiser Wilhelm II. tatsächlich solch ein persönliches Regime durchsetzen konnte, ist freilich in der Geschichtswissenschaft nach wie vor umstritten und wird von den Historikern gegensätzlich beantwortet.

Heer und Marine blieben (abgesehen von der parlamentarischen Bewilligung der nötigen Finanzmittel) nach der Verfassung weitgehend der unmittelbaren Verfügungsgewalt des preußischen Königs beziehungsweise des deutschen Kaisers unterstellt. Die Grenzen der absolutistisch anmutenden „Kommandogewalt“ waren dabei kaum definiert. Es blieb von daher eine der zentralen Stützen der Monarchie.

Unterhalb des „obersten Kriegsherrn“ existierten mit dem Militärkabinett, dem preußischen Kriegsministerium und dem Generalstab drei Institutionen, die zeitweise untereinander um Kompetenzen stritten. Insbesondere der Generalstab unter Helmuth Karl Bernhard von Moltke und später Alfred von Waldersee versuchte Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Dasselbe galt für Alfred von Tirpitz in Marinefragen.

Monarchie, Armee und Offizierskorps

Die enge Verbundenheit von Armeeführung und Monarchie spiegelte sich insbesondere auch im stark adlig geprägten Offizierskorps wider.

Der Adel behielt während der Dauer des Kaiserreichs seine dominierende Stellung unter den militärischen Führungskräften, - auch wenn in dessen mittleren Bereich mit der Vergrößerung und Technisierung von Armee und Flotte der bürgerliche Anteil stärker vordrang.

Die entsprechende Auswahl und die innere Sozialisation im Militär sorgten dafür, dass das Selbstverständnis dieser Gruppe sich kaum von der ihrer adligen Kameraden unterschied.

Je höher der Rang, desto geringer die nicht-adlige Präsenz!

Das Heer gewann während des Kaiserreichs einen sehr starken gesellschaftlichen Nimbus. Das überwiegend von preußischen Aristokraten beherrschte und geformte Offizierskorps galt in weiten Teilen der Bevölkerung als „Erster Stand im Staate.“ Dessen Weltbild war geprägt von der strikten Treue zur Monarchie und dem Gedanken der Verteidigung der Königsrechte (man trug - wie schon im 18. Jahrhundert unter ("Soldatenkönig") Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. von Preußen - "des Königs Rock"...).

Das Offizierskorps war somit durchgehend strikt konservativ, antisozialdemokratisch und antiparlamentarisch eingestellt, - bis hin zu einer demonstrativen arroganten Verachtung alles Zivilen.

"Der legendäre Standesdünkel der preußischen Offizierskaste und ihre Geringschätzung für zivile Wertvorstellungen und Normen waren ein Extrakt des alten Geistes der Exklusivität des ostelbischen Adelsstandes, vermischt mit der Abwehrhaltung und Paranoia einer sozialen Gruppe, die auf ihre traditionelle Vorherrschaft nicht verzichten wollte."

(Christopher Clarke)

Der militärische Verhaltens- und Ehrenkodex reichte weit in die Gesellschaft hinein. Auch

für viele Bürgerliche wurde der Status eines Reserveoffiziers nunmehr zu einem erstrebenswerten Ziel. Insgesamt war das soziale Klima im Kaiserreich geprägt von einem "kriecherischen Respekt vor militärischer Autorität." (Christopher Clarke)

Industrialisierung, Urbanisierung, Sozialstruktur

Die Industrialisierung der west- und mitteleuropäischen Staaten (und in zunächst noch deutlich geringerem Maße auch Osteuropas und Russlands) brachte seit der Mitte des 19. Jahrhunderts weitreichende soziale Veränderungen mit sich:

Insbesondere stieg in den betreffenden Ländern die Bevölkerungszahl an (auch infolge medizinisch-hygienischer Fortschritte) - und mit ihr zugleich auch die Zahl der Großstädte über 100.000 Einwohner (gab es davon in Deutschland 1871 erst ganze 8, so waren es 1914 schon fast 50).

Ferner verlor die landwirtschaftliche Produktion zunehmend an Bedeutung gegenüber der aufsteigenden Industrie - und leitete damit auch das allmähliche Ende der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Führungsrolle des grundbesitzenden Adels ein, wenngleich dieser sich gerade in Russland und Deutschland noch bis zum Ende des Ersten Weltkriegs (Oktoberrevolution in Russland 1917, Novemberrevolution in Deutschland 1918) behaupten konnte, - indem er hier wie dort seinen ökonomischen Führungsverlust kompensieren konnte durch das Innehaben der zentralen Stellungen im staatlichen Machtapparat (Militär, Justiz, Verwaltung).

Gleichzeitig verwandelte sich die Gutsaristokratie im Laufe des 19. Jahrhunderts auch in eine agrarische Unternehmerklasse, die ihre Betriebe (die Güter) nach kapitalistischen Rentabilitätskriterien bewirtschaftete, - und sicherte sich damit auch ihre herrschende Stellung im Staatsapparat mit ab! (Siehe auch weiter unten, S. 43: "Die Öffnung der alten Geburtsaristokratie...")

In der Zeit des Kaiserreichs war Deutschland wirtschaftlich und gesellschaftlich geprägt durch die Hochindustrialisierung. Ökonomisch und sozial-strukturell wandelte es sich in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts von einem landwirtschaftlich dominierten zu einem hochgradig industriell ausgerichteten Staat. Auch der Dienstleistungssektor gewann mit dem Ausbau von Handel und Bankenwesen wachsende Bedeutung.

Kennzeichnend für den gesellschaftlichen Wandel waren für die Jahrzehnte bis 1914:

Bevölkerungswachstum, Binnenwanderung und Urbanisierung.

Die deutsche Gesellschaftsstruktur wurde durch die Zunahme der städtischen Arbeiter-Bevölkerung und (vor allem ab ca. 1890) auch des "neuen Mittelstandes" aus Technikern, Angestellten, sowie kleinen und mittleren Beamten wesentlich verändert. Dagegen ging der Einfluss des Handwerks und des Adels (bezogen auf deren Anteile am Bruttosozialprodukt) eher zurück. Allerdings behielt der Adel sein hohes Sozialprestige und konnte weiterhin seine dominante Rolle beim Militär, in der Diplomatie und der höheren Zivilverwaltung behaupten.

Ein Kennzeichen der Zeit des Kaiserreichs war das starke Wachstum der Bevölkerung: Im Jahr 1871 lebten im Reich 41 Mio. Einwohner, 1890 waren es über 49 Mio. und 1910 zählte man fast 65 Mio. Einwohner.

Nicht zuletzt durch Binnenwanderungen aus der Umgebung sowie durch Fernwanderungen

aus den agrarischen preußischen Ostgebieten nach Berlin oder Westdeutschland wuchs die Stadtbevölkerung (und insbesondere die Großstadtbevölkerung) stark an. Lebten 1871 noch 64 % der Bevölkerung in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern und lediglich 5 % in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern, kam es bereits 1890 zu einem Gleichstand zwischen Stadt- und Landbewohnern. Im Jahr 1910 lebten nur noch 40 % in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern aber 21,3 % in Großstädten.

Ab ca. 1895 fand eine (bis 1914 anhaltende) rasante Steigerung der deutschen Industrieproduktion und der deutschen Exporte statt. Infolgedessen belegte Deutschland 1913 nur knapp hinter Großbritannien den zweiten Platz im Welthandel.

Diese Entwicklung war bedingt durch den Aufstieg neuer industrieller Leitsektoren in Deutschland: Chemieindustrie, Elektroindustrie, Maschinenbau (letzterer war zwar bereits ein Leitsektor in der ersten Industrialisierungs-Phase, jedoch erst im Kaiserreich erlangte er schließlich Weltgeltung), ferner auch der Bereiche Steinkohlebergbau (Ruhrgebiet und Oberschlesien) und Stahl- und Roheisenproduktion, - dies alles auf der Grundlage einer intensiven Verbindung von Wissenschaft, Technologie und industrieller Produktionsweise. Bereits um 1900 produzierte Deutschland mehr Kohle und Stahl als Großbritannien, und 1914 exportierte es hiervon auch mehr als letzteres.

Infolgedessen wurde der wirtschaftliche Aufstieg des deutschen Reiches in Großbritannien und Frankreich schließlich als eine Bedrohung der eigenen Wirtschaftsmacht aufgefasst...

Sozialgeschichtlich war das Kaiserreich vor allem geprägt vom durch Industrialisierung und Urbanisierung bedingten Aufstieg der **Arbeiterschaft**. Die nach Herkunft unterschiedlichen Gruppen aus Ungelernten, Angelernten und gelernten Arbeitern entwickelten (bei allen weiterbestehenden Unterschieden) durch die gemeinsamen Erfahrungen am Arbeitsplatz und in den Wohnquartieren tendenziell ein spezifisches Arbeiter-Selbstverständnis.

Mit der Entstehung von Großbetrieben mit technisierter und zentral verwalteter Produktion, neuen staatlichen Dienstleistungen und der Zunahme von Handel und Verkehr nahm daneben die Zahl der **Angestellten** sowie der kleineren und mittleren **Beamten** zu. Diese (mitunter auch als sog. "neue Mittelschichten" bezeichnete) Gruppierungen achteten strikt auf soziale Distanz zu den Arbeitern, auch wenn sich ihre ökonomische Lage häufig von der der Arbeiter meist nur geringfügig unterschied. (Sie waren jedoch i. d. R. besser ausgebildet, hatten bei aller Reglementierung und Hierarchie grundsätzlich körperlich erträglichere Arbeitsbedingungen sowie kürzere Arbeitstage, und wurden auch etwas höher entlohnt als die Arbeiter. - Sie hatten auch ihr eigenes, von dem der Arbeiter getrenntes, Versicherungssystem (Kranken-, Alters-, Invalidenversicherungen).
Gegenüber den Gewerkschaften der Arbeiter hielten die Angestellten strikte Distanz.

Zu den stagnierenden Gruppen in der Gesellschaft gehörte der alte städtische **Mittelstand** (Kleinunternehmer, Handwerker, usw.) Vor allem die Handwerker fühlten sich oft von der Industrie in ihrer Existenz bedroht. - Die Realität war allerdings differenziert: Es gab auf der einen Seite personell überbesetzte traditionelle Handwerksberufe; auf der anderen Seite profitierten Bau- und Nahrungsmittelhandwerk vom Bevölkerungswachstum und der damit verbundenen Stadtentwicklung.

Daneben passten sich viele traditionelle Berufe an die neue Entwicklung an.

Dennoch blieb die Angst vor dem sozialen Abstieg ein Hauptmerkmal der (gesellschaftlichen und politischen) Stimmung innerhalb des gewerblichen Mittelstands des Kaiserreichs.

Es gelang dem (liberalen) **Bürgertum** zwar einerseits, seine kulturellen Normen weitgehend durchzusetzen, wobei das Wirtschaftsbürgertum vor allem in Gestalt von Fabrikbesitzern und Großindustriellen ökonomisch führend war und vielfache enge persönliche Kontakte zur adligen Machtelite in Großlandwirtschaft, Armee und Verwaltung unterhielt - und die akademischen Bildungsbürger Deutschland zu einem Zentrum von Wissenschaft und Forschung machten (bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs war Deutsch eine führende Wissenschaftssprache; v. a. in Osteuropa war die Sprache der Gebildeten Deutsch!). Andererseits jedoch blieb der politische Einfluss des Bürgertums im Staat durch die Beschaffenheit des aristokratisch-monarchisch geprägten politischen Systems, aber auch durch den Aufstieg der Arbeiter sowie der neuen Mittelschichten, begrenzt: Eine Parlamentarisierung des Reiches gelang nicht, - sie erfolgte erst gegen Ende des Ersten Weltkriegs (1917) "von oben" auf Geheiß der Obersten Heeresleitung (d. h. Erich Ludendorffs) im Angesicht der sich allmählich abzeichnenden Weltkriegs-Niederlage... So waren z. B. 1911 in Preußen 11 von 12 Oberpräsidenten, 23 von 36 Regierungspräsidenten und 268 von 481 Landräten und Oberamtännern adlig! - V. a. für eine Karriere in Militär, Diplomatischem Dienst und Justiz war die adlige Herkunft nach wie vor von entscheidender Bedeutung.

Und auch das in Deutschland wie in vielen anderen europäischen Ländern gebräuchliche "Adeln" einzelner für den Staat "verdienter" Bürgerlicher oder das käufliche Erwerben und wirtschaftliche Betreiben von vormals adligen Rittergütern durch vermögende Bürgerliche ist kein Ausdruck nachlassender Adels- und steigender Bürgermacht, sondern umgekehrt: Bürgerliche werden "wie" Adlige, sie bemühen sich also um Zugehörigkeit zu einem von ihnen als "überlegen" oder "übergeordnet" definierten "Stand"... D. h. nämlich: Die Öffnung der alten Geburtsaristokratie für nicht-adlige Großbürger (durch Nobilitierung bzw. "Adeln" sowie durch den Verkauf von Rittergütern) führte dem Adel neue (vordem) bürgerliche Talente und Vermögenswerte zu! Dies bedeutete eine Revitalisierung des Adels als herrschender gesellschaftlicher Gruppe im Kaiserreich. Gleichzeitig achtete der Adel nämlich strikt auf Exklusivität und Verhaltenskodex. - Und gerade der preußische Landadel hielt an seinen obrigkeitlichen (richterlichen und disziplinierend-polizeilichen) Herrenrechten gegenüber den von ihm ökonomisch abhängigen Bauern ("Gesinde") fest (und zwar einschließlich dem Züchtigungsrecht des Dienstherrn kraft "hausväterlicher Gewalt" gegenüber Knechten und Mägden lt. Gesindeordnung, wozu die Knechte und Mägde einem Streikverbot unterwarf), - sowie auch am preußischen Dreiklassenwahlrecht (s. o.), mit welchem er sich seine Vorherrschaft im Preußischen Abgeordnetenhaus sowie vor allem in dessen Erster Kammer, dem Herrenhaus, sicherte!

Ökonomisch war die Existenz des grundbesitzenden **Adels** vor allem in Ostelbien dennoch durch die zunehmende internationale Verflechtung des Agrarmarktes bedroht. Die Forderung des Adels und der landwirtschaftlichen Interessenverbände nach staatlicher Hilfe (insbesondere durch Schutzzölle ab Ende der 1870er Jahre) wurde ein Merkmal der Innenpolitik während der Kaiserzeit. Auch konnte der Adel in Militär (s. o.: Offizierskorps),

Diplomatie und Bürokratie bzw. Staatsverwaltung bis zum Ende des Kaiserreichs seine Vormachtstellung bewahren.

Antisemitismus

Der Antisemitismus konnte sich aus mehreren Gründen im Kaiserreich gesellschaftlich und politisch ausbreiten:

Bestimmte Berufe waren den Juden praktisch verschlossen. So war es für einen Juden de facto unmöglich, Offizier zu werden; ebenso war es Juden sehr erschwert oder unmöglich gemacht, ein höheres Staatsamt zu erhalten. Einen jüdischen Minister oder Staatssekretär gab es im Kaiserreich nicht.

Antisemitische Vorurteile waren in nahezu allen Bevölkerungsschichten zu finden, und karrikaturenartige Darstellungen von Juden fanden zeitweise große Resonanz.

Zwar lag der Stimmenanteil antisemitischer Parteien bei allen Reichstagswahlen vor dem Ersten Weltkrieg zwar bei unter 5%; dennoch wurde der Antisemitismus nicht nur von einzelnen Organisationen und Personen verbreitet, sondern er war auch in der Bevölkerung allgemein relativ stark vorhanden...

(Jedoch fand beispielsweise auch in Großbritannien eine rassistische Propaganda von der sog. "Überlegenheit der britischen Rasse" einen gewissen Zulauf. So kam die ultrarechte "National Service League" vor 1914 auf ca. 100.000 Mitglieder, davon sogar 177 Mitglieder des Unterhauses. - Und v. a. auch Osteuropa [Polen, Litauen, Lettland, Weißrussland, usw.] wies ständig einen stark verbreiteten Antisemitismus auf.)

Innen- und Außenpolitik Bismarcks

Die innen- und außenpolitische Entwicklung wurde bis 1890 vom ersten und am längsten amtierenden Kanzler des deutschen Kaiserreiches, Otto von Bismarck, bestimmt.

Dessen Regierungszeit lässt sich in der **Innenpolitik** in eine relativ liberale Phase, geprägt von innenpolitischen Reformen und vom Kulturkampf, und eine eher konservativ geprägte Zeit nach 1878/79, geprägt vom Sozialistengesetz zwecks Bekämpfung der SPD, einteilen.

Der **Kulturkampf** beinhaltete eine scharfe politische Auseinandersetzung zwischen dem Königreich Preußen bzw. dem Deutschen Reich unter Reichskanzler Otto von Bismarck und der katholischen Kirche unter Papst Pius IX. in den Jahren von 1871 bis ca. 1878.

Hierbei ging es sachlich (wie auch in anderen europäischen Staaten) um liberale Politik wie z. B. die Einführung der Zivilehe, politisch aber um die Macht der organisierten katholischen Minderheit in Deutschland.

Seit 1872 wurde hierbei den Kirchen die geistliche Aufsicht über die Schulen entzogen; Kleriker durften nicht mehr an staatlichen Schulen unterrichten; die Priesterausbildung kam unter staatliche Aufsicht. Ferner wurden katholische Zeitungen an ihrer Arbeit gehindert sowie der Jesuitenorden aus Deutschland ausgewiesen.

Hintergrund:

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts sahen die deutschen Katholiken traditionellerweise nicht das aufsteigende protestantische Preußen, sondern das katholische Österreich sowie den Papst in Rom als politische Führungsmächte an. - Damit aber war aus Bismarcks Sicht

(zunächst) eine Gegnerschaft der Katholiken zu Preußen und dem Reich gegeben, für ihn standen die Katholiken unter dem Verdacht mangelnder Reichstreue. -

Bismarck handelte insgesamt mit scharfen Mitteln gegen die katholische Geistlichkeit, womit er schließlich auch Kritik von Protestanten und Liberalen erhielt. Gegen 1878 kam es schließlich wieder zu einer Annäherung zwischen Staat und katholischer Kirche. (Bismarck selbst war zudem kein Gegner von Religion an sich, sondern lediglich ein berechnender Machtpolitiker...)

Die beiden Attentate auf Kaiser Wilhelm I. im Mai und Juni des Jahres 1878 wurden von Bismarck für eine offensive antisozialdemokratische Politik genutzt. Die Sozialdemokraten galten spätestens seit dem offenen Bekenntnis von August Bebel und Wilhelm Liebknecht für die (1871 mit preußischer Schützenhilfe blutig niedergeschlagene) Pariser Kommune als "Reichsfeinde". Hierin war sich die Regierung mit weiten Teilen des deutschen Bürgertums einig. - Tatsächlich schienen sich die Sozialdemokraten im Aufwind zu befinden, kamen sie doch bei den Reichstagswahlen von 1877 immerhin auf bereits 9,1 % der Wählerstimmen.

Außerdem war die sozialistische Parteienspaltung in ADAV und SAP seit 1875 überwunden. Gleichwohl hat eine tatsächlich „revolutionäre Gefahr“ nie bestanden. Bismarck behielt sich jedoch mit dem Sozialistengesetz weitgehende Ausnahmeregelungen vor:

- Dieses Sozialistengesetz basierte auf der unbewiesenen Behauptung, die Attentäter auf den Kaiser seien Sozialdemokraten gewesen.
- Es verbot Vereine, Versammlungen, Druckschriften und Geldsammlungen.
- Zuwiderhandlungen konnten mit Geld- oder Gefängnisstrafen belegt werden.
- Auch konnten Aufenthaltsverbote ausgesprochen oder über bestimmte Gebiete der sog. kleine Belagerungszustand verhängt werden.

Allerdings war das Gesetz befristet und musste so vom Reichstag immer wieder bestätigt werden. Außerdem blieben die Arbeit der sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen und die Beteiligung der Sozialdemokraten an Wahlen davon unberührt.

Das Gesetz erfüllte sein Ziel auf längere Sicht nicht. Die Sozialdemokratie blieb nicht nur als politische Kraft bestehen, sondern nach Ende des Sozialistengesetzes 1890 entwickelten sich SPD und Gewerkschaften zu Massenorganisationen.

Zudem entstand innerhalb der Arbeiterschaft und durch die Arbeiterbewegung ein weit verzweigtes Vereinswesen (Bildungsvereine, Arbeitersänger- oder Arbeitersportvereine, Theatergruppen, Lesezirkel, Leihbibliotheken) sowie ein Netz von Konsumgenossenschaften.

Zur deutschen **Sozialpolitik** seit Bismarck:

Mit den sozialpolitischen Reformen der 1880er Jahre schuf das Deutsche Reich die ersten Grundlagen des gegenwärtigen Sozialstaats, und war darin den anderen Industriestaaten weit voraus; - es wurden Kranken-, Unfall- und Rentenversicherungen eingerichtet.

Das dahinter stehende politische Ziel einer dauernden Schwächung der sozialistischen Sozialdemokratie und damit zugleich einer stärkeren Bindung der Arbeiterschaft an den kaiserlichen Obrigkeitsstaat wurde jedoch nicht erreicht, - da zum einen die repressiven Bestimmungen des Sozialistengesetzes noch bis 1890 fortgalten und viele Arbeiter gegen

den Staat aufbrachten, und da zum anderen die materiellen Versicherungsleistungen eher gering waren und daher auch an den "Unsicherheiten und Risiken der Arbeiterexistenz" (Volker Ullrich) nichts änderten:

"Bei Unfall, Krankheit oder Tod des Haupternährers drohte rasch Verelendung"

(Volker Ullrich)

Mit seiner **Außenpolitik** versuchte Bismarck, das Deutsche Reich durch ein System von Bündnissen abzusichern.

So bemühte sich Bismarck, durch ein Dreikaiserabkommen bzw. (nach dessen Kündigung durch Russland nach dem Berliner Kongress 1878) einen sog. Dreikaiserbund zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland, die Interessengegensätze zwischen Österreich-Ungarn und Russland (wg. des Balkans) zu reduzieren - und so auch die Sicherheit Deutschlands zu erhöhen. Jedoch zerbrach das Bündnis 1885/86 auf Grund russisch-österreichischer Rivalitäten in der "Bulgarischen Krise".

Daraufhin bewirkte Bismarck den Abschluss eines Rückversicherungsvertrages zwischen Deutschland und Russland (1887), - welcher jedoch schon kurz nach Bismarcks Entlassung deutscherseits wegen angeblicher Unvereinbarkeit mit anderen deutschen Verpflichtungen nicht mehr verlängert wurde, obgleich die russische Seite hierzu durchaus noch bereit war. Zudem konnte dieser Vertrag eine wirtschafts- und finanzpolitische Verschlechterung des deutsch-russischen Verhältnisses (aufgrund deutscher Schutzzölle, welche die russische Agrarexporte beeinträchtigten; und aufgrund der Sperrung deutscher Kapitalmärkte für russische Wertpapiere, wodurch eine zuerst wirtschaftliche und später auch politische Annäherung Russlands an Frankreich provoziert wurde) nicht verhindern...

Die nach Bismarcks Entlassung deutscherseits bewirkte Nichtverlängerung dieses Vertrages eröffnete nun die politische Annäherung Russlands und Frankreichs, beginnend mit einem russisch-französischen Militärabkommen 1893... -

Auch bewirkte Bismarck Anfang der 1880er Jahre den Abschluss eines Dreibundes zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien. Bismarcks Nachfolger Leo von Caprivi bemühte sich zwar um eine Einbeziehung Großbritanniens in dieses Bündnis, was jedoch am britischen Festhalten an seiner (zunächst noch!) Neutralität und "splendid isolation" scheiterte.

Wilhelminismus

Die Phase nach der Ära Bismarck wird in der Geschichtsschreibung als "Wilhelminismus" bezeichnet, weil der 1888 inthronisierte Kaiser **Wilhelm II.** nach der Entlassung Bismarcks persönlich in erheblichem Umfang Einfluss auf die Tagespolitik ausübte.

"Der junge Kaiser verkörperte (...) die widersprüchlichen Befindlichkeiten einer Nation, die innerhalb einer kurzen Zeit zur führenden Wirtschaftsmacht in Europa aufgestiegen war: Er war unsicher und arrogant, intelligent und impulsiv, vernarrt in die moderne Technik und zugleich verliebt in Pomp und Theatralik. (...) Ohne Frage war Wilhelm II. im Bürgertum lange Zeit populär - trotz (oder gerade wegen?) seiner selbtherrlichen Allüren und rhetorischen Entgleisungen. (...) Was Zeitgenossen besonders irritierte, war, dass die autokratischen Neigungen Wilhelms II. sich verbanden mit der monarchischen Ideologie des Gottesgnadentums und eines romantisierten mittelalterlichen Kaisertums. (...) Kein Zweifel: Wilhelm II. war kein absoluter Herrscher, (...) der alles allein bestimmte, aber auch, jedenfalls in den Jahrzehnten vor 1914, kein 'Schattenkaiser' (zu einem solchen wurde er erst im Weltkrieg, als ihn die Militärs um Hindenburg und Ludendorff faktisch

entmachteten). (...) Im Ersten Weltkrieg allerdings verfielen Ansehen und Autorität des Kaisers rasch. Am Ende gab es keine Partei oder gesellschaftliche Gruppe mehr, die bereit gewesen wäre, sich der Forderung nach seiner Abdankung entgegenzustellen." (Volker Ullrich) -

Anders als sein Großvater Wilhelm I. pochte der Kaiser auf sein verfassungsmäßiges Recht, Reichskanzler, Minister, Staatssekretäre und Botschafter nach eigenem Belieben zu ernennen und entlassen. Und:

"Der Kaiser machte aus seiner Geringschätzung der Volksvertretung nie einen Hehl. Nur wenige Tage nach der Einweihung des Reichstagsgebäudes sprach er abfällig von einem 'Reichsaffenhaus', und bei anderer Gelegenheit, nach den Reichstagswahlen 1903, bekannte er, es sei ihm 'vollständig gleichgültig, ob in dem Reichstagskäfig rote, schwarze oder gelbe Affen herumspringen'".(Volker Ullrich)

Bismarcks Entlassung durch Kaiser Wilhelm II 1890 erfolgte wegen persönlicher und politischer Unverträglichkeit beider. (Innenpolitisch wollte Bismarck insbesondere das Sozialistengesetz verlängern, während Wilhelm II. es aufheben und die Sozialdemokratie durch sozialpolitische Zugeständnisse an die Arbeiter [so durch Regelungen zur Arbeitszeit] schwächen wollte; außenpolitisch setzte Bismarck auf ein Bündnis mit Russland, Wilhelm II. stattdessen auf eines mit Österreich.)

Bereits bei seiner Thronbesteigung 1888 äußerte Wilhelm II. über sein Verhältnis zu Bismarck: "Sechs Monate lasse ich den Alten gewähren, dann regiere ich selber."

Durch den Aufstieg von Massenverbänden und -parteien sowie der wachsenden Bedeutung der Presse im wilhelminischen Deutschland gewann die öffentliche Meinung an Gewicht.

Nicht zuletzt darum versuchte die "Reichsleitung" mit einer **imperialistischen Weltpolitik**, einer **antisozialdemokratischen Sammlungspolitik** und einer **populären Flotten-Aufrüstung** ihren Rückhalt in den bürgerlich-konservativen Teilen der Bevölkerung zu erhöhen.

Das Bürgertum (Handel, Industrie, Banken, Bildungswesen) hatte sich dem kaiserlichen Obrigkeitsstaat gefügt und sich auf seine wirtschaftliche bzw. wissenschaftlich-technische Rolle beschränkt, und dabei zunehmend nationalistische Interessen verfochten.

Der Adel beherrschte die höheren Ränge von Justiz und Verwaltung und das Offizierskorps. Der Kaiser bzw. preußische König verfügte als Oberkommandierender (bis auf Budgetrecht und Militärverwaltung, bei welchen der Reichstag gewisse Einflussmöglichkeiten hatte) allein über die Streitkräfte, deren Offizierskorps sich ausschließlich dem Monarchen verpflichtet fühlte!

Aber auch die relativ wenigen bürgerlichen Vertreter in höherer Verwaltung und Justiz waren ebenso konservativ und monarchistisch gesinnt wie die hier vorherrschenden Adligen: durch ihr Studium wurden sie Mitglieder der karriere-orientierten nationalistischen und antidemokratischen (sowie oft auch antisemitischen) Burschenschaften und Studentenkorps (bzw. "schlagenden Verbindungen").

Nationalistische Massenorganisationen

In der Innenpolitik des Kaiserreiches entwickelten sich Massenorganisationen zur Durchsetzung bestimmter gesellschaftlicher Interessen. So wurde auf der rechten Seite des politischen Spektrums für einen aggressiven **Nationalismus** und **Kolonialismus** agitiert:

- o Der Deutsche Flottenverein unterstützte die faktisch gegen Großbritannien gerichtete
Hochrüstung der kaiserlichen Marine.
- o Einige wirtschaftliche Interessenorganisationen griffen zudem antisemitische Parolen und Forderungen auf, um so ihre eigene Position zu stärken. Besonders stark vertreten war der Antisemitismus in der wirtschaftlichen und politischen Interessenorganisation der Angestellten, dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband (DNHV).
- o Eng miteinander verbunden waren **Nationalismus**, **Weltmachtstreben** und **Antisemitismus** ebenfalls im Alldeutschen Verband. Er propagierte nachdrücklich einen von

Deutschland

beherrschten mittel- und osteuropäischen Machtbereich mit einem umfassenden überseeischen Kolonialreich.

Der aggressive Nationalismus richtete sich zugleich auch gegen Sozialdemokraten, Juden und ethnische Minderheiten (Polen und Dänen) im Deutschen Reich. So wurden seit Ende des 19. Jahrhunderts in der Öffentlichkeit (v. a. in kaisertreuer Politik und Presse) die Sozialdemokraten als „vaterlandslose Gesellen“ diffamiert, und Juden und ethnische Minderheiten wiederholt als "reichsfeindlich" abgestempelt.

Nationalismus und Militarismus entfalteten im Deutschen Kaiserreich zwischen 1871 und 1914 eine bis dahin unbekannte Breitenwirkung und erfassten neben dem Bürgertum auch die kleinbürgerlichen und bäuerlichen Bevölkerungsteile. Getragen wurde dieser extreme Nationalismus insbesondere von den Turn-, Schützen-, Sänger- und Kriegervereinen. Aber auch Schule, Universität, (evangelische) Kirche und Militär haben zur Verbreitung des übersteigerten Nationalismus beigetragen. Die agitatorische Formel „Kaiser und Reich“ setzte sich dabei als feststehender politischer Begriff durch.

Mit den Feiern v. a. der Kaisergeburtstage und des Sedanstages (2. September) durchdrang das "Nationale" den Jahreskalender vor allem der bäuerlichen und bürgerlichen Bevölkerung. Sichtbar wurde der Nationalismus auch in zahlreichen Nationaldenkmälern wie etwa dem Hermannsdenkmal, den Kaiser-Wilhelm-Denkmalern und Bismarcktürmen sowie lokalen Kriegerdenkmälern. Jedoch:

"Auch in Frankreich strömten Veteranen und Militärangehörige in Scharen zu militärischen Clubs und Vereinigungen - die Mitgliedszahlen waren durchaus vergleichbar mit denen in Preußen-Deutschland." (Christopher Clarke)

Bündnisse und Außenpolitik

Das deutsche Kaiserreich verdankte sein Entstehen im Krieg gegen Frankreich 1870/71 der wohlwollenden Neutralität von Großbritannien und Russland. Diese günstigen diplomatischen Bedingungen hielten jedoch nicht an.

Das grundsätzliche Hauptproblem war zudem, dass mit der Gründung des Deutschen Reiches eine neue Großmacht in der Mitte Europas entstanden war, welche überhaupt erst einmal ihren Platz im System der Mächte finden musste. Und obwohl Bismarck immer wieder die "Saturiertheit" dieser neuen Großmacht beteuerte, erschien den übrigen Staaten die Politik Deutschlands als nicht wirklich berechenbar.

Ausgangspunkte der deutschen Außenpolitik waren bis Ende des 19. Jahrhunderts zum einen

der deutsch-französische Gegensatz und zum anderen die Konflikte zwischen Großbritannien und dem zaristischen Russland. D.h.:

Für den außenpolitischen Machterhalt des Deutschen Reiches gab es eine einzige zentrale Voraussetzung:

Das seit dem gegen Deutschland verlorenen Krieg von 1870/71 nach Revanche für diese Niederlage verlangende Frankreich musste von einem Angriff auf Deutschland abgehalten werden, - und deshalb ebenso davon, sich mit den anderen Großmächten Russland und Großbritannien gegen Deutschland zu verbünden.

Insbesondere musste ein Zweifrontenkrieg Deutschlands gegen Frankreich, Großbritannien und Russland vermieden werden, denn dem wäre Deutschland nicht gewachsen gewesen.

Jedoch waren auf Dauer gerade Konflikte zwischen Deutschland und seinem Verbündeten Österreich-Ungarn einerseits und Russland andererseits nicht vermeidbar, v. a. wegen der einander ausschließenden bzw. konkurrierenden Interessen Österreich-Ungarns und Russlands im Balkan!

Und der von Kaiser und Marineführung (Admiral von Tirpitz) mit allen Mitteln forcierte (und von den nationalistischen Organisationen in Deutschland nachdrücklich propagierte) Bau der deutschen Schlachtflotte ("Hochseeflotte") seit Ende des 19. Jahrhunderts belastete die Beziehungen Deutschlands zu Großbritannien und trieb letzteres an die Seite Frankreichs und Russlands!

Belastend für das deutsch-britische Verhältnis waren auch öffentliche Einmischungen Kaiser Wilhelms II. in britische Auseinandersetzungen mit den Buren in Südafrika (z. B. das Glückwunschtelegramm 1894 an den Burenpräsidenten Ohm Krüger) sowie die sog "Daily Telegraph Affäre" (infolge eines Interviews dieser britischen Zeitung mit dem Kaiser 1908, in welchem letzterer sich herablassend als eigentlicher Freund der britischen Interessen darstellte und er seine Flottenrüstung als gegen Japan anstatt gegen England gerichtet behauptete).

Ebenso wurden die Beziehungen Deutschlands zu Großbritannien und zu Rußland noch gleichermaßen beschädigt durch den von Deutschland (sowie seinem Industrie- und Finanzkapital unter Führung der Deutschen Bank) 1898 im maroden Osmanischen Reich betriebenen Bau der Bagdad-Bahn: Diese deutsche Einmischung im Nahen Osten bedrohte für Russland dessen traditionelle Interessen an den Meerengen des Bosphorus, für England dessen strategische Interessen am Persischen Golf. Beide Mächte sahen dies als Griff des kaiserlichen Deutschland nach dem Nahen Osten, - und der Kaiser selbst äußerte sich bei einer Gelegenheit in eben diesem Sinne, dass nämlich "der Landweg nach Indien" "endlich in deutsche Hände kommen" solle...

Nachdem Frankreich und Russland ab 1893 eine Allianz besiegelten, entwickelte sich eine (durch deutsche Politik selbst provozierte!) "Einkreisung" des Deutschen Reiches durch gegnerische Mächte.

Mit Beginn des 20. Jahrhunderts schlossen sich gegenüber dem deutsch-österreichischen Zweibund (ursprünglich ein auch Italien mit einbeziehender Dreibund, von dem sich Italien - von Deutschland und Österreich zumeist nur herablassend als geringwertiger Verbündeter "zweiter Klasse" behandelt - seit Beginn des 20. Jahrhunderts immer weiter zurückzog) Großbritannien, Frankreich und Russland zu einem offensiven Bündnis ("Entente") zusammen (ab 1904/1907).

Zuvor hatte die deutsche Außenpolitik noch voll darauf gesetzt, zwischen diesen drei für grundsätzlich miteinander im Konflikt geglaubten Mächten (Großbritannien, Frankreich und Russland) eine "Politik der freien Hand" führen und sich so gegen diese zerstrittenen Mächte (und auf deren Kosten) durchsetzen zu können.

Die **Beweggründe für die Bildung dieser "Entente"** waren für...

o **Großbritannien:**

die deutsche Flottenrüstung sowie der deutsche Hegemonie-Anspruch in Kontinental-Europa und deutsche Aktivitäten im Nahen Osten (Bagdad-Bahn)

o **Russland:**

der russisch-österreichische Interessengegensatz im Balkan und Deutschlands Bündnis mit Österreich-Ungarn sowie deutsche Aktivitäten im Nahen Osten

o **Frankreich:**

Revanche für die Niederlage im Krieg 1870/71 sowie die damit verbundene Annexion von Elsass-Lothringen

Die zuvor zwischen diesen drei Mächten durchaus noch bestehenden (und nicht geringen) Gegensätze (z. B. zwischen Großbritannien und Frankreich um deren Einflussbereiche in Afrika [Frankreich erkannte die britische Vorherrschaft in Ägypten an, dafür ließ Großbritannien Frankreich freie Hand in Marokko]; zwischen Großbritannien und Russland um deren Einflussbereiche im Mittleren Osten: Türkei, Persien, usw.) waren von diesen nun nämlich nach und nach bereinigt worden - insbesondere auch unter dem Druck eines äußerst aggressiven Auftretens Deutschlands sowohl gegenüber Frankreich in den beiden Krisen um dessen Einfluss in Marokko 1905/06 und 1911 (in denen Deutschland Frankreichs Ansprüche bestritt [auch mit dem Ziel einer Einschüchterung und Demütigung Frankreichs durch deutsche Kriegsdrohungen - und damit einer Schwächung der Entente] und hier selbst "weitere Kolonien gewinnen" wollte, was es 1905 durch Kaiser Wilhelms demonstrative Reise nach Tanger und 1911 durch die Entsendung eines Kanonenbootes nach Marokko drastisch unterstrich - zur Empörung der übrigen europäischen Mächte...; am Ende erkannte Deutschland Frankreichs Herrschaft in Marokko an und erhielt als Ausgleich dafür einige Landstriche im französischen Kongo...), als auch sogar gegenüber Russland nach der österreichischen Annexion Bosniens 1908 (die Russland erst durch massiven und es demütigenden deutschen Druck überhaupt anerkannte!), sowie gegenüber Großbritannien durch das aggressiv formulierte deutsche Festhalten am Bau der "Hochseeflotte" (Für Wilhelm II. war die Forderung nach einem Stopp der deutschen Flottenrüstung sogar mit einer Kriegserklärung vergleichbar, die er "umgehend mit Granaten beantworten" werde). - Bereits 1904 bildeten Großbritannien und Frankreich offiziell die "Entente cordiale", die 1907 durch den Beitritt Russlands zur "Triple Entente" erweitert wurde. - Folge: Der Machtanspruch Deutschlands trat auf erbittertsten Widerstand der drei europäischen Großmächte Großbritannien, Frankreich und Russland.

"Den britischen Diplomaten ging es darum, eine deutsche Hegemonie auf dem Kontinent zu verhindern, um die Sicherheit des Empire zu gewährleisten." (Sönke Neitzel, Günther Klein) Und gerade die forcierte Aufrüstung der deutschen Hochseeflotte [also des Kaisers Vorzugsobjekt] verlieh den antideutschen Kräften in der britischen Regierung besonderen Auftrieb:

"Für die britische Regierung war spätestens 1905/06 klar geworden, dass die deutsche

Flottenrüstung auf nichts anderes zielte als auf die Bedrohung der englischen Weltmachtposition." (Volker Ullrich)

Die deutsche Flottenrüstung wurde zum Auslöser eines deutsch-britischen Wettrüstens zur See; sie verschärfte die deutsch-britischen Spannungen und führte zu einer dauerhaften britisch-russischen Entspannung.

Und der mit der Bosnien-Krise von 1908 verschärfte Gegensatz zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn einerseits und Russland andererseits führte zu einer forcierten russischen Aufrüstung.

Außenpolitisch führte das deutsche Weltmachtstreben, einhergehend mit der Aufrüstung des Reiches und der (nach Bismarcks Entlassung durch Wilhelm II. erfolgten) Auflösung des bismarckschen Bündnissystems, somit direkt in die Isolation, - denn als einziger Bündnispartner Deutschlands blieb nur noch die marode Donaumonarchie (Österreich-Ungarn) übrig, sowie im Ersten Weltkrieg zudem noch das - ebenso marode - türkische Osmanische Reich und das kleine Bulgarien...

Die deutschen Zielsetzungen richteten sich als solche direkt gegen die machtpolitischen Interessen Frankreichs, Russlands und Grossbritanniens, zumal die koloniale Aufteilung der Welt um 1900 bereits weitestgehend abgeschlossen war, sodass Deutschland mit seinem weltpolitischen Anspruch auf einen "Platz an der Sonne" bereits zu spät kam.

Die Heftigkeit und Aggressivität des deutschen Anspruches auf "Weltgeltung" war bereits Ausdruck einer gewissen unterschweligen Ahnung, zu spät gekommen zu sein...

Zudem lief dieser deutsche Anspruch auf eine (nur noch gewaltsam zu bewerkstelligende) Neuordnung der internationalen Mächtekonstellation (eben einseitig allein zu Deutschlands Gunsten) hinaus: also auf einen Krieg Deutschlands mit den anderen Großmächten...

Durch diese "weltgeltungs"-süchtige Politik hat das Deutsche Reich hauptverantwortlich dazu beigetragen, die in Europa heraufziehenden Gefahren eines großen Krieges zu erhöhen.

Innerhalb der deutschen Führungseliten war man zu Beginn des 20. Jahrhunderts immer mehr von der Unvermeidbarkeit eines europäischen Krieges überzeugt - und akzeptierte dieses derart, dass die Bereitschaft zu einem "notwendigen" Krieg zunehmend wuchs, - und zwar zu einem deutschen "Präventivkrieg", mit welchem die (von Deutschland jedoch selbst provozierte) "feindliche Einkreisung" Deutschlands "besser früher als zu spät" gewaltsam zerbrochen werden sollte.

Als 1914 der Erste Weltkrieg durch Deutschlands unverändert starre Rückendeckung für Österreich-Ungarns überzogene Haltung gegenüber Serbien (nach dem Attentat auf den österreichischen Thronfolger in Sarajevo) ausgelöst wurde, war das Deutsche Reich sofort und für die längste Zeit dieses Krieges in einen Mehrfrontenkrieg verwickelt.

Am Ende scheiterte der wilhelminische Imperialismus am Gegendruck der ökonomisch und militärisch überlegenen gegnerischen Koalition der Alliierten bzw. der westlichen Entente-Mächte USA, Großbritannien und Frankreich.

Der Erste Weltkrieg

Kriegsbeginn:

- o Am 28. Juni 1914 verübte ein bosnischer Serbe ein Attentat auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand bei dessen Besuch in Sarajevo (der Hauptstadt des 1908 von Österreich-Ungarn annektierten Bosnien-Herzegowina).
- o Da Österreich Serbien als für dieses Attentat verantwortlich ansah, wollte es dieses hierfür militärisch "bestrafen"; - damit jedoch lief es Gefahr eines Krieges mit Russland, das sich als Schutzmacht aller slawischen Völker und Staaten in Europa verstand (sog. Panlawismus).
- o Daher richtete Österreich ein Ultimatum an Serbien, welches von letzterem teilweise erfüllt wurde; v. a. verlangte Österreich von Serbien nicht nur eine Verfolgung anti-österreichischer "Separatisten", sondern auch die Einwilligung Serbiens in eine Verfolgung solcher Kräfte innerhalb Serbiens durch österreichische(!) Justizorgane selbst; letzteres wurde von Serbien jedoch mit dem Hinweis zurückgewiesen, dass dies seine staatliche Souveränität in Frage stelle.
Das österreichische Ultimatum war zudem absichtlich äußerst scharf formuliert worden, nämlich um seine Ablehnung durch Serbien zu provozieren; denn damit wiederum hätte Österreich dann einen Vorwand für die Ausschaltung und evtl. Aufteilung des ihm feindlich gesonnenen Serbien erhalten.
- o Zudem erbat und erhielt Österreich (nach der serbischen Teilerfüllung des Ultimatus) vom deutschen Kaiser und vom deutschen Reichskanzler grundsätzliche Rückendeckung ("Blankoscheck") für eine militärische "Strafaktion" gegen Serbien. -
(Zwar zögerte Wilhelm II. zunächst kurz - mit der Bemerkung, dass nach der serbischen (Teil)Erfüllung des österreichischen Ultimatus "jeglicher Kriegsgrund entfallen" sei -, willigte dann aber in die Kriegspolitik ein.)
- o Damit jedoch lud sich die **deutsche** Reichsleitung die **Hauptverantwortung** für den **Kriegsausbruch** von 1914 auf:
 - > statt Österreich nach der serbischen Teilerfüllung des Ultimatus eindeutig vom Angriff auf Serbien abzuhalten, ließ die deutsche Reichsleitung es gewähren - und reagierte auch auf britische Vermittlungsbemühungen nur hinhaltend bis ablehnend;
 - > die deutsche Reichsleitung ging das Risiko eines Krieges einfach ein, - mit der Vorstellung, der (schon lange erwartete und eben für unvermeidbar gehaltene) europäische Krieg werde nach Art der alten und nur kurz dauernden "Kabinettskriege" verlaufen, - sowie mit der Überzeugung, die forcierte militärische Aufrüstung vor allem Russlands mache einen Krieg eher früher als später geradezu zwingend erforderlich (denn später seien die Sieges-Chancen zu gering)..

Kriegsideologie:

Die spezielle deutsche Ideologie zur Rechtfertigung des Krieges lautete:

- o Deutschland sei gegenüber den etablierten "alten" Kolonialmächten Großbritannien und Frankreich zu kurz gekommen, und es sei umringt von Neidern auf seinen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Aufstieg. (Motto: "Viel Feind - viel Ehr")

- o Die barbarische Despotie des russischen Zarismus bedrohe die deutsche Nation, welche deshalb nun verteidigt werden müsse. - Mit diesem Denkmuster brachte sich die deutsche Sozialdemokratie dazu, im August 1914 (sowie erneut in den Folgejahren) im Reichstag für die Bewilligung der Kriegskredite zu stimmen, - v. a. mit der Erwartung, nach einem gewonnenen Krieg endlich öffentlich anerkannt und geachtet (statt wie bisher als "vaterlandslose Umstürzler" bekämpft zu werden).
- o Der jetzige Krieg sei ein reiner Verteidigungskrieg für das Vaterland. (Dieses wurde in sämtlichen am Krieg beteiligten Staaten gleichermaßen propagiert...) Dem widersprach aber die in Deutschland insbesondere von Konservativen, Industriellen, Bankiers und Militärs intensiv und noch bis ins Jahr 1917 hinein fortdauernd geführte Kriegszieldebatte "um Sein oder Nichtsein einer deutschen Weltmacht" (Otto Hintze, Historiker, 1915)...

Kriegsziele:

Die kriegführenden Staaten verfolgten Kriegsziele zu Lasten des jeweiligen Gegners, die sie über Jahrzehnte hinweg entwickelt und innenpolitisch mehr oder weniger offen propagiert (und kultiviert) hatten. - Hier seien in Kürze genannt:

o Deutschland:

Kontinentale Hegemonie in Europa als Gleichrangigkeit Deutschlands mit Großbritannien (British Empire) und den USA (Vormacht in gesamt Amerika); sowie hiermit verbunden Annexionen von wirtschaftlich ausbeutbaren Gebieten gegnerischer Staaten (wie v. a. Frankreichs, Belgiens, Russlands);
Errichtung eines zentralafrikanischen Kolonialreichs (auf Kosten Frankreichs, Belgiens und Großbritanniens);
hohe Kriegsentschädigungs-Zahlungen der besiegten Gegner an Deutschland.

o Österreich-Ungarn:

Vollständige Beherrschung des Balkans, einschließlich einer Verkleinerung oder völligen Aufteilung Serbiens;
Angliederung des von Russland beherrschten Polens ("Kongresspolen") - aber da dies zum Interessenstreit mit Deutschland geführt hätte, wurde dieses Ziel offiziell nicht mehr formuliert.

o Osmanisches Reich:

Restauration der türkischen Herrschaft in Ägypten (auf Kosten Großbritanniens);
Annexion von Gebieten im Kaukasus (auf Kosten Russlands).

o Frankreich:

Wiederangliederung von Elsass-Lothringen, darüber hinaus eine dauernde Angliederung des Saarlandes an Frankreich;
evtl. Aufteilung Deutschlands in mehrere voneinander unabhängige Staaten, darunter ein oder zwei direkt von Frankreich abhängige Staaten im Rheinland;
Kontrolle des für die Rüstungsproduktion wichtigen Ruhrgebiets.

o Russland:

Annexion Ostpreußens sowie des österreichischen Galiziens (Süd-Polen);
dauernde Aufteilung Deutschlands und Österreich-Ungarns in mehrere Staaten (in Anlehnung an entsprechende französische Forderungen).

o **Großbritannien:**

dauerhafte Ausschaltung der maritimen Konkurrenz Deutschlands zu Großbritannien sowohl durch die Beseitigung der deutschen Kriegsflotte als auch durch die drastische Verkleinerung der deutschen Handelsflotte.

Kriegsverlauf 1914-18:

Ostfront:

- o An der Ostfront begann der Krieg zunächst mit dem Vordringen der zahlenmäßig stark überlegenen russischen Armee nach Ostpreußen und ins österreichische Galizien (= der Süden des heutigen Polens).
- o Im August/September 1914 wurde der russische Vormarsch in Ostpreußen durch die Schlachten bei Tannenberg und an den Masurischen Seen abgewehrt; - und im Winter 1914/15 wurde durch deutsche und österreichische Verbände auch der russische Vormarsch in Galizien zum Stehen gebracht.
- o Im Frühjahr 1915 wurden die russischen Truppen von deutschem und österreichischem Gebiet verdrängt, - und die Front kam zum Stehen, weil zunehmend deutsche Verbände im Westen eingesetzt werden mussten.
- o Im Sommer 1916 scheiterte eine russische Großoffensive, und infolgedessen breiteten sich im russischen Heer Demoralisierung und Kriegsmüdigkeit aus, - während sich in Russland selbst die Ernährungslage verschlechterte, was zu sozialrevolutionären Unruhen im Lande führte.
- o Hunger und Unruhen in Russland eskalierten derart, dass im März 1917 die Abdankung des (absolutistisch regierenden) Zaren und die Bildung einer provisorischen Regierung unter dem Sozialdemokraten Alexander Kerenski sowie im September 1917 die Proklamation der Republik stattfanden;
Russland setzte jedoch den Krieg gegen Deutschland und Österreich weiter fort, - sodass auch Hunger und sozialrevolutionäre Kämpfe im Lande fort dauerten...
- o Im November 1917 brach die von Wladimir Iljitsch Lenin und Leo Trotzki angeführte (und vom kaiserlichen Deutschland mit dem Ziel der Ausschaltung Russlands als Kriegsgegner logistisch und finanziell unterstützte) Oktoberrevolution aus, welche zu einer über 70 Jahre dauernden Herrschaft der Kommunistischen Partei(führung) in Russland führte.
- o Durch die Oktoberrevolution wurde die weitere Kriegsführung für Russland aussichtslos, - es entschloss sich daher, sich einer weiteren Teilnahme am "gegenseitigen Raubkrieg der imperialistischen Mächte" zu entziehen.
Daher schloss die russische Revolutionsregierung im März 1918 mit Deutschland und Österreich-Ungarn den Friedensvertrag von Brest-Litowsk, in welchem Russland v. a. Auf Polen und das Baltikum verzichtete.
- o Die "Mittelmächte" Deutschland und Österreich-Ungarn ließen ihre Truppen jedoch größtenteils an der (ehemaligen) Ostfront als Droh-Potential gegen das revolutionär regierte Russland, anstatt sie an der Westfront einzusetzen; - bis zur Unterzeichnung des Vertrags von Brest-Litowsk waren diese Truppen sogar noch weiter nach Osten und Südosten vormarschiert... D. h. jedoch:
"(...) mit ihren uferlosen Eroberungszügen im Osten legte die Oberste Heeresleitung selbst den Schlussstein für die militärische Niederlage des Kaiserreichs. Denn der deutsche Vormarsch bis in den Kaukasus und an die Grenze Persiens band beträchtliche

Kräfte, die eigentlich für die geplante Frühjahrsoffensive an der Westfront benötigt wurden." (Volker Ullrich)

Westfront:

- o War der Krieg an der Westfront in den ersten Monaten noch durch gewisse deutsche militärische Erfolge gekennzeichnet (gemäß dem Schlieffen-Plan von 1905 marschierte die deutsche Armee unter bewusster Brechung der Neutralität Belgiens - welches den sofortigen Kriegseintritt Großbritanniens provozierte - in Nordfrankreich ein und stieß dort bis zur Marne ca. 60 km nördlich von Paris vor), -
so mussten sich die deutschen Truppen bereits im Herbst 1914 aufgrund der britisch-französischen Gegenwehr auf eine weiter nördliche Linie zurückziehen (nach dem damals in Frankreich so bezeichneten "Wunder an der Marne").

- o Bereits im November 1914 (also schon 3 Monate nach Kriegsbeginn) teilte der deutsche Generalstabschef Erich von Falkenhayn dem Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg mit, dass der Krieg rein militärisch nicht mehr zu gewinnen sei, da die gemeinsam agierenden gegnerischen Mächte Russland, Frankreich und England nicht besiegt werden könnten. Dies war das Eingeständnis des Scheiterns der deutschen operativen Planungen. Kanzler Bethmann-Hollweg versuchte nun, indirekt über einen Kontaktmann im neutralen Dänemark Verbindung zur Führung Russlands aufzunehmen, um über einen deutsch-russischen Separatfrieden zu verhandeln.

Jedoch hatten die drei Mächte der Triple-Entente zuvor untereinander vertraglich jeden Separatfrieden mit Deutschland ausgeschlossen, und nur einen mit allen drei Entente-Mächten gemeinsam zu schließenden Frieden akzeptiert. - Die Taktik Bethmanns lief auf ein Herausbrechen Russlands aus der Triple Entente hinaus und sollte so einen deutschen Sieg gegen Frankreich und Großbritannien in dem dann nur noch an einer Front weiter zu führenden Krieg ermöglichen!

Dieses durchschaubare deutsche Vorhaben war von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Damit waren jedoch tatsächliche Friedensbemühungen vorab ausgeschlossen.

Wiederholt zwischen Deutschland und den gegnerischen Mächten geheim aufgenommene Gesprächskontakte blieben sämtlich ergebnislos, weil die deutsche Seite ausschließlich auf ein für Deutschland siegreiches Kriegsende ("Siegfrieden") mit Gebietsabtretungen und hohen Reparationszahlungen der Gegner bestand, - und dies unverändert noch bis ins Jahr 1917.

- o Es kam nun zu einem mehrjährigen starren Stellungskrieg mit wechselseitigen Offensiven, Materialschlachten und Gasangriffen - und insbesondere (seit 1916) einer für beide Seiten zermürbenden Schlacht um die Festung Verdun (ca. 700.000 Tote und Verwundete auf beiden Seiten).

Keine der beiden feindlichen Seiten war in der Lage, die andere militärisch zu besiegen. -

Durch die weiterhin unverändert starre deutsche Haltung (das Festhalten am Ziel eines "Siegfriedens" mit Gebietsabtretungen und hohen Reparationszahlungen der Gegner an Deutschland) waren jedoch jegliche zwischenzeitlich wiederholt vorhandenen gescheiterten Gesprächsbemühungen von vornherein aussichtslos.

- o Im Frühjahr 1917 zogen sich die deutschen Truppen noch etwas weiter nach Norden auf die sog. "Siegfried-Linie" zurück.
- o Die innenpolitische Lage in Deutschland war spätestens seit 1916 (also seit dem Erstarren der militärischen Fronten) gekennzeichnet durch eine gegenläufige Kriegsziel-Debatte:

- > Während Konservative, Nationalliberale und (zunächst noch) katholische Zentrums-Partei sowie die wirtschaftlichen Interessen-Verbände und der nationalistische Alldeutsche Verband weiterhin und bis zum Kriegsende am Ziel des "Siegfriedens" festhielten, welcher Deutschland große territoriale Gewinne auf Kosten seiner Kriegsgegner bringen sollte - und der zugleich auch die von ihnen stets befürchtete sozialistische Revolution der Arbeiterbewegung, d. h. von Sozialdemokraten und Gewerkschaften, verhindern sollte,
- > lehnten die Sozialdemokraten und die linksliberale Fortschrittspartei jegliche Annexionen strikt ab und forderten stattdessen eine Parlamentarisierung des Reiches, d. h. eine verfassungsmäßige Kontrolle und Lenkung der deutschen Innen- und Außen-Politik durch das Parlament - statt durch Kaiser, Kanzler und Militärs.
Im Juli 1917 veranlaßte der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger eine gemeinsame Friedensresolution von SPD, Zentrum und Fortschrittspartei (für einen Frieden ohne Annexionen), an welche sich der Reichskanzler Theobald v. Bethmann-Hollweg jedoch nicht gebunden fühlte...
- o Auf der deutschen Bevölkerung (sowie auf der exportabhängigen deutschen Wirtschaft!) lasteten von Kriegsbeginn in zunehmendem Maße schwere Versorgungsmängel, verursacht durch die britische Blockade der deutschen Küstengewässer (und damit der Abriegelung aller Handelshäfen) sowie durch die (durch Arbeitskräfte- und Lebensmittelmangel bedingten) Kriegswinter (sog. "Steckrübenwinter"); Lebensmittel wurden bewirtschaftet bzw. rationiert (Lebensmittelkarten), was zugleich zum Entstehen eines Schwarzmarktes führte... - Zudem stieg die Zahl der Kriegstoten und Schwerverwundeten (Kriegskrüppel) ständig weiter an und demoralisierte die Bevölkerung allmählich.
Im Herbst 1915 und im Frühjahr 1917 kam es zu Hungerunruhen, außerdem während des gesamten Jahres 1917 (und bis Anfang 1918) zu landesweiten Streiks in den Industriestädten mit Forderungen nach politischen Reformen (und 1918 auch mit der Forderung nach "Frieden, Freiheit und Brot!", nach einem Frieden ohne Annexionen sowie einer Demokratisierung des Landes).
- o Die Eröffnung des unbeschränkten U-Boot-Krieges durch Deutschland (d. h.: um sowohl die britische Blockade der deutschen Küsten zu durchbrechen, als auch die überseeische Versorgung Großbritanniens auf Dauer abzuschneiden, wurden ab sofort ohne Vorwarnung bewaffnete wie unbewaffnete Schiffe gegnerischer wie neutraler Staaten von deutschen U-Booten versenkt) im Februar 1917 provozierte (bewusst!) den Kriegseintritt der USA gegen Deutschland. - Der deutsche U-Boot-Krieg wurde vom Kaiser, der Militärführung, den rechten Parteien und den nationalistischen Agitationsverbänden lautstark propagiert. Man erwartete, Großbritannien durch den U-Boot-Krieg innerhalb von nur 3-4 Monaten als Kriegsgegner ausschalten zu können, - also noch bevor kampffähige US-Truppen auf dem Kriegsschauplatz auftreten könnten. Dieser Kalkül ging jedoch nicht auf: Großbritannien wurde nicht besiegt.
Als die USA am 6. April 1917 dem Deutschen Reich den Krieg erklärten, war dessen Niederlage nicht mehr aufzuhalten - und nur noch eine Frage der Zeit.
Nur wenn die USA neutral geblieben wären, dann hätte das Deutsche Reich noch die Chance eines gleichwertigen Friedensschlusses gehabt...
Doch die "Reichsleitung" beharrte weiterhin auf einen von Deutschland zu diktierenden "Siegfrieden" mit Gebietsgewinnen (Annexionen) sowohl im Westen als auch im Osten, -

um endlich zur Weltmacht(!) zu werden.

So wurde der Weg zur unabwendbaren Niederlage eingeschlagen.

- o Die im Frühjahr 1918 begonnene deutsche Offensive scheiterte - und führte im Sommer 1918 sogar zu einer gemeinsamen Gegenoffensive der britischen, französischen und US-amerikanischen Verbände.
Zwar gelang den Alliierten (noch) kein direkter Durchbruch durch die deutschen Linien, diese wurden aber bedrängt und teils zurückgedrängt - und die deutschen Truppen zunehmend demoralisiert!
Damit war der militärische Zusammenbruch Deutschlands, aber auch der Österreich-Ungarns und der mit ihnen verbündeten Türkei unmittelbar absehbar geworden.
- o Deshalb drängte die Oberste Heeresleitung (Hindenburg und Ludendorff) im September 1918 auf den Abschluss eines Waffenstillstands mit den Westmächten.
Hierbei beschloss die deutsche Militärführung jedoch zugleich, sich selbst von der Verantwortung für die Niederlage zu befreien - und die Verantwortung hierfür einer parlamentarisch gestützten Regierung zuzuschieben!
Im September 1918 forderte Ludendorff selbst daher ausdrücklich (währenddessen die Reichstagsfraktionen uneinig, unentschlossen und initiativlos debattierten) die sofortige Einsetzung einer parlamentarischen Regierung sowie deren baldigste Unterschrift unter einen Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Westmächten. - D. h. aber:
"Die Parlamentarisierung Deutschlands ist nicht vom Reichstag erkämpft, sondern von Ludendorff angeordnet worden." (Arthur Rosenberg)
Unter Leitung des Prinzen Max von Baden wurde zunächst eine Regierung aus Politikern aller Parteien gebildet.
- o Am 9. November 1918 brach in Berlin ein (auch mehrheitlich von der SPD unterstützter) Generalstreik aus, um den Kaiser zur Abdankung zu zwingen.
Nicht nur die sozialdemokratischen Arbeiter und die liberalen Bürger waren jetzt für die Abdankung des Kaisers; selbst Konservative forderten nun seinen Thronverzicht, um so wenigstens die Institution der Monarchie selbst zu retten! Diese Linie - Abdankung des Kaisers, Bewahrung der Monarchie - vertrat zudem auch der SPD-Parteivorstand. -
Daraufhin erklärte Max von Baden eigenmächtig Wilhelms Thronverzicht (da Wilhelm seine Abdankung bislang verweigerte: "Ein Nachfolger Friedrichs des Großen dankt nicht ab") - und ernannte den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert zum Reichskanzler, während zugleich der SPD-Politiker Philipp Scheidemann vor dem Reichstagsgebäude die deutsche Republik ausrief (und daher kurz darauf von Ebert mit hochrotem Kopf angebrüllt wurde: "Du hast kein Recht dazu, die Republik auszurufen!").
Wilhelm II. ging ins Exil in die Niederlande - und äußerte sich nach seiner erzwungenen Abdankung so über die Deutschen: "Ja, wer hätte das gedacht, dass es so kommen würde. Das deutsche Volk ist eine Schweinebande." -
- o Der Friedensschluss zwischen Deutschland und der Entente sollte nach Ludendorffs Plan deutscherseits von Vertretern der von ihm stets verachteten parlamentarischen Parteien herbeigeführt werden, um so die monarchistischen und militaristischen Kräfte Deutschlands von "Schmach und Schande der unterzeichneten Kapitulation und Niederlage" usw. freizuhalten..
So gab Ludendorff in den Folgejahren der von den Konservativen, Nationalisten und Faschisten propagierten "Dolchstoßlegende" (Motto: "das Heer hat bis zum Schluss

heldenhaft an der Front gekämpft - aber die Demokraten in der Heimat haben es hinterrücks verraten") propagandistische Nahrung, - und leistete damit seinen Beitrag zur späteren Nazi-Diktatur...)

Das Ende

Die Novemberrevolution

Im Deutschen Reich kam es bei Kriegsende zu revolutionären Unruhen, die Ende Oktober 1918 von einem Aufstand der Matrosen der kaiserlichen Hochseeflotte ausgingen. (Diese verweigerten sich dem Plan der Flottenführung, die Flotte zum englischen Hafen Scapa Flow auslaufen zu lassen und sie dort "ehrenhaft" selbst zu versenken statt sie den Briten auszuliefern.)

Anfang November 1918 bildeten sich in vielen deutschen Städten Arbeiter- und Soldaten-Räte, die nach russischem Muster staatliche Gewalt beanspruchten.

Nach Abdankung Kaiser Wilhelms II. und Ausrufung der Republik in Berlin am 9. November 1918 bildete sich zunächst ein 6köpfiger Rat der Volksbeauftragten als Regierung.

Im Januar 1919 fanden Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung statt - und es begann die kurze, wechselhafte und leidvolle Geschichte der Weimarer Republik, die vor allem von den drei demokratischen Kräften Sozialdemokratie, Zentrumspartei und linksliberale Deutsche Demokratische Partei getragen wurde, - während die Konservativen, Nationalisten, Faschisten und Kommunisten ihr feindlich gegenüberstanden.

Versailler Vertrag

Durch den Versailler Vertrag vom Juni 1919 verlor Deutschland sowohl seine sämtlichen Kolonien, als auch ein Siebentel seines Territoriums und ein Zehntel seiner Bevölkerung an seine Nachbarstaaten (es musste Elsass-Lothringen, Posen, Westpreußen, einen Teil Oberschlesiens (1921), das Memelland (1920), Eupen-Malmedy und Nordschleswig abtreten). Zusätzlich wurden das Rheinland und das Ruhrgebiet von französischen und teils auch britischen Truppen besetzt gehalten.

Deutschland verlor drei Viertel seiner Erz- und ein Drittel seiner Kohlevorkommen.

Es musste sowohl seine Handelsflotte, als auch eine Unzahl von wissenschaftlichen und technischen Patenten an die Siegermächte und an andere Staaten abgeben. Hiermit war eine dauerhafte wirtschaftliche Schwächung Deutschlands beabsichtigt.

In der Folgezeit wurden Deutschland außerdem noch in immer neuen Verhandlungen hohe Reparationszahlungen (Wiedergutmachungsleistungen für Kriegsschäden) auferlegt.

Die deutsche Armee wurde auf ein mit veralteten Waffensystemen ausgerüstetes Berufsheer von 100.000 Soldaten (v. a. ohne Luftwaffe, Panzer und U-Boote) reduziert, - vergleichbar den Streitkräften eines kleineren europäischen Staates, und damit selbst noch zur bloßen Verteidigung des Landes gegen einen äußeren Angriff letztlich außerstande...

Deutschland sollte damit für alle Zeiten militärisch geschwächt werden. (Gleichwohl begann die militärische Führung der Reichswehr schon in den frühen 1920er Jahren mit der geheimen Ausarbeitung detaillierter Wiederaufrüstungspläne, welche dann von der Naziführung nach 1933 nur noch umgesetzt zu werden brauchten.)

Dieses Vertragswerk erwies sich in seiner Revanche-Sucht als *das* propagandistische Werkzeug der nationalistischen und nazi-faschistischen Propaganda gegen die Republik und für eine "jetzt erst recht" aggressive deutsche Außenpolitik (d. h. für die von den deutschen Rechten so bezeichnete "Revision des Versailler Friedensdiktats").

In einem ähnlichen Vertrag wurde die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn zerschlagen sowie ein möglicher Anschluss Österreichs an Deutschland für alle Zeiten verboten. Österreich schied damit aus dem Kreis der europäischen Großmächte aus, es wurde zu einem auf den Alpenraum beschränkten Kleinstaat, der in der Folgezeit - bis zu seinem Anschluss an Nazi-Deutschland 1938 - von politischen Krisen geschüttelt war.

Nachbemerkungen

Das deutsche Kaiserreich hat sich nicht von innen heraus zersetzt und aufgelöst, sondern es ist von seinen Eliten durch eine Politik des Alles oder nichts verspielt worden. Denn: Die deutsche Strategie lief auf ein pures Entweder-Oder hinaus: auf Sieg oder Niederlage. Resultate dieses Vabanque-Spiels waren Kriegsniederlage, Revolution und Sturz der Monarchie.

Insbesondere das starrsinnige deutsche Festhalten am "Weltgeltungs-Streben" und an seinen "Weltmacht"-Plänen sowie (fast) während des gesamten Kriegs an einem "Siegfrieden" mit Annexionen auf Kosten der *Gegnerstaaten* hat das Kaiserreich als außenpolitisch aggressiv und unflexibel erscheinen lassen - und so durch einen leichtfertig herbeigeführten (und dann verlorenen) Weltkrieg sein eigenes Ende provoziert.

An einem auf Ausgleich basierenden "Verständigungsfrieden" hatten die in Deutschland herrschenden Kräfte keinerlei Interesse:

"Ein Friede ohne Sieg hätte nicht nur den Großmachtträumen ein Ende bereitet, sondern auch die Erhebung gewaltiger Steuern verlangt, um die langen Jahre des Kampfes, die am Ende nichts [außer Not und Tod für Millionen] eingebracht hatten, zu bezahlen. Dieser Friede hätte die Revolution bedeutet. Nur mit einem Krieg, der Gewinne brachte, konnten der Thron, die Militärkaste, die Landbesitzer, die Industriellen und die Wirtschaftsbarone hoffen, sich an der Macht zu halten. (...) Die Deutschen waren darin geschult, ihre Ziele mit Gewalt zu erreichen, ungeschult im Ausgleich. Auf ihr Großmachtstreben mochten sie nicht verzichten, selbst angesichts der Niederlage." (Barbara Tuchman)

Das Deutsche Kaiserreich war geprägt durch innere Gegensätze bzw. Widersprüche von:

- wirtschaftlicher Innovation und Modernität einerseits sowie politischer Rückständigkeit samt monarchie-verherrlichender Untertänigkeit andererseits;
 - wissenschaftlich-technischem Fortschritt einerseits und Militarismus andererseits.
-

Das Deutsche Kaiserreich ist wesentlicher Bestandteil der Vorgeschichte des Dritten Reiches:

Nur 14 Jahre nach Abdankung des letzten Kaisers erfolgte die Machtübergabe an die Nazi-Führung unter Adolf Hitler.

Vom Kaiserreich zum Dritten Reich führten insbesondere:

- aggressiver Nationalismus
- Antisemitismus/Judenhass
- Expansion durch Krieg zwecks Hegemonie in Europa
- Interessen von Industrie- und Bank-Kapital an Ausbeutung der Nachbarstaaten

So *rasch* wie 1871 das Deutsche Kaiserreich nach einem gegen Frankreich gewonnenen Krieg errichtet worden ist, ebenso *rasch* ist es 1918 nach einem gegen Frankreich, Großbritannien und die USA verlorenen (Welt)Krieg wieder verschwunden. (Beginn und Ende dieses Reiches sind zudem mit ein und demselben Ort verknüpft: mit dem Spiegelsaal des Versailler Schlosses, in dem sich die jeweiligen Sieger jedes Mal äußerst arrogant und herrisch aufführten, um die Besiegten besonders tief zu demütigen - womit sie auch jedes Mal in den jeweils Besiegten ein tiefes Bedürfnis nach Revanche hervorriefen...)

Schluss

Weshalb überhaupt eine gesonderte Befassung mit Vergänglichkeit in der *Geschichte*? In dieser Veranstaltung sollen keine Antworten auf Fragen vorgegeben oder nahegelegt werden: Es soll nichts "gelehrt" werden.

Stattdessen geht es hier darum, beispielhaft einige Beispiele von Vergänglichkeit aus dem Bereich der politischen *Geschichte* zu betrachten, um sich dazu anregen zu lassen, die *Gegenwart* selbst mehr aus einer veränderungsbezogenen Perspektive (also dynamisch statt statisch) zu sehen.

Jedes politische Machtgebilde unterliegt der Vergänglichkeit und ist als solches sterblich, - also ist keines den Prozessen von Entstehung, Entwicklung, Verfall und Auflösung auf Dauer enthoben.

Aus diesem Grunde nannte der englische Staatsphilosoph **Thomas Hobbes** (1588-1679) den **Staat** nicht nur einen "künstlichen Menschen" (weil von Menschen geschaffen), sondern auch einen "**sterblichen Gott**" (weil vergänglich).

Geschichte beinhaltet ein **fortwährendes Aufeinander-Einwirken und Einander-Ablösen** von **Mächten und Ordnungen**, usw. - D. h. aber:

Geschichte selbst ist die **Verlaufsform** und der Ausdruck von **Vergänglichkeit**; "*Geschichte*" ist auch sprachlich "das Geschehene", und damit das Vergangene, - nämlich ein **beständiger Fluss** von **Werden und Vergehen**, in dem **nichts so bleibt, wie es ist**.

Geschichte beinhaltet ein stetes **Kommen und Gehen**: teils rascher und teils verzögerter.

"Das Sichere ist nicht sicher; so wie es ist, bleibt es nicht." (Brecht)

Alles verändert sich fortwährend, ist also "im Fluss" bzw. "in Bewegung". **Beständig** ist somit nur der **Wandel**, das Ver-Fließen wechselnder **Formen**.

Die sog. Entwicklungshöhepunkte solcher Mächte, Reiche oder Imperien (wie das Römische Reich in der frühen Kaiserzeit, v. a. unter Augustus, aber auch noch unter Trajan oder Hadrian) können beim Betrachter leicht den Eindruck eines geradezu "problemlosen" Funktionieren- und Fortbestehen-Könnens "für alle Zeiten" erwecken (und ein derartiger Eindruck wird m. E. in populärwissenschaftlichen Darstellungen mitunter auch ungewollt geweckt), - sodass man sich dann doch eher verwundert fragen könnte, weshalb denn solche funktionierenden Machtorganisationen im Verlaufe ihrer *Geschichte* "trotzdem" wieder untergegangen und am Ende "einfach verschwunden" sind, denn "heute" sind sie ja einfach nicht mehr da...! (Dabei lief doch angeblich alles immer so glatt...)

Jedoch:

Alles hat seinen eigenen Lebensverlauf:

So wie jedes Lebewesen am Ende einmal sterben wird (gleichgültig, ob durch Krankheit oder Unfall oder natürlichen Tod, egal wie alt oder jung beim Todeszeitpunkt), sind auch Staaten

oder Mächte und politische und gesellschaftliche Ordnungen und Systeme vergänglich, und damit sterblich. - D.h.:

Auch die als selbstverständlich und unerschütterlich erscheinende Ordnung hat Anfang und Ende, - sie verschwindet zu gegebener Zeit bzw. unter bestimmten Bedingungen - so wie sie zu gegebener Zeit bzw. unter bestimmten Bedingungen entstanden ist. Dieses Entstehen und Wieder-Vergehen wird allein durch kollektives menschlichen Handeln bewerkstelligt und herbeigeführt, es ist dessen Ergebnis.

Bewusstes Betrachten von Vergänglichkeit in der Geschichte kann dazu anregen, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Erscheinungen und Abläufe klar als veränderliche und vergängliche Ergebnisse (des von bestimmten Interessen geleiteten) menschlichen Tuns wahrzunehmen und zu beobachten, - anstatt sie einfach nur (statisch denkend) als pure "Fakten" oder als unhinterfragte bzw. unreflektierte "Gegebenheiten" hinzunehmen. - Denn:

Oftmals wird nur die Vergangenheit als ein dahin-geflossener Prozess gesehen, während die Gegenwart dagegen (unbewusst?) als eine statische Ansammlung von (scheinbar) fest-geronnenen "fertigen" Dingen oder unverrückbar wirkenden "Zuständen" empfunden wird. Oder aber das Gegenwärtige erscheint letztlich als ein festes und unbewegliches "Endziel" von in der Vergangenheit dahingeflossenen Ereignissen und Vorfällen (sodass es demnach zwar "damals" eine "zielgerichtete" Bewegung gegeben habe, "heute" jedoch nicht mehr, da das [somit als statisch aufgefasste] "Ziel" "nun erreicht" worden sei. Eine solche Trennung von Gegenwart und Vergangenheit mag/soll vielleicht irgendwie beruhigen [wovor?], sie ist jedoch illusionär.)

Dass "das Alte" (Rom, Byzanz, die neuzeitlichen Kolonialreiche, ...) als solches endgültig und für immer vergangen und vorbei ist (trotz seines "kulturellen Erbes" oder aber seiner "verheerenden Nachwirkungen") ist für uns Alltagsmenschen ein derart selbstverständliches Faktum, dass dieses Vergangen-Sein des Alten im allgemeinen für uns selbst keinerlei weitere Fragen aufwirft:

Es ist fort (und geistert allenfalls in der Überlieferung oder Erinnerung herum). - Dass jedoch eben damit auch **"das Gegenwärtige"** (Politik, Staat und Wirtschaft der heutigen Zeit) **eines Tages endgültig und für immer vergangen** sein wird (und dass ein solches "Ende" oft sehr **"überraschend und völlig ungeahnt"** oder vermeintlich **"ganz plötzlich"** eintritt, wie der Fall der Berliner Mauer 1989 oder das Ende der Sowjetunion 1991 gezeigt haben), wird in seinem jeweiligen aktuellen Erleben m. E. zumeist kaum mit-bedacht:

Es wird meist nur als ein unmittelbar Vorhanden-Seiendes anstatt (zugleich auch) als ein **Vorüber-Gehendes** und prinzipiell **Jederzeit-Enden-Könnendes** gesehen.

Jedoch ist die Gegenwart immer auch die Vergangenheit der Zukunft;- genauso wie jeder Lebende immer zugleich auch ein künftiger Verstorbener ist.

"Die Römer waren vor dem Untergang genauso wie wir heute sicher, dass ihre Welt für immer im wesentlichen unverändert bleiben würde. Sie lagen falsch. Wir wären gut beraten, nicht genau so selbstgefällig zu sein."

(Bryan Ward-Perkins)

Literatur

Das historische Faktenmaterial wurde aus den folgenden Quellen entnommen:

- **Barceló, Pedro:** Kleine Römische Geschichte. Darmstadt, 2005
- **Brockhaus Atlas zur Geschichte.** Mannheim, Leipzig, 2007
- **Clarke, Christopher:** Preußen - Aufstieg und Niedergang 1600 - 1947. München 2007
- **Demandt, Alexander (Hg.):** Das Ende der Weltreiche. Von den Persern bis zur Sowjetunion. Hamburg, 2002
- **Huf, Hans-Christian (Hg.):** Imperium. Vom Aufstieg und Fall großer Reiche. Düsseldorf, 2004
- **Huf, Hans-Christian (Hg.):** Imperium II. Vom Aufstieg und Fall großer Reiche. Berlin, 2006
- **Lorenz, Richard (Hg.):** Das Verdämmern der Macht. Vom Untergang großer Reiche. Frankfurt/M., 2002
- **Schneider, Helmuth (Hg.):** Feindliche Nachbarn - Rom und die Germanen. Köln, Weimar, Wien, 2008
- **SPIEGEL Geschichte:** Nr. 1/2009 - Das Ende des Römischen Reiches
- **Tuchman, Barbara:** Die Torheit der Regierenden. Von Troja bis Vietnam. Frankfurt/M., 1984
- **Ullrich, Volker:** Die nervöse Großmacht 1871-1918. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs. Frankfurt/M., 2007
- **Ward Perkins, Brian:** Der Untergang des Römischen Reiches. Darmstadt 2007.
- **Wikipedia:** Artikel "Deutsches Kaiserreich" und "Kulturkampf" (Stand Juni 2009).

Anmerkung:

Gewisse im Textteil über den Niedergang des Römischen Reiches enthaltene kurze Bewertungen der sozialen und politischen Rolle des Christentums sind nicht der Literatur entnommen (diese benennt lediglich Fakten), sondern entsprechen meiner persönlichen Sichtweise. Th. G.